18. JAHRG. JULI

5

1968 · FRANKFURTER STUDENTENZEITUNG

Preis 1,– DM Studenten 50 Pf

D 2442 F

DISKUS

Das Buch Apo

I

Und Gott der Herr Apo erhielt Wind von der dritten Lesung der Notstandsverfassung des Satans und redete zum Stamme Apo, das aber ist der Stamm der Auserwählten, weil Wissenden, am Tag der Arbeit also:

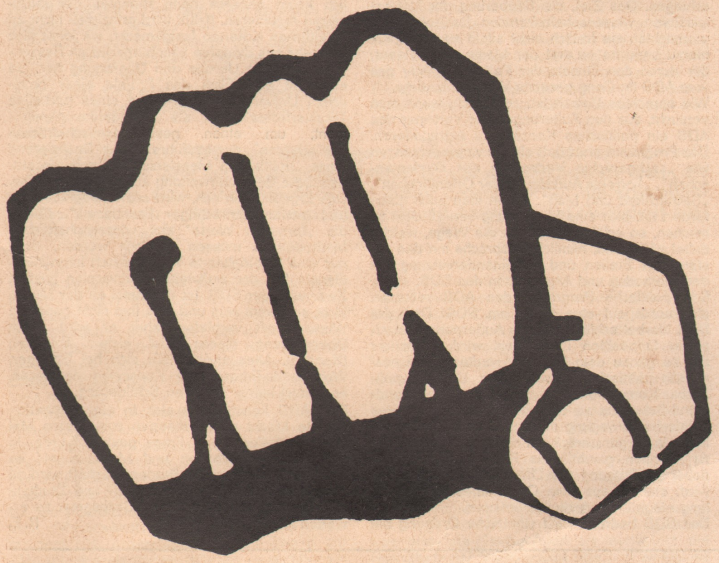
„Hört, der Satan will ein Gesetz machen. Dieses Gesetz wird das Volk vernichten. Das Volk aber will nicht sehen und hören und will nicht ablassen, dem Satan zu dienen und zu opfern. Darum sollt ihr stehenden Fußes hinausgehen ins Volk, daß das Volk abschwöre dem Satan und ihr sollt predigen wider den Satan und dem Volk auftragen: Neige dich dem einzigen Gott und Herrn Apo."

Fortsetzung Seite 2

Wenn Kraus Nacht für Nacht die Hure Sprache besucht und sie wieder zur Jungfrau macht, vergebens! denn Tag für Tag naht sich Stern wieder der Berührten und schändet sie erneut. Naturschutz für die Germanistik, Seite 10.

Das, was Kritiker der studentischen Opposotion als ‚Unreife' vorzuhalten belieben, ist ihre Kreativität, gesehen durch das Ressentiment der Beschädigten. Peter Brückner, Sechs Thesen suchen ihren Sachverhalt, Kritik an Jürgen Habermas, Seite 3.

Dingsbums kann uns nicht vertreten



alle Macht Studenten-räten

„Außerhalb der Revolution gibt es kein Leben. Unter diesen Umständen muß man viel Menschlichkeit, großen Wahrheits- und Gerechtigkeitssinn besitzen, um nicht in einen extremen Dogmatismus, in eine kalte Scholastik zu verfallen, um sich nicht von den Massen zu isolieren. Täglich muß man kämpfen, damit diese Liebe zur Menschheit sich durch konkrete Taten manifestiert, die als Vorbild dienen und mobilisierende Funktion haben." (Che Guevara) Franco Mogni, Antwort auf Gisela Mandel, Venceremos! Seite 15.

Wir kämpfen nicht für die Freiheit sondern wir befreien uns. Revolution in Frankreich, Seite 16–18.

Das 1. Buch APO

Fortsetzung von Seite 1

So redete Gott der Herr Apo am Tag der Arbeit und es waren auch zugegen die Leute vom Stamme Sed. das aber ist der Stamm der Mauerbauer, und es waren zugegen in der Stadt Neukölln an die dreißigtausend und Gott der Herr Apo trug ihnen auf, vier mal sieben Tage zu predigen. Am 29. Tag aber sollte das Volk aufstehen wider den Satan. Und dies alles geschah im Monat Mai anno Eintausendneunhundertachtundsechzig.

II

Und die vom Stamme Apo zogen hinaus ins Volk. Einige aber aus dem Haus Esde Es wandten sich gegen die Stadt Campus und fanden dortselbst viel Gehör und vertrieben aus dem Germanischen Haus die Philister und vertrieben aus dem Haus des Sur allerhand Gesindel und tauften es um und hießen es Karl-Liebknecht-Institut nach dem Propheten Liebknecht. Und verfuhren also mit anderen Häusern und hatten viel Zuspruch.
Aber die Söhne und Töchter vom Haus Thespis frevelten und gingen und gingen ins Land der Moabiter und ins Land Wedding und predigten wider die Vernichtung des Volks und stiegen auf das Dach ihres Karrens, der da nach dem Haus benannt wird: Der Thespiskarren, und riefen: „Seid ihr nicht Lohnabhängige wie wir? Wenn der weiße Kreis kommt und ihr müßt berappen und künftig fehlt da ein Krüglein frischen Bieres und ein Glas Klarer dort und Muttern das Geld fürn Frisör und es mangelt an Roth-Händle gar, ja jammert ihr da nicht und schlagt die Hand an die Stirn. Wenn die Fabrikherrn euch sagen „seht, die Auftragsbücher sind leer, wir wollen daher eine Feierschicht fahren" und am Ultimo sind's dreißig Taler weniger in der Tüte und ihr fragt die Fabrikherrn „wie kommts" und die Fabrikherrn antworten euch „ihr habt einen Tag gefeiert, wer aber feiert, kann der Lohn beanspruchen?" Ja, schreit ihr da nicht und krümmt eure Hände?
Wenn aber der Gerichtsvollzieher den TV pfändet und trägt die Einbauküche fort, zetert ihr da nicht und schreit wie am Spieß? Welchem lohnabhängigen Mann nützte es, daß er seine Gattin auf den Strich schickt, etwas dazuzuverdienen, siehe, viele Frauen gehen auf den Strich dann und nur wenigen frommt's in klingender Münze. Darum, seid ihr nicht Lohnabhängige wie wir? Kämpft also gegen Ausbeutung und Unterdrückung. Zerreißt die infamen Lügengespinste des Satans. Alle Macht den Räten. Was wir wollen, müßt auch ihr wollen: Arbeiterkontrollen! Wer hat euch an den Satan verraten? Sozialdemokraten! Wer hat recht? Der Prophet Liebknecht. Kapitalismus führt zum Faschismus. Kapitalismus muß weg!"
Aber die Moabiter und die Weddinger murrten und einige von der Zunft der Bauleute erhoben „Wat für 'ne Sprache tut ihr'n reden, ha? Wir sich und schwangen die Kellen und riefen laut: „Wat für 'ne Sprache tut ihr'n reden, ha? Wir könn euch jarnich vastehn, ha!" Einer aber schrie: „Kucktma, die jehn mießig, die ollen Ficker mit ihrne Fiet-Konk-fotzen. Da muhstu dier ma die Finga ankucken vonni Mistfinken, sauba wie vonne neigebornes Kind."
Und die anderen stimmten zu und schrien: „Kein Geld für langbehaarte Affen, laßt Bauarbeiter ruhig schaffen!"

III

Und das Volk der Weddinger und Moabiter stürzte sich auf die Söhne und Töchter aus dem Hause Thespis und strafte sie mit der Härte der Faust und verjagte sie. Die Kinder aus dem Haus Thespis aber flohen in die Stadt Campus und ihre Wunden heilten rasch, denn Gott der Herr Apo ließ sie rasch heilen.
Und es vergingen achtundzwanzig Tage. Aber das Volk fuhr fort, dem Satan zu dienen und gefiel sich in Knechtschaft. Da rannten die Prediger vom Stamme Apo wie die Hühner unter dem Habicht und sie waren sich uneins und haderten mit Gott und klatschten wüst. Und vergaßen, was Gott der Herr Apo ihnen aufgetragen hatte. Und der Satan hatte sein Leichtes und begrüßte die Notstandsverfassung, nachdem er sie verabschiedet hatte.
Das Volk aber schwieg still und jagte nach Fleisch in den Hühnerwäldern des Satans und verlustierte sich und so es redete, so redete es wider Gott den Herrn Apo und lachte seiner Prediger und verhöhnte sie.

IV

Da zürnte Gott der Herr Apo seinen Predigern, da sie sich verhöhnen ließen vom Volk und verhöhnte sie desgleichen und sprach: „Ihr Arschlöcher und Dummwurzen! Eure Schultern seien verflucht bis auf den Tag des Widerrufs, da sie das Ärgernis eures nutzlosen Kopfes tragen.
Ihr Windpisser und Schmalspinner!
Wer hat euch geheißen, Falsches zu tun und Dummes zu reden? Habt ihr denn zwei linke Hände, daß ihr herumsteht wie Vieh und jammert und begehrt des Steckens, der euch zum Stall treibt?
Ihr Utopiepels!
Fort aus meinen Augen, Ihr seid nicht wert, unter mein Licht zu treten!"
Also redete Gott der Herr Apo und es geschah, daß die Prediger vom Stamme Apo einander nicht mehr verstanden. Denn der Herr hatte ihre Zungen verwirrt. Und sie rauften ihre Bärte und schlugen sich auf den Leib und jammerten.
CHARLIE geht vom Klau KAPUTT.

Schwer von KP

Schwierigkeiten beim Begreifen des Politischen
Weltfriede und Revolution
Neun politisch-theologische Analysen
Hrsg. H. E. Bahr, Reinbeck 1968
Kommunistische Parteien im Westen — England, Frankreich, Italien, Skandinavien
Fischer Bücherei, Frankfurt am Main und Hamburg 1968

Die Tendenz beider Kirchen, über dem Weg einer radikalen Selbstkritik die jeweils allerneuesten Wissenschaften (Politik) zu integrieren, trägt die seltsamsten Blüten. Doch zur Synthese gelangen Theologie und Politik nicht. Unvermittelt reihen sich politische Beiträge wie der von Sengahaas und theologische Exkurse wie der von Hans P. Schmidt (Schalom: die jüdisch-christliche Provokation) aneinander, dazwischen ein Stückchen amerikanischer Soziologie (Lewis Coser über Gewalt und gesellschaftlichen Wandel). Dazu noch Fragen an Hannah Ahrend und ein Fernseh-Interview mit Herbert Marcuse. Das Ganze ist als Beitrag zur Ecclesialpathologie einzustufen. Was die Enzenberger'schen Kursbücher dem letzten Halblinken für fünf Mark ins Haus brachten, wird hier noch einmal aufgebrüht. Brecht hat diejenigen Weisheiten, die hier von Rowohlt an den Mann gebracht werden sollen, kürzer und prägnanter dargelegt. 1. „Der Frieden ist die Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln", 2. „Die Roheit kommt nicht von der Roheit, sondern von den Geschäften, die ohne sie nicht mehr gemacht werden können", 3. „Mit gewissen Banalitäten unserer Epoche läßt nichts anderes mehr machen als sie auszusprechen."
Im zweitgenannten Buch über die kommunistischen Parteien in Westeuropa untersuchen „vier bekannte Korrespondenten die Versäumnisse und die Chancen der Kommunisten im industriellen Westen." (Klappentext) Wenn man einmal davon absieht — die Autoren dieses Buches sehen nicht davon ab — daß die Kommunisten stets entweder Verbrecher und Dummköpfe oder aber (meistens) beides zugleich sind, dann ist aus diesem Buch einiges an Informationsmaterial herauszuholen, jedenfalls was die Beiträge über Frankreich und Italien betrifft.
Die Monographie über die Parti Communiste Francaise enthält eine umfangreiche Darstellung über deren Geschichte, die einem zum Verständnis für die stabilisierende Rolle dieser Partei während der letzten Monate verhilft. Wie die meisten anderen Arbeiterparteien der Welt ist auch die PC dem anscheinend zwingenden Gesetz erlegen, daß sie mit der Dauer ihrer legalen Existenz zu legalistischer und revisionistischer Politik tendierte. Solange man glaubt, über das Parlament noch einiges zu erreichen, solange dieses nicht als das Herrschaftsinstrument einer Klasse über andere begriffen und deshalb theoretisch negiert wird, solange wird man sich wohl in der Welt darüber wundern, daß anscheinend revolutionäre Parteien niemals eine Revolution machen, sondern gesetzt den Fall, sie findet statt, sich ebenso hilflos verhalten wie die bürgerlichen Parteien.
Die schmähliche Soziologie der Parteien, nach welcher überall eine herrschende Minderheit die Mehrheit der Mitglieder in eine Objektrolle drängt, bewahrheitet sich ebenso bei der Darstellung der anderen kommunistischen Parteien. (Eine gewisse Ausnahme bildet vielleicht die italienische KP, aber auch hier sind Tendenzen zur Integration in die bürgerliche Gesellschaft deutlich zu bemerken)
Wenn von den Autoren beiläufig angemerkt wird, daß z. B. Togliatti und überhaupt diese ganzen Kommunisten „unfähig sind, den Menschen in seiner Gänze (!) zu erfassen", dann bedauert man doch immer wieder, daß man nicht zu den bekannten Korrespondenten gehört, die zu derlei allemal in der Lage sind. **Til Schulz**

Im DISKUS Nr. 4 wurde ein Leserbrief, u. a. von Jürgen Kegler, AStA Heidelberg, unterzeichnet, abgedruckt, den er offensichtlich nicht selbst verfaßt hat. Es handelt sich folglich um einen Anschlag auf seinen Ruf. **Die Red.**

Addio, Donna kratz mich mal

dieter bott

In der neueren sexualdiskussion um die freigabe der anti-baby-pille ist ein medizinisches argument aufgetaucht: der hormonhaushalt der mädchen werde einer nicht vertretbaren belastung ausgesetzt, wenn sie schon vor dem 16. lebensjahr orale anticonzeptiva einnehmen. Diese humane argum entation ist nur scheinbar human, weil sie eben nicht die hormon-neutrale konsequen z daraus zieht und die in indien mit hundertprozentigem erfolg ein gesetzte n amerikanischen plastikspiralen freigibt. Abgesehen von den belastun gen, die eine unerwünschte schwangerschaft mit sich bringt. Ähnlich einz uschätzen ist die kümmernis um das keimende leben, das bei einer sch wangerschaftsunterbrechung zerstört wird; als ob die unbelastete en twicklung eines jungen mädchens nicht größere anteilnahme verdient. A ngst vor den Folgen wird als abschreckung einkalkuliert. Allerdings ohn e großen erfolg, das zeigt die zahl der mußehen und die abtreibung squote. Was tun? Aufklärung verlangen, wie ein paar schülerzeitungen, damit das getuschel auf dem schulhof in der befreiten atmosphäre der deutschen klassenzimmer ausgetragen wird? Was mit sexualkundlichen u nterrichtsveranstaltungen auf die schüler zukommt, läßt sich an den n euen „richtlinien für die geschlechtliche erziehung in den hessischen schul en" ablesen. Die angestrebte geschlechtliche erziehung versteht sich als „ erziehung zu geordnetem geschlechtlichen verhalten", wie es in der einlei tung heißt und will „zur gesunden entwicklung des einzelnen" beitragen. Daß die begriffe geordnet und gesund nicht nur zufällige reminiszenz en sind, verrät die erklärte absicht zur einordnung in die gesellschaft er ziehen zu wollen. Einordnung in die gesellschaft ist das ideal der deu tschen untertanenfabrik und keiner demokratischen schule. Wenig fa ntasie gehört dazu, sich vorzustellen, was passieren wird, wenn d ie aufgeforderten lehrkräfte für sozialkunde, biologie, deutsch und re ligion zur tat schreiten werden. Worum es allein geht, nach einem w ort von karl kraus, daß die mädchen nicht früh genug erfahren kön nen, wie die kinder *nicht* zur welt kommen, das werden sie mit sicher heit zu spät, auf jeden fall aber ohne medizinisch-technische anle itung vom lehrer mitgeteilt bekommen. Stattdessen wird die forde rung nach der Freigabe der anti-baby-pille lächerlich gemacht und als schreckgespenst ein armer pedell konstruiert, der sich jeden m onat an der schultür aufbaut und pillen ausgibt. Die freigabe d er totalen anticonzeptiva wäre erst eine von voraussetzungen für eine glückliche realisierung der jugendlichen sexualität, die noc h immer heimlich stattfindet und unter bedingungen, die dem glü ck abträglich sind. Young lovers müssen warten bis eltern weg si nd oder sich im VW das kreuz verrenken, da die bestehenden e inrichtungen für jugendliche einschließlich der jugendherberge n sexualität verunmöglichen. Damit sich jugendliche sexualität f rei entfalten kann, wären jugendhotels einzurichten, die dem jeglicher bevormundung zu enthalten hätten. Eine sexualfreundli che erziehung hätte das tabu über der minderjährigkeit zu ign orieren, damit sich der unerfahrene partner einen erfahrenen aussuchen kann.

Sprachlose Aktionisten

Die Blockade der Universität anläßlich der Verabschiedung der Notstandsgesetze hatte nicht zuletzt die Funktion, den gesamtgesellschaftlichen Widerspruch auch an der Universität transparent zu machen. Die Reaktion, bisher nur lose organisiert, schritt zu ihrem ersten politischen Kraftakt.
Verstreute Grüppchen der AFK, AHP und des RCDS fanden sich zur „sachlichen Mitte" zusammen, um dem „körperlichen und geistigen Terror" der vielbeschworenen radikalen Minderheit Paroli zu bieten. Der Name Aktionskomitee Demokratischer Studenten (ADS) sollte signalisieren, daß von geheimen Drahtziehern beauftragte „Anarcho-Kommunisten" der „freiheitlichen Demokratie" den Todesstoß zu versetzen trachteten.
Gemäß ritualisierter politischer Denkschemata konnte die Anwendung von brutaler Gewalt die einzig adäquate Reaktion auf die Besetzung sein. Per Flugblatt rief das ADS zum Kampf gegen „ideologischen Kauderwelsch und Parteichinesisch" und zum Streikbruch auf. Daß die Mehrheit der Studenten dem Aufruf nicht folgte, konnte sie nicht daran hindern, mit Ketten, Zangen und Eisenstöcken auf Streikposten einzuschlagen. Das Ziel, die Säuberung der Universität von wissenschaftsfremden Bestrebungen, vermochten sie freilich nicht allein zu erreichen, hierzu bedurfte es erst der Macht des Rektors, der durch den Einsatz der Polizei objektiv das vom ADS im Gang gesetzte Werk vollendete.
Wie sprachlos Gewalt ist, zeigt sich, wenn man versucht, aus den Äußerungen der Vertreter des ADS ein politisches Konzept zu extrapolieren. Das Programm erschöpft sich in vagen Aussagen wie „sachgerechte Vertretung der Studentenschaft", „korrekte Aufklärung der Öffentlichkeit", „Sachlichkeit und Maß". Wenn man auch überfordert ist, sich eine Vorstellung von all dem zu machen, so erfährt man doch die Wege, welche dabei nötig sind, nämlich Gespräche mit den zuständigen Stellen und Auseinandersetzung mit den Methoden und Argumenten des SDS.
Das politische Programm des ADS reduziert sich somit auf eine Kritik am SDS. Daß der SDS hierbei schlicht mit der Außerparlamentarischen Opposition identifiziert wird, entspricht nur zu genau dem Reflexionsradius eines borniert politischen Bewußtseins. Unfähig, politische Konzeptionen anders denn in Freund-Feind-Schemata zu diskutieren, setzt man eine politische Bewegung mit der Gruppe gleich, die man als Bürgerschreck am einfachsten stilisieren zu könnnen glaubt. Das Repertoire, mit dem dabei „Aufklärung der Öffentlichkeit" getrieben wird, stammt aus dem Geist eines jahrzehntelang eingeübten Antikommunismus.
Der SDS bedroht die freiheitliche Ordnung mit dem Ziel der Errichtung einer sozialistischen Rätedemokratie, sprich: stalinistischen Diktatur. Ausgangspunkt für die „gesamtgesellschaftliche Machtergreifung" ist die Universität. Hat der SDS hier erst die Macht übernommen, „so ist eine Bastion unserer freiheitlichen Demokratie gefallen". (Man versuche einmal Rüegg mit freiheitlich zu assoziieren!) Um dieses Ziel zu erreichen, dürfen natürlich keine Mittel gescheut werden. Der SDS beschafft sie sich durch das Studium faschistischer Stör- und Knüppelaktionen. Zur Verdeutlichung zitiert Hans J. Konrad, ein Vorstandsmitglied des ADS, die Parole der Nazis „Juda verrecke", um im Nachsatz die Relevanz des go-in bei Carlo Schmid zu erläutern. Eine weitere Parallele ergibt sich für den ADS aus der Tatsache, daß der SDS (wie die Nazis) seinen Kampf gegen das „Grundgefüge" dieser Gesellschaft führt.
Dieses jedoch bleibt außerhalb aller Diskussion. Daß der SDS seine Aktionen gerade aus der Analyse der kapitalistischen Gesellschaft legitimiert, wird für die demokratischen Aktionisten nicht einmal zum Problem. Aus dieser politischen Folie, der unreflektierten Akzeptierung der kapitalistischen Gesellschaft nämlich, kann freilich kaum anderes denn formales Schwadronieren resultieren. Kritik wird prinzipiell nicht an inhaltlichen Kriterien festgemacht, sie leitet sich vielmehr aus dumpfen kleinbürgerlichen Ressentiments gegen Unruhe und Unordnung her. So erscheint schließlich das Projekt einer politischen Universität als „Anfang eines partiellen Totalitarismus" und als „Klassenkampfinstrument, um einen gesamtgesellschaftlichen Schlachtplan" durchzuführen. Zur Realisierung eines „politischen Messianismus" soll die studentische Selbstverwaltung aufgehoben werden. Das Ergebnis, oh ach, wird sein: „Dogmatismus und gesinnungsträchtiger Fanatismus". Selbst die „formalen Werte" der wissenschaftlichen Methodologie müssen politisch werden, denn nur eine ideologisierte Wissenschaft kann Hilfsdienste bei der weltweiten Subversion leisten. Zwar wird der SDS, ist er einmal an der Macht, nicht so dumm sein und eine ihm nicht genehme Wissenschaft verbieten, aber er wird durch Überzeugung dieses Ziel sicher erreichen (Konrad). Alles andere läßt sich bei Springer, Wohlstands-Erhard und Konsorten nachlesen, es bedarf keiner weiteren Schilderung.
Das ADS konstituierte sich in einer Situation als die Macht der Ordinarien zum ersten Mal mit neuen Formen in Frage gestellt wurde. In den nächsten Wochen und Monaten will es „konkret" werden. Die Studentenschaft wird zu beweisen haben, daß Hochschul- und Studienreform nicht von autoritärem Corpsgeist zu erwarten ist. **R. E.**

DISKUS Frankfurter Studentenzeitung. Erscheint zweimal vierteljährlich.
Herausgeber: David H. Wittenberg, Andreas Schröder, Rainer Erd, Lothar Wolfstetter, Veit Feger
Redaktion: Antonia Grunenberg, Rainer Roth, H.-P. Riese, Hermann Lohaus, Michael Schwarze, Lothar Wentzel, Eckart Grünewald, Josef Wüst
Redaktionsgeschäftsführer: Lothar Wentzel
Verlagsleiter: Werner Fritzsche
Anzeigen: Werner Dömming
Vertrieb: Dagmar Gerdes, Klaus von Büren
Anschrift der Zeitung: 6 Frankfurt am Main 1, Mertonstraße 26—28, Telefon (0611) 7 98 31 88

Konten der Zeitung: Commerzbank Ffm. 6420020, Postscheckamt Ffm. 187588
Artikel, die mit dem Namen des Verfassers oder seinen Initialen gezeichnet sind, geben die Meinung des Autors wieder, aber nicht unbedingt die der Redaktion. Alle abgedruckten Beiträge sind Eigentum des DISKUS.
Nachdruck — auch auszugsweise — nur mit Erlaubnis der Redaktion.
Leserbriefe haben keinen Anspruch auf vollständige Wiedergabe.
Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 1 vom 1. Januar 1968.
Abonnementsbestellungen zum Preis von DM 10,— jährlich nimmt jedes Postamt entgegen.
Lieferungen in das Ausland sind bei der Redaktion zu bestellen.
Druck: H. G. Gachet & Co., 607 Langen · Gerichtsstand: Frankfurt/Main

Sechs Thesen suchen ihren Sachverhalt / Von Peter Brückner

Zur Kritik an Jürgen Habermas

DER FOLGENDE BEITRAG ZUR KRITIK AM LINKEN LIBERALISMUS HAT SEINE GRENZEN IN SEINER PSYCHOLOGISCH-POLITISCHEN ARGUMENTATION. ZWAR KANN BRÜCKNER, PROFESSOR FÜR PSYCHOLOGIE AN DER TH HANNOVER, ZEIGEN, WIE BESTIMMTE LIBERALE VORWÜRFE AUF VERINNERLICHUNG VON REPRESSION UND DIE UNSICHEREN DISTANZIERUNGEN VON RADIKALEN GRUPPEN AUF ABWEHRMECHANISMEN HALBINTEGRIERTER KRITIKER BERUHEN. DAS KANN JEDOCH EIGENTLICH NUR EIN FREILICH SEHR HILFREICHER AUSGANGSPPUNKT EINER POLITISCHEN KRITIK LIBERALER PPRINZIPIEN SEIN. HABERMAS' IDEALISTISCHE VORSTELLUNGEN DES VERHÄLTNISSES VON THEORIE UND PRAXIS, SEINE STRATEGIE MASSENHAFTER AUFKLÄRUNG UND DER BÜNDNISPPOLITIK MIT LIBERALEN PUBLIZISTEN UND PROFESSOREN UND DEM REFORMISTISCHEN GEWERKSCHAFTSAPPARAT, WIRFT EINE ANDERE DIMENSION DES STREITS UM REALISTISCHE POLITIK AUF. SIE WÜRDE DIE ALLERDINGS NOTWENDIGE KRITIK, DIE SICH ALLZUSEHR AUF DIE EBENE EINES WILD PSYCHOLOGISIERENDEN HABERMAS EINLÄSST, TRANSZENDIEREN MÜSSEN. WIR HOFFEN, DIE DISKUSSION IN DIESEM SINNE IN DER NÄCHSTEN NUMMER DES DISKUS FORTSETZEN ZU KÖNNEN.
DIE REDAKTION

Mit Jürgen Habermas' sechs Thesen über Taktik, Ziele und Situationsanalysen der oppositionellen Jugend (Frankfurter Rundschau vom 5. 6. 1968), geht es merkwürdig zu. Als er sie in eindrucksvoller psychophysischer Leistung zu Pfingsten selbst vortrug, entzündete sich an ihnen (oder vielleicht an ihm) der Widerspruch des Angegriffenen zu faszinierender Diskussion; jetzt, im Druck, formal-aesthetisch gestaltet und populär zugleich, weiß man imgrunde nicht mehr recht, wie man die Sachverhalte, um die es Jürgen Habermas doch geht, in die Kritik seiner sechs Thesen einbringen soll, in denen sie kaum vorkommen.

(1) Sie sind gewiß nicht leicht zu fassen. Wir haben gelernt, die immer partikularen Begriffe unserer Sprache zur Aufgliederung von komplexen, schwer überschaubaren, in Praxis verstrickten Sachverhalten zu gebrauchen, und doch die Schwäche des *terrible simplificateur* zu vermeiden, der mit partikularen Begriffen die Knoten der Verwicklung durchhaut. Er ist der Komplicenschaft mit den jeweils regressiven Momenten am komplexen Sachverhalt längst überführt: etwa, wenn er Gedanken, die erst noch genau zu artikulieren wären, durch die Nennung von Personen substituiert. Vereinfachungen auf Hans Jürgen Krahl oder Ulrich K. Preuß bringen, wie alle Personalisierungen von Geschichte, wenig mehr ein als den Hang zum umlaufenden Gerücht, das dann seinerseits (für wahr genommen) Geschichte substituiert. Wir haben gelernt, auch von Jürgen Habermas, mit Mitteln der Menschensprache, d. h. der kritischen Theorie, die genetisch, situativ und intentional vielgliedrigen und widersprüchlichen Prozesse, die auf verschiedenen Ebenen des gesellschaftlichen Geschehens ablaufen, auf *objektive Tendenz* hin zunächst zu vereinfachen — nur um von ihr aus Vermittlungen breit nachzuvollziehen. Im Vorfeld des Denkens noch bedarf es hierzu ordnender Sorgfalt: in simpler Registrierung von Einzelheiten. Wir wissen, daß es in der kurzen Geschichte der Studentenbewegung eine Zeit der Bürgerrechtstaktiken gab, in der sich Viele ihrer bedienten, die doch in ihrer politischen Absicht wenig gemeinsam hatten; eine Zeit der single purpose actions, in der sich Viele an ihnen beteiligten, deren Absicht weit über die hinaustrieb; eine Phase des Protests, eine des Widerstands. Der Stellenwert äußerlich identischer Taktiken usw. war und ist also Wandlungen unterworfen. Was gar als ‚Studentenbewegung' oder als ‚Außerparlamentarische Opposition' zusammengefaßt wird, hat zum *gemeinsamen Nenner* noch immer nur wenig mehr als die homogene Berichterstattung in den Medien der Massenkommunikation. Wer auf der Suche nach den Habermas'schen Sachverhalten über die Opposition nachdenkt, wird sich außerdem daran erinnern, daß die ‚oppositionelle Jugend' umfas-

Realitätsverlust

sende Bündnisse auf Zeit, partielle Bündnisse auf Dauer suchte und auch fand, daß sich dadurch *induzierte* Konflikte herstellten, aus denen sich zu lösen nicht immer leicht war. Regionale Differenzen und erhebliche Ungleichzeitigkeiten von Universität zu Universität komplizierten die Situationen zusätzlich. Es waren sehr verschiedene Köpfe, die der gleiche Polizeiknüppel traf.

Namentlich den SDS, von dem Jürgen Habermas redet, hat es außerhalb der Gerüchte über ihn nie gegeben. Immer ist soziale Wirklichkeit, wenn sie so vorläufig, auch widersprüchlich und locker organisiert ist, ein schwebendes Verfahren — Sprache, die sich über sie mit Anspruch auf Gültigkeit auslässt, ein Eingriff.

Ist allerdings der politisch Reflektierende: damit beschäftigt, sich Realität bewußt zu machen, also sprachlich zu artikulieren, in eine komplexe Gesamtsituation eingebettet, die er als politisch Handelnder mit strukturiert, so läßt kritisches Denken dem Sachwiderstand der Prozesse und Dinge gerade genügend Raum, sich gegen falsche Vereinfachung zu sträuben. Es zeigt sich zwar, daß nicht *jede* Unbotmäßigkeit der ‚oppositionellen Jugend', die sich irgendwann einmal ereignete, politisch motiviert, politisch relevant war (was Jürgen Habermas ihr vorhält); doch zeigt sich zugleich, daß *Unbotmäßigkeit der formale Index für die Relevanz jeder politischen Antwort auf die Verhältnisse ist* (was Jürgen Habermas nicht mehr erwähnt). Im ‚schwebenden Verfahren' ereignet sich neben dem direkten Zugriff zur Akte im verschlossenen Schrank — symbolisch sich aneigend, was dafür Zeugnis ablegen kann, daß Herrschaft über Beherrschte verfügen will — gewiß auch Anderes, das zum Verwechseln ähnlich sieht und doch privatistisch entglitt. Politische Intention, Ansteckung in der Gruppe Demonstrierender und Angstreaktion *können* sich gelegentlich noch zu Verhaltensweisen verschmelzen, denen bei aller Vielfalt eines gemeinsam ist: daß sie für kritische Reflexion, für Ich-Kontrolle schwer zugänglich sind. Daraus Vorwürfe zu verallgemeinern, ist kurzschlüssig. Auch formal-aesthetisch gestaltete Kritik an der studentischen Opposition kann gelegentlich nur *Abwehrmechanismus* sein (und ist es doch nicht immer): ein strenges Über-Ich läßt handelnde Verstrickung in die noch ungewissen Strukturen sozialer Situation nicht zu. In gründlicher Rationalisierung eigener unbewußter Konflikte muß der Kritiker an die Stelle wirklicher Sachverhalte *Eingriffe* setzen (‚Jugend', ‚Kinder'), die ihm erst die rechte Seniorität zuschieben. Was ihn selbst ängstigen würde, ist nun unerreichbar weit distanziert: Vergeblich sucht die These dann ihren Sachverhalt.

Jürgen Habermas' ‚ritualisierte Erpressung' kommt gewiß vor, hat oft dominiert, daneben aber steht die gleiche Taktik als Instrument, die Herrschaft der Verhältnisse (die nun einmal so sind, wie sie eben sind . . .) als ein Verhältnis von Herrschaft zu entziffern. Neben jenen von J. Habermas analysierten Demonstranten, die Falsches an Autorität und Schein-Autoritäten entlarven, gehen Andere: Für sie trat an Stelle des Zutrauens in einen angeblich noch selbst sich verwirklichenden Rechtsstaat, in die ‚immer noch Freiheit und Recht garantierenden Verfassungsinstitutionen' (J. Habermas) der beharrliche Versuch, zu erforschen, was es mit diesen Institutionen wirklich auf sich habe. Unterscheidungen noch im Vorfeld von Denken: beim Registrieren und Einsammeln von Realem, sind eben unentbehrlich; gerade im Bewußtsein der organisatorischen Arbeit, die theoretisch wie praktisch zu leisten sein wird. Gewiß gibt es das, was Jürgen Habermas zu Pfingsten polemisch gegen ‚den' SDS wendete: Aktivität, die privaten Triebbedürfnissen oder pathogenen Angstzuständen entspringt; Aktionen, die durch reflexionslose Gruppenprozesse erzeugt werden und deren Vollzug für die Beteiligten konformitätssteigernd wirkt — ohne jede rational ausweisbare Wirkung sonst. Aber die *Konfrontation mit Herrschaft:* in der die soziale Ordnung plötzlich und erschreckend auf die einzig relevante gesellschaftliche Dimension Macht - Ohnmacht schrumpft, nur noch die nicht mehr überbrückbare Differenz zwischen privilegierter Gewalt auf der Seite von Herrschaft, Normunwürde und Ohnmacht auf der Seite der Beherrschten bleibt, vermittelt vielen Teilnehmern Einsicht in die Tatsache, daß *jede* akzeptierte soziale Ordnung gegenwärtig durch ihre Legierung mit unrechtmäßig-überflüssiger Herrschaft kompromittiert ist, und noch die scheinbar beste Elemente der Unterdrückung aufbewahrt. Erst in der kritischen Zerstörung dieses Scheins von Recht und Ordnung finden Demokratisierung wie Erkenntnis ihre Legitimation. Die regelverletzende Aktion formuliert, was aus der sinnlichen Wahrnehmung endlich nicht mehr abzuweisen ist: die unpassende Nachricht von der Irrationalität, Starrheit und Inhumanität der gegenwärtigen Verhältnisse. (2). *Wissen* darf in den rationalen Prozeß der Analyse solcher zeitgeschichtlicher Bewegungen eingebracht werden. Jürgen Habermas hat zu verschiedenen Zeiten, auch in seinen sechs Thesen, *Altersrollen* zur Analyse und Kritik verwendet. In der Tat beobachten wir bei Studierenden eine ‚verlängerte Pubertät', die den früh Berufstätigen leider vorenthalten wird. Bei der Exzellenz von Goethe werden gar ‚wiederholte Pubertäten' (mit Recht) als das eigentliche Genie des Menschen angesehen. ‚Genie' ist Kreativität, die oft ‚pubertär' aussieht.

Das, was Kritiker der studentischen Opposition als ‚Unreife' vorzuhalten belieben, ist ihre Kreativität, gesehen durch das Ressentiment der Beschädigten. Das Wort vom ‚Pennälerniveau' in Habermas'-Thesen hat sich von den bürgerlichen Altersrollen nicht emanzipiert. Er sieht nicht, daß die Kreativität der ‚Jugend', d. h. der aufgeschobenen Normierung durch Berufstätigkeit, weit reicht, manchmal befremdlich weit; sie impliziert, daß ‚erwachsenes Verhalten' die Folge von Repression, nicht von Reife, sein könnte.

Es ist eben die gleiche Kreativität, die noch in die Form eingeht, in der die studentische Opposition hr Bewußtsein von sich selbst gewinnt. Sie läßt es zu, daß die einzelnen in ihre gemeinsame Praxis auch ihre jeweils private (Vor-) Geschichte mit einbringen. Keine an Methodologie, Verhaltensdogmatik oder Altersrolle geknüpfte Repression zwingt die Individuen in der studentischen Linken dazu, auf eine Artikulation ihrer je individuellen Bedürfnisse, Ängste resignierend zu verzichten. Obwohl sich studentische Opposition zugleich immer an der gemeinsamen *Praxis* orientiert, mag es vorkommen, daß einzelne Studierende es eine Zeitlang schwer finden, zwischen Ungehorsam, der nachdrücklich zu fordern ist, und Disziplinlosigkeit, die manchmal schlecht ausgeht, zu unterscheiden; daß sie sich häretisch absondern, um unter Umständen nach einiger Zeit im Dunkel der bürgerlichen Gesellschaft spurlos zu verschwinden. Die Majorität der studentischen Linken scheint aber sehr wohl zu wissen, was sie politisch akzentuieren soll. Der Spaß, den sie manchmal dabei hat, ärgert höchstens die bürgerliche Selbstbeherrschung des Arrivierten, des Strebsamen, die beide von der terroristischen, triebfeindlichen Natur ihrer Beherrschung und Pedanterie nichts ahnen. Auch ganze *Gruppen* antworten auf die nicht mehr tolerierbare Insuffizienz der Verhältnisse jeweils nach Maßgabe ihrer Rationalität, ihres Gruppenbewußtseins, ihrer objektiven Situation und ihrer Zahl — wie sonst? *Daß* ihren Aktionen ein revolutionärer Charakter gemeinsam ist, antwortet indessen nicht, wie Jürgen Habermas verallgemeinert, auf die Vermutung, die gegenwärtige historische Lage sei revolutionär; sondern dieses Gemeinsame, Revolutionäre antwortet auf die Versteinerung des status quo, dem gegenüber selbst Reformen revolutionäres Gepräge annehmen müßten. Gewiß wird man Jürgen Habermas zustimmen: ‚Vor uns liegt keine Periode des Umsturzes, weder des manifesten noch des verschleierten', aber man wird ihn zugleich ergänzen: Vor uns liegt eine Periode der Aktivierung konterrevolutionärer Prozesse, sowohl der manifesten als auch der verschleierten. Aus der Permanenz der Reaktion leitet die Permanenz der studentischen Mobilisierung sich her — nicht aus falscher Beurteilung der Lage.

(3) Gerade die Mitglieder des Frankfurter SDS, von Jürgen Habermas in der abendlichen Diskussion zu Pfingsten offener noch attackiert als in den sechs Thesen, repräsentieren — wie die verschiedenen Gruppen des SDS überhaupt — am ehesten das, was in der Gesamtgesellschaft trotzdem noch vorgeht oder vorgehen könnte. Indem sie sich Wirklichkeit aneignen, reproduzieren sie *in sich* auch deren Widersprüche, aber oft in theoretisch schon geläuterter Form, als durchschaute, als manchmal bereits in konkrete Handlungsanweisungen und Parolen transponierbare. Zumindest entrichten jene Widersprüche in der Diskussion der gegeneinander autonomen Gruppen des SDS und der miteinander arbeitenden einzelnen Genossen einen Tribut an die potentielle Rationalität von Sprache. Die Diskussion innerhalb der Gruppen und Genossen des SDS ist daher zugleich und im Prinzip gesellschaftliche Arbeit, die das Widersprüchliche an der eignen Theorie-Praxis in solcher Weise aufzuarbeiten beginnt, daß es im Bewußtsein seine Aufhebung finden kann — soweit in der gegenwärtigen Gesellschaft möglich. Die Austragung solcher intern reproduzierten Widersprüche stellt mit den Modellen historischer Lösungsversuche zugleich Solidarität und Übereinkunft her. Mir scheint, die Diskussion nach Jürgen Habermas' Referat hätte dies gezeigt; ungeachtet seiner Behauptung, er hätte die sechste seiner gedruckten Thesen ‚nachträglich aus Diskussionsbemerkungen zusammengestellt', ist davon im Text nichts anzutreffen. Daß soziale Gruppen, infolge ihres gestörten Austausches mit der Gesellschaft und ihrer Distanz zu realen gesellschaftlichen Konflikten, mehr disziplinare Übereinstimmung entwickeln als der SDS, ihren eigenen, kranken Stoffwechsel fressen und dann nicht anarchoid, sondern bürokratisch werden, gilt in der Regel für die Gegner zum Beispiel für Ordinarien der Ordinarien-Universität.

Mir scheint, daß Jürgen Habermas in seinen sechs Thesen auch einige Negativklauseln vernachlässigt hat, deren Beachtung davor schützen könnte, in der Not sprachlicher Verkürzung das, wovon zu sprechen wäre, auf einen falschen Begriff zu bringen. So wird eine Interpretation dadurch, daß sie dem *establishment*, daß sie Herrschaftsinstanzen Argumente oder Alibis liefert, zwar noch nicht zwangsläufig falsch. Wenn die Annahme oder Ablehnung solcher Interpretationen (‚Die Scheinrevolution und ihre Kinder') aber zudem noch mit darüber entscheidet, ob man in der Meinung des establishments und der Herren ‚dazu gehört' oder sich als Minderheit ausschließt, ob man den ordnenden Mächten hinzuzählbar ist oder den Fermenten der Dekomposition, wäre höchstes Mißtrauen gegen die eigene Interpretation am Platze. Sie braucht nur unvollständig zu sein, und wird schon falsch, zum schädlichen Eingriff in ein schwebendes Verfahren. So hat gewiß nicht *jeden* Dreck, den Rektoren auf Plüsch und Teppich finden, eine Schwalbe der Emanzipation im Fluge fallengelassen: aber der schöne Flug dieser nicht mehr so seltenen Vögel darf sich nie nach dem Kompaß geltender Sitte richten. Deren Abkunft aus der Gewalt zu unterschlagen, den Haß zu übersehen, der sich noch im ‚Anstand' institutionalisiert, und damit die Spielregeln der Bourgeosie zur ‚Errungenschaft' hochzustilisieren, die niemals wieder aufzugeben wäre, ist und erzeugt falsches Bewußtsein.

Ferner: Objektivität, ein Fetisch der wissenschaftlichen Welt, enthüllt ihren repressiven Kern, wo sie praktisch dem Bestehenden zu Buche schlägt, also den Stärkeren begünstigt. Parteilichkeit, die konkrete Machtverhältnisse sorgfältig mit in Ansatz bringt — wohl wissend, daß Herrschaft öffentlich erst dann nach Unterstützung gegen den ‚Terror' der Opposition sucht, wenn sie selbst schon dreiviertel dazu entschlossen ist, Terror gegen die Opposition anzuwenden, ist zugleich politisch sinnvoller und wahrer.

Die studentische Linke weiß angesichts der realen Machtverhältnisse, daß sie zwischen Schläue und Entschiedenheit, zornigem Bekenntnis und abgewogener Taktik einen unbequemen Weg gehen muß; darauf achtend, auf eine Weise Widerstand zu leisten, der es den Institutionen schwer macht, sie zu verheizen, aber unmöglich, sie zu disziplinieren. Der *Kritiker* der studentischen Linken sollte seinerseits wissen, daß in der Zeit beginnender Kriminalisierung der studentischen Opposition jede personalisierende Kritik zwangsläufig den fatalen Charakter der Denunziation annimmt. Auch er hat seinen ‚unbequemen Weg': er muß vermeiden, was manchem liberalen Freund der studentischen Linken zustößt — daß er ihr in den Rücken fällt, weil er ihr in den Arm nicht mehr fallen kann.

Demnächst wird bei der Europäischen Verlagsanstalt ein Buch erscheinen: Die Linke antwortet auf Jürgen Habermas, mit Beiträgen von Abendroth, Krippendorf, Meschkat, Negt, Lefevre, Offe u. a.

Politische Ökonomie

Geschichte und Kritik

Mit dem Titel „Politische Ökonomie — Geschichte und Kritik" möchte der Verlag bewußt an die Quellen für diese Wissenschaft erinnern. 100 Jahre nach ihrer ersten Blüte zeigte sich höchst eindeutig, daß sowohl die Methode als auch die Weigerung, Ökonomie als einen isolierbaren Gegenstand anzuerkennen, noch unentbehrlich sind für eine neue Theorie von der Ökonomie, die kritisch und zugleich politisch ist. Im Unterschied zu den heute herrschenden positivistischen Methoden und Lehrmeinungen sollen durch die Veröffentlichungen dieser Reihe der Aspekt der Geschichte un dder Zusammenhang der wirtschaftlichen Entwicklung mit der gesellschaftlichen und politischen Entwicklung wieder den vom Gegenstand dieser Wissenschaft erforderten erkenntnistheoretischen Stellenwert erhalten.

Kritik der politischen Ökonomie heute
100 Jahre „Kapital"

Referate und Diskussionen von Frankfurter Colloquium im September 1967

359 Seiten, Snolin-Broschur 22,— DM, Leinen 32,— DM

Roman Rosdolsky
Zur Entstehungsgeschichte des Marxschen „Kapital"

Kartonierte Ausgabe in zwei Bänden

Band I 366 Seiten, Band II 320 Seiten, zusammen 29,— DM
Leinen 686 Seiten 38,— DM

Politische Texte

Die „Politischen Texte" wenden sich an alle, für die Politik noch nicht endgültig zu einer Angelegenheit der Regierungen, der Berufspolitiker und neuerdings der decision-makers entartet ist, vor allem an die aufgeschlossenen Kreise an Universitäten, Hochschulen und Schulen, an alle, für die die Bezeichnung „intelektuell" kein Schimpfwort ist.
Bei der Planung ihrer Aufmachung ist mit gleicher Rücksicht an die Billigkeit, auf die Lesbarkeit und die Eignung, lange mit ihnen arbeiten zu können, geachtet worden. Sie sind, so gesehen, Lese- wie Arbeitsbücher.

Auguste Blanqui
Instruktionen für den Aufstand

Aufsätze, Reden, Aufrufe
Aus dem Französischen, herausgegeben und eingeleitet von Frank Deppe

191 Seiten, kartoniert 12,— DM, Leinen 18,— DM

Karl Korsch
Arbeitsrecht für Betriebsräte

Herausgegeben und mit einem Vorwort von Erich Gerlach
Eingeleitet von Dieter Schneider

160 Seiten, kartoniert 12,— DM, Leinen 18,— DM

Rosa Luxemburg
Politische Schriften III

Herausgegeben und eingeleitet von Ossip K. Flechtheim

144 Seiten, kartoniert 12,— DM, Leinen 18,— DM

Europäische Verlagsanstalt

Gemeinsam sind wir unaufhaltsam

oder: Über einige spalterische Tendenzen in der antiautoritären Bewegung

Vorbemerkung: Der Großteil der hier verwendeten (bzw. interpretierten) Informationen stammt aus dem „Jugendinformationsdienst", Verlag Das Junge Wort, Wiesbaden, Sondernummer vom 20. Mai dieses Jahres.

Kleinere Organisationen, die meist sektiererischen Charakter hatten, haben in der Bundesrepublik das Vakuum auszufüllen gesucht, das nach der Zerschlagung der Arbeiterbewegung durch den Faschismus entstand. Von der Öffentlichkeit unbeobachtet hat sich im Mai dieses Jahres wiederum die Gründung einer Organisation zugetragen, die den Anspruch hat, sozialistisch zu sein. Was die Gründer darunter verstehen, soll im Weiteren expliziert werden.

Am 4./5. 5. wurde in Essen die Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend ins Leben gerufen. Den jungen Marxisten in der Bundesrepublik soll hier „eine Heimat" geboten und Gelegenheit verschafft werden, sich Grundkenntnisse des Marxismus anzueignen. Ihr politisches Programm beinhaltet den Kampf gegen Notstandsgesetze, Neonazismus und ähnliches.

Der Tradition der Arbeiterbewegung stehen diese jungen Sozialisten nicht unkritisch gegenüber. Sie haben aus den Querelen der sozialdemokratischen und kommunistischen Jugendverbände in der Zeit der Weimarer Republik gelernt. In heftige Auseinandersetzungen, besonders während der Jahre 1920/22, verstrickt, hatten es diese beiden Organisationen nicht vermocht, größeren Einfluß auf die Massen der Jugendlichen zu gewinnen.

Die Ursachen dafür wurden im Jahre 1930 von Willi Münzenberg, damals Mitglied des ZK der KPD, klar diagnostiziert: „Wir werden . . . keinen Erfolg haben . . . solange der Jugendverband der Partei organisatorisch verbunden bleibt . . ." An die Stelle der offiziellen kommunistischen Jugendorganisation sollte eine unabhängige sozialistische Organisation treten, die die Jugend dort erreichen sollte, wo sie sich (auch bewußtseinsmäßig) aufhielt, an ihrer Basis, in ihrer Freizeitgestaltung.

Auf dieses Konzept Willi Münzenbergs, das natürlich seinen realen politischen Hintergrund nur zu Beginn der dreißiger Jahre, in der besonderen Situation des damaligen Deutschlands hatte, gründet sich das Selbstverständnis der SDAJ. So erfreulich das Bekenntnis zum 1940 in Frankreich ermordeten Münzenberg ist, so unerfreulich ist die Anwendung dieses historisch längst überholten Vorschlages auf die Situation der heutigen Bundesrepublik. Die implizierte Abgrenzung von der in der Illegalität befindlichen Kommunistischen Partei Deutschlands garantiert in keiner Weise die richtige Einschätzung der historischen Situation. Die SDAJ bekennt sich offen zum Spaltertum. Zur Erklärung sei darauf verwiesen, daß sich etwa ein dreiviertel Jahr vor der Gründung der SDAJ, am 17. Juni 1967, in Frankfurt das Aktionszentrum unabhängiger und sozialistischer Schüler (AUSS) konstituiert hatte.

Das AUSS hatte sich die Aufgabe gestellt, die politisch-gesellschaftliche Opposition der Schülerschaft, die als eine spezifische gesellschaftliche Gruppe begriffen wurde, zu formieren und in ihren Aktionen zu koordinieren. Hier fanden sich oppositionelle Schüler aller politischer Schattierungen zusammen, um Schule und Gesellschaft das abzufordern, was ihnen bislang verweigert wurde: die Demokratisierung.

Die Aktionen der Folgezeit erwiesen schlagend die Richtigkeit dieses Ansatzes. In Bremen, Freiburg, Kiel und anderen Städten organisierten sich die Schülermassen spontan, um ihre konkreten Interessen selbst zu vertreten. Ohne die Arbeit der Kader des AUSS in diesen Städten wären diese Aktionen niemals zustande gekommen.

Das Prinzip der Aktionseinheit wurde schon wenige Monate nach Gründung des AUSS von den späteren Gründern der SDAJ gebrochen. In ihrer geographischen Heimat Nord-Rhein-Westfalen wurde ein Landesverband der Schüler gegründet, mit dessen Hilfe die politisch divergierenden Richtungen innerhalb der dort ansässigen Gruppen „kanalisiert" werden sollten. Nur dem weitgehenden Entgegenkommen des damaligen Bundesvorstandes des AUSS, Michael Lukasik, war es zu verdanken, daß es nicht zur Spaltung kam. Die Vorbereitungen zur Gründung einer eigenständigen, konkurrierenden Gruppe außerhalb des AUSS aber gingen weiter, bis endlich am 4. Mai dieses Jahres die bis ins Detail vorgeplante Gründungsversammlung der SDAJ erfolgte. Ihr politisches Programm und der Ablauf der Gründungskonferenz zeigten dann auch politische Abgründe, die in Zukunft vermutlich nur punktuell zu überwinden sein werden.

Das Programm der SDAJ ist nicht sonderlich aktuell. Es zeugt von einem tiefen Unverständnis der historischen Situation sowohl der Bundesrepublik wie der Deutschen Demokratischen Republik. „Die SDAJ begreift sich als Teil der Arbeiterbewegung" heißt es in einem ihrer Aufrufe. Damit wird, als wäre es annodazumal, die Arbeiterklasse, deren Klassenbewußtsein ja inzwischen etwas abhanden gekommen ist, als revolutionäres Subjekt konstituiert. Die Tendenzen der monopolkapitalistischen Staaten, die Klassenunterschiede allmählich im autoritären Staat aufzuheben, die Gesamtbevölkerung in eine lohnabhängige Masse von atomisierten, ausgebeuteten, konsumgesteuerten Individuen zu verwandeln, die politische Bedeutung einzelner priviligierter Randgruppen, wie z. B. der Studenten werden nicht erkannt oder falsch eingeschätzt. Im Vertrauen auf eine gesetzmäßig erfolgende Transformation des kapitalistischen Systems in ein sozialistisches will sich die SDAJ praktisch auf aufklärerische Funktionen beschränken, die wohl nichts anderes zur Folge haben können, als das Bewußtsein einzelner junger Arbeiter in einen Zustand zu versetzen, die es ihm verunmöglicht, praktisch-revolutionär tätig zu sein.

Bei der Gründungszeremonie zeigte sich die starre Orientierung an überholte Formen der alten Arbeiterparteien. „Gemeinsam sind wir unaufhaltsam", hieß es in einem großen Spruchband über dem Eingang, aber ohne Eintrittskarte wurde niemand zugelassen, auch wer gemeinsam mitkämpfen wollte, um die Bewegung noch unaufhaltsamer zu gestalten.

„Man blieb unter sich". Im oben erwähnten „Informationsbrief" heißt es dazu: „Der gesamte Konferenzverlauf war an beiden Tagen geprägt von revolutionärer Begeisterung". Häufig, langanhaltender, in Stakkato übergehender Beifall, Gesang, und immer wieder „spontanes Erheben von den Plätzen".

Dieses ritualisierte, jeder Spontaneität fremde Verhalten, am Althergebrachten orientiert, das sich in seiner perfekten Organisation geradezu exotisch von den anarchischen Debatten des AUSS unterscheidet, erwies wie sorgfältig die Veranstalter zuvor gesiebt hatten. Eine Berliner Delegation, die politisch wohl einigen Sprengstoff in die harmonistische Arbeitermetaphysik gebracht hätte, wurde nicht nur nicht zugelassen — kurioserweise auf Grund der Dreistaatentheorie — sondern handgreiflich daran gehindert den Saal zu betreten, ja auch nur einen Beobachter ohne Rederecht zu entsenden. Die fatalste Tradition der Arbeiterbewegung, die formierte stalinistische Parteiorganisation, feierte fröhliche Urständ.

Die kulturpolitischen Ziele der SDAJ sind von ganz eigener Art. Im Programm (eine sozialistische Organisation ohne Programm ist eine Sünde wider die Väter!) heißt es unter anderem: „Wir verstehen uns als eine Organisation, die die Verrohung und Pervertierung der Gefühle der Jugend durch die monopolistische Vergnügungsindustrie ablehnt, die sich bemüht, auch für die Freizeitgestaltung der jungen Arbeiter humanistische Werte zu vermitteln und ihr besonders die kulturellen Werte von Humanisten, Demokraten und Sozialisten unserer und anderer Länder nahezubringen."

Diese kulturpolitische Idiotie zeugt aber nicht nur von der erzbürgerlichen Bewußtseinsstruktur ihrer Verfasser, sondern zugleich auch von gesellschaftlicher Verblendung.

Die starre Absonderung dieser „sozialistischen" Organisation von den anderen oppositionellen Gruppen der Jugend weist auf ihre Sonderstellung hin. Sie als Nachfolge- oder Tarnorganisation der verbotenen KPD zu bezeichnen, wäre nichts anderes als völlige Verkennung der gegenwärtigen Taktik dieser Partei, die gerade in anderen, selbständigen Organisationen Fürsprecher zu finden glaubt. Die spalterische Tätigkeit dieser Gruppe kann weder ihr noch sonst jemanden dienen. Objektiv konterrevolutionär und reaktionär an ihren eigenen Maßstäben gemessen, ist die Gruppe auf Grund ihres sektiererischen und weltfremden Verhaltens politisch absolut bedeutungslos.

TIL SCHULZ

Privat studieren Privat resignieren

Zu den Ursachen der gegenwärtigen Apathie in der Studentenbewegung

Die Resignation der Studenten und der Rückzug in die Privatheit nach der Verabschiedung der Notstandsgesetze und der Besetzung der Universität durch die Polizei verlangen eine Erklärung und Überlegungen zur künftigen Strategie. Zweifellos hat eine Rolle gespielt, daß mit der Verabschiedung der Notstandsgesetze der unmittelbare Anlaß des Streiks entfallen war, ebenso, daß die Streikbewegung nicht in nennenswertem Umfang auf die Arbeiter übergegriffen hatte. Es mag hinzukommen, daß die Erfolgserwartungen bei vielen überspannt waren, die Enttäuschung über mangelnden Erfolg also zur kollektiven Resignation führte.
Zudem brach die Besetzung der Universität durch die Polizei, die sich vordergründig gegen eine politisch nicht genug kontrollierte Rektoratsbesetzung richtete, die Dynamik der Politischen Universität, die den Versuch darstellte, die politischen Energien der Streikenden massenhaft auf die Reflexion ihrer eigenen Situation zu richten. Die Politische Universität hätte praktisch die Möglichkeit der wissenschaftlichen Selbstorganisation und Selbstverwaltung der Studenten vor Augen geführt, hätte ein autonomes Experimentierfeld für produktives Lernen sein können. Die Politische Universität hätte aber vor allem Ansätze einer Lösung des Widerspruchs von Studium und Politik bieten können, wie er sich notwendig aus der repressiven Organisation des Wissenschaftsbetriebs in der Ordinarienuniversität ergibt. Dieser Widerspruch ist mit einer der wichtigsten Gründe für den sprunghaften Abbruch politischer Aktivität nach dem Streik.
Solange nämlich Studium und Politik als Widersprüche erscheinen, kann massenhafte politische Mobilisierung nicht aus einer inneren Dynamik der Studentenbewegung entspringen, sondern muß temporäres Produkt äußerer Anlässe sein.

Dauerhafter politischer Mobilisierung stehen Politisierungswiderstände entgegen, die sich einmal aus der objektiven Lage der Studenten im bestehenden Wissenschaftsbetrieb, zum anderen aus den Organisationsformen der Studentenbewegung selbst ergeben.

I

Keine der politischen Parolen der letzten Zeit war in der Agitation so zentral wie die Selbsttätigkeit bei der Organisation des Widerstandes. Das Ziel der Studenten während des Streiks, die Universität zum Zentrum des Widerstandes zu machen, wurde nicht präzise genug als qualitative Veränderung des Wissenschaftsbetriebs definiert, die Mittel dazu wurden nicht kollektiv diskutiert (von Seminar- und Vorlesungskritiken bis zu Institutsbesetzungen und Prüfungsboykott). Die voluntaristische Aufforderung zur individuellen Überwindung politischer Immobilität kann sie nicht auflösen, da sie ihre Ursachen nicht reflektiert.
Die bestehende Organisation des Wissenschaftsbetriebs fördert Vereinzelung und privatistisches Verhalten der Studenten vor allem aus zwei Gründen. Einmal schneidet sie die Fragen der praktischen politischen Verwertung der Wissenschaften radikal ab, behindert also dadurch politische Aufklärung. Zum anderen wirft sie die Studenten auf die passive Aneignung vorgegebener Wissensstoffe zurück. Indem der Wissenschaftsbetrieb aktives Eingreifen der Studenten in Forschungsprozesse kaum gestattet, trennt er radikal Produktion von Wissenschaft durch wenige von ihrer reproduzierenden, konsumptiven Aufnahme durch die Massen.
Diese Strukturen, die den Studenten wissenschaftliche Selbsttätigkeit als Vorbedingung politischer Selbsttätigkeit ungeheuer erschweren, werden durch zwei Momente zusammengehalten, die beide Anpassung eintrainieren und Angst. Einmal die Prüfungen, die für das Arbeitsleben der Studenten von zentraler Bedeutung sind, zum anderen der spätere Beruf, also die Karriere. Der Leistungsdruck von Klausuren, Zwischenprüfungen usw. fördert individualistisches Konkurrenzverhalten, wie es die meisten Studenten auch im Beruf erwartet.
Selbst wenn dieser Leistungsdruck individuell in politischer Aktivität durchbrochen wird, so gestattet er doch keine dauerhafte politische Aktivierung. Die Neigung zum Rückzug in die privatisierte Aneignung wissenschaftlicher Probleme ist latent.
Nur wenn die Aneignung selbst solidarisch so organisiert wäre, daß sie nicht etwa nur den Leistungsdruck erträglicher macht, sondern seine Abschaffung betreibt, könnte auch das bisher weitgehend der Privatinitiative überlassene Studium politische Konflikte und politisches Bewußtsein erzeugen.

II

Daß die politischen Belastungen durch Springerblockade und den Streik gegen die Notstandsgesetze zu einem solchen Aktivitätsrückschlag führten, hängt aber auch damit zusammen, daß bislang die Organisationsformen der Studentenbewegung nur eine partielle Befreiung vom erzwungenen Konsumverhalten brachten.
Denn die Mobilisierung bedeutete vor allem massenhafte Anwesenheit, massenhaftes Zuhören bei teach-ins, massenhafte Beteiligung an Kundgebungen, Demonstrationen, Blockaden, Besetzungen usw. Solidarität oberhalb der individualistischen Studienstrukturen. Sicherlich haben bei den politischen Aktionen und Diskussionen Lernprozesse stattgefunden, hat sich politisches Bewußtsein gebildet, doch das gewonnene politische Potential konnte sich noch nicht ausreichend auf die Abschaffung der unproduktiven und repressiven Studienorganisation richten, die der universalen politischen Selbsttätigkeit im Wege steht.
Hier bestehen erst Ansätze zu qualitativen Alternativen, die nicht nur auf Mitbestimmung bei relevanten Entscheidungen innerhalb des bestehenden Universitätsbetriebs bezogen sind, sondern auf die Befreiung individueller Produktivkräfte durch produktives Lernen.
Produktives Lernen würde bedeuten, daß die Aneignung wissenschaftlicher Probleme sowohl die individuellen Lernschwierigkeiten reflektiert als auch auf die praktisch politische Umsetzung bezogen sein müßte, d. h. vor allem gegen die autoritären Prüfungen, Leistungsbeweise, Ordinarien usw.
Erst auf dieser reorganisierten Studienbasis könnten Privatisierung und Konkurrenzverhalten sich politisch produktiv aufheben, die immer wieder der dauerhaften politischen Aktivierung im Wege stehen.
Die politische Organisation der Studenten kann sich natürlich nicht nur auf eine produktivere Studienorganisation beziehen, sie muß einmal auch die Privatsphäre der Studenten politisch organisieren (etwa in Kommunen) und sie muß die gesellschaftlichen Ursachen der Repression, der Unterdrückung wissenschaftlicher und politischer Arbeit in der Organisation des Kapitalismus angreifen.
Ein politisches Interesse an gesamtgesellschaftlicher Umwälzung muß sich einmal notwendig aus dem Zusammenhang zwischen Kapitalismus und repressiver Studienreform und zum anderen daraus ergeben, daß das Studium nur ein Vorbereitungsstadium für eine bestimmte gesellschaftliche Funktion, einen Beruf, ist. Weil die Hochschule kein autonomer Bereich ist, kann es einen Rückzug auf die Hochschule auch in der Welle von Apathie nach dem Streik nicht geben.

Das entscheidende Problem, die Privatisierung und Vereinzelung aufzuheben, scheint nun das Problem einer kooperativen Vermittlung von Studium und Politik zu sein auf der Basis einer solidarisch organisierten Privatsphäre.

Einmal muß die allgemeinpolitische Opposition — etwa gegen den Imperialismus oder den autoritären Staat — wissenschaftlich verarbeitet werden und gleichzeitig muß der reguläre Wissenschaftsbetrieb politisch aufgebrochen werden. Unter den gegenwärtigen Bedingungen scheint diese Totalität kaum individuell vermittelt werden zu können. Das ist selbst eine Folge der objektiven Trennung von praxisloser Theorie und theorieloser Praxis, die sich bisher in einer blinden Arbeitsteilung zwischen politisch und wissenschaftlich tätigen Studenten niedergeschlagen hat. Eine Vermittlungsstufe etwa stellt die Projektgruppe Organisation im Frankfurter SDS dar, wo Fragen praktischer Organisation auch theoretisch diskutiert werden. Oder die Berliner KU die — unter autonomer Regie der Studenten und Assistenten — zumindest den Anspruch stellt, für die Praxis bedeutsame Wissenschaft zu treiben, auch wenn sie doch nur die Lücken des bestehenden Wissenschaftsbetriebs auszufüllen scheint.
An den Seminaren und Instituten müßten mehr und mehr Kader entstehen, die organisiert den bestehenden Wissenschaftsbetrieb angreifen. Bei den Juristen, Germanisten, wohl auch bei den Medizinern sind solche Kader mehr oder weniger effektiv vorhanden. Sie hätten die Aufgabe, nicht nur ein alternatives kritisches Studienprogramm auszuarbeiten, sondern agitatorisch detailliert den Studenten die Unproduktivität ihres Studiums und die Bedingungen in seiner repressiven, die Studenten atomisierenden Organisation und seinem Verwendungszweck aufzuzeigen. Gleichzeitig müßten sich Anstrengungen darauf richten, mit Formen produktiven, kollektiven Lernens zu experimentieren, die schrittweise mehr und mehr Studenten die Fähigkeit zu wissenschaftlicher und politischer Selbsttätigkeit erlauben. Auch Institutsbesetzung können zunächst nur Mittel sein, diese Ziele allgemein zu machen.
Auf einer solchen Grundlage selbsttätig organisierten Studiums erst könnte die soziale Basis der Studenten zum permanenten Zentrum politischen Widerstandes werden, wäre aus dem allgemein politischen Kampf kein Rückzug in die Privatheit mehr möglich, da eine organisierte Reflexions- und Aktionsebene an der ganzen Universität bestehen würde.

Rainer Roth

Vom Kantinengemotze zur Betriebspolitik

In der durch verschiedene günstige Faktoren bedingten Konjunkturphase der westdeutschen Wirtschaft und der damit verbundenen Arbeitskräfteknappheit war es für die Gewerkschaften ein Leichtes, ihre Lohn- und Sozialforderungen kampflos auf dem Verhandlungswege durchzusetzen. Dadurch sahen sich die Gewerkschaftsspitzen in der Annahme bestärkt, der Gegensatz zwischen Lohnarbeit und Kapital lasse sich auch auf die Dauer kampflos austragen und durch Kompromisse versöhnen, die von Verbandsspitze zu Verbandsspitze unter gleichberechtigten Partnern auszuhandeln seien. Der Begriff Klassenkampf wurde ersetzt durch den der „Sozialpartnerschaft". Das hatte folgende Konsequenzen: Da sich als Partner relativ selbständige Tarifkommissionen der Gewerkschaften und Unternehmer gegenüberstanden, deren Bestreben war, Kompromisse möglichst für den Gesamtbereich einer Einzelgewerkschaft auszuhandeln, wurde die Auseinandersetzung um die Tariflöhne und Gehälter aus der Ebene des Betriebes herausgehoben — innerhalb der Betriebe werden nur die übertariflichen Leistungen ausgehandelt, deren Auszahlung jedoch von der Finanzlage des Unternehmens und dem Belieben der Betriebsleitung abhängt. Weil es zum anderen „gleichberechtigten Partnern" schlecht ansteht, sich zu „schlagen", verlor der Streik als Kampfmittel der Arbeiterschaft immer mehr an Gewicht und wurde schließlich in den Bereich des Anrüchigen wenn nicht gar des Illegalen abgedrängt.
Was hier vom Lohnstreik gesagt wurde gilt in weit stärkerem Maße vom politischen Streik. Er hat im Nachkriegsdeutschland keine Geschichte. Er bestand von Anfang an nur als Drohung. Den staatstragenden, aufbauenden Gewerkschaften galt er schon lange als staatsgefährdend und illegal, den Herrschenden ohnehin. Er wurde nicht angewandt: nicht bei der Wiederbewaffnung, nicht beim Eintritt in die NATO, nicht zur Durchsetzung der betrieblichen Mitbestimmung, nicht zur Verhinderung des Betriebsverfassungsgesetzes, nicht zur Verhinderung der Notstandsgesetze. In der Endphase des Kampfes gegen die Verabschiedung der ersten Nachkriegsverfassung wurde der politische Streik durch Feststellungen prominenter Gewerkschaftsführer ausdrücklich für illegal erklärt, nachdem er als Forderung im Kampf gegen die Notstandsgesetze in einer DGB-Entschließung mitte der fünfziger Jahre noch explizit enthalten war.

Ein Teil der Arbeiterschaft hat infolge der gewerkschaftlichen Lohnpolitik vor allem während und nach der Krise die Rolle der Gewerkschaften im Kapitalismus bereits durchschaut.

Davon zeugen die sich häufenden wilden Streiks in den letzten Jahren. Die bewußtesten Arbeiter lernen wieder, daß ihr vereinter Kampf die beste Vertretung ihrer Interessen ist. Die Verbindung von materiellen und politischen Interessen wird für sie wieder in größerem Ausmaße einsichtig. Die politischen Streiks gegen die Notstandsgesetze sind ein Beweis für diese Entwicklung. Sie kamen fast ausschließlich gegen den Willen und Widerstand der Gewerkschaftsbürokratien auf allen Ebenen zustande. Die studentischen Aktionen haben dazu in erheblichem Maße beigetragen. Studenten halfen den Arbeitern durch Informationen, Diskussionen und organisatorische Vorbereitung der Streikveranstaltungen. Die sich anbahnende Aktionseinheit zwischen Arbeitern und Studenten trug zur Überwindung von Vorurteilen, sozialen und Bildungsschranken bei. Schüler und Studenten benutzten zum erstenmal die wichtigste Kampfform der Arbeiter: Sie streikten an ihrem Arbeitsplatz, in den Schulen und Universitäten.
Vor den Fabriktoren versuchten die Studenten mit den Arbeitern ins Gespräch zu kommen. Hunderttausende von Flugblättern und Streikzeitungen wurden allein in Frankfurt verteilt. Diskussionsgruppen bildeten sich vor den Betrieben. In Demonstrationszügen holten Schüler und Studenten Teile der Arbeiterschaft von den Fabriktoren zur gemeinsamen Kundgebung ab. Anschließend zogen Arbeiter und Studenten gemeinsam in die von Studenten besetzte Universität. Die organisatorische Zusammenarbeit vollzog sich in verschiedenen Städten in gemeinsamen Aktionskomitees. Hier wurde die Hauptarbeit geleistet.
Durch den gemeinsamen Kampf gegen die Notstandsgesetze wurden weitere Kreise der Studentenschaft mobilisiert. Ihre Hoffnungen richteten sich auf die Streikbereitschaft der Arbeiter. Als der Massenstreik ausblieb resignierten viele Studenten. Am Tag nach der dritten Lesung brach die Bewegung an den Universitäten zusammen. Aufgrund ihrer falschen Einschätzung der Möglichkeiten hielten viele Studenten die Streikbewegung gegen die Notstandsgesetze für eine Niederlage. Sie maßen die Bewegung an den Ereignissen in Frankreich, ohne die unterschiedlichen Verhältnisse in beiden Ländern zu berücksichtigen.
Viele mag auch der „Kleinkram" in der Zusammenarbeit mit Arbeitern abgestoßen haben. Infolge ihrer oberflächlichen Politisierung glaubten sie, durch das Verteilen von Flugblättern den Generalstreik herbeizuführen. Als er ausblieb waren sie enttäuscht. Sie vergaßen, daß die Möglichkeit der Studenten zur Politisierung der Arbeiter nur sehr begrenzt sind.

Wir können bei ihrer Mobilisierung nur Unterstützungsfunktionen einnehmen. Die Bewegung der Arbeiter muß aus den Betrieben heraus kommen.

Es gibt kaum eine Möglichkeit, sie von außen an die Betriebe heranzutragen. Eine tiefergreifende Politisierung der Arbeiter läßt sich, wie die der Studenten, nur über ihre materiellen Interessen und die Mobilisierung von Konflikten an ihrem Arbeitsplatz erreichen. Hier sollten, sowohl Hochschul- wie auch Betriebspolitik verstärkt ansetzen.
Anders als bei den Studenten sieht die Situation bei den Arbeitern aus. Schon während des Kampfes gegen die Verabschiedung der Notstandsgesetze zeigte sich, daß viele Arbeiter mangelnde theoretische Kenntnisse in Zusammenarbeit mit Studenten überwinden wollten. Sie beteiligten sich an verschiedenen Arbeitskreisen und besuchten die wenigen Veranstaltungen der politischen Universität. Nach der Verabschiedung der Notstandsgesetze bildeten sich in einigen Betrieben Gruppen heraus, die sich eine konsequente Betriebspolitik zum Ziel gesetzt haben. Bei dieser Aufgabe können wir ihnen helfen. Obwohl auch in der mangelhaften Organisation der Studentenbewegung der Grund dafür zu suchen ist, daß es uns nicht gelungen ist, größere Teile der politisierten Arbeiter organisatorisch zusammenzufassen,

besteht heute die Hauptaufgabe studentischer Betriebspolitik in der Bildung betrieblicher Basisgruppen.

Die größte Schwierigkeit dabei ist, die verlorengegangenen Verbindungen zu Arbeitern wieder aufzunehmen und neue zu gewinnen. Gelingt uns dies in größerem Ausmaß, so wird es auf die Dauer möglich sein, politische Gruppen in den Betrieben zu schaffen, die eine konsequente betriebliche Interessenvertretung durchführen und damit zur größeren Politisierung der Arbeiter beitragen. Gerade die Studenten, die aus der richtigen Einsicht heraus, daß die Studenten allein keine gesellschaftlichen Veränderungen herbeiführen können, ihre Hoffnung auf die Arbeiter gerichtet haben und über deren Verhalten enttäuscht waren, sollten sich an der langwierigen Kleinarbeit beteiligen und mithelfen, daß diese Konzeption studentischer Betriebspolitik verwirklicht werden kann. Voraussetzung dafür ist jedoch, daß sie selbst eine organisatorische Form finden, die es ihnen erlaubt, neben ihrem Studium und der Vertretung ihrer studentischen Interessen auch diese Arbeit zu leisten.

Josef Wüst

Luise Pollinger

Papier · Bürobedarf · Drucksachen · Schreibmaschinen und Schreibmaschinen-Reparaturen
Füllhalter-Reparaturen innerhalb 24 Stunden in eigener Werkstatt · Selbstbedienung:
Bockenheimer Landstraße 133 · Fernruf 77 63 77

Kollegbedarf
Füllhalter
Feinpapiere
Geschenke
Büro-, Zeichen-, Schulartikel

Frankfurt am Main · Bockenheimer Landstraße 131 · Fernruf 77 55 89

nach ISRAEL
mit EL AL
ISRAEL AIRLINES in Zusammenarbeit mit
DEUTSCHER STUDENTEN-REISEDIENST dsr

Für Schüler und Studenten 4x wöchentlich
vom 1. Juni–15. Oktober und 20. Dezember 1968–15. Januar 1969

München–Tel Aviv DM 300,– einfach
Frankfurt–Tel Aviv DM 320,– einfach
Mit planmäßigen Boeing Jets der El Al

Buchung und Auskünfte
Auslandsstelle
des deutschen Bundesstudentenringes
53 Bonn, Dietkirchenstraße 30, Telefon 31011

Die Prozeßwelle nach den Osterdemonstrationen rollt. Laßt Euch nicht einzeln fertig machen! Wenn Ihr Euch jetzt nicht organisiert, könnt Ihr es auch im Gefängnis nicht.

Wendet Euch an den Juristischen Verfolgungsschutz, Do. 18–20 Uhr im ASTA.

Wir brauchen

- **Fotos von der Springerblockade**
- **Zeugenberichte**
- **fotokopierte Anklageschriften**
- **evtl. Urteilsbegründungen**
- **alle Informationen über laufende Verfahren (Vorladungstermine usw.)**

Nur so können wir uns vor dem Justizterror schützen.

Demokratisierung in der AfE

Nach der heftigen Diskussion der professoralen Satzung, und bei dem politischen Kampf um eine Demokratisierung der Hochschule ist es nötig, daß man eine Zwischenbilanz zieht, was bisher erreicht wurde oder was sich als Tendenz abzeichnet, um neue Schwerpunkte zu setzen.
Die Forderung nach Mitbestimmung der Studenten in allen akadem. Gremien an der AfE ist nicht nur damit zu begründen, daß derjenige, der Mitbestimmung an der Universität nicht geübt hat, sie auch nicht in der Schule praktizieren kann. sondern an der AfE gibt es drei spezifische Probleme, die ohne Mitsprache und Mitentscheidung der Studenten nicht gelöst werden:

1. An der AfE erfolgt nahezu keine Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Lehrstuhlinhabern. Es gibt keine Veranstaltungen, in denen die unterschiedlichen Lehrmeinungen vorgetragen werden und diskutiert werden. Man nimmt an, daß das unsystematische an gebotenem Stoff irgendwann in dem praktizierenden Lehrer schon zusammenkommen wird. Da dies nicht der Fall ist, bedeutet Mitbestimmung an der AfE, fächerübergreifende Veranstaltungen durchzusetzen und die Lehrenden über die Sache zu einer Koordination zu veranlassen.

2. An der AfE ist der Student und das ist charakteristisch für die gesamte Lehrerausbildung, einfach überlastet durch das breit angelegte Studium. Das führt dazu, wie selbst Prof. S. B. Robinsohn es darlegte, daß von denen, die sich heute dem Bildungswesen zur Verfügung stellen, wirklich schöpferische und originelle Arbeit nur in seltenen Fällen zu erwarten ist, „zumal ihre Arbeitslast ihnen wenig Gelegenheit läßt, Kompetenzen aufzufrischen, eigene Arbeit zu reflektieren und daraus Impulse zur Erprobung neuer Ideen zu gewinnen". Mitbestimmung bedeutet an der AfE, daß der Student entlastet wird, damit er gründlich und effektiv studieren kann.

3. Zur Ausbildung an der AfE ist prinzipiell zu sagen, daß sie vielfach in der individuellen Betrachtungsweise verhaftet bleibt. Zu wenig wird Erziehung in einem gesellschaftlichen Zusammenhang gesehen. Der Individualprozeß wird dem gesellschaftlichen vorgezogen. Dies führt dazu, daß der Lehrer auf Verinnerlichung zielt und damit reale gesellschaftliche Konflikte nicht sieht bzw. harmonisiert. Mitbestimmung würde bedeuten, den gesellschaftlichen Aspekt verstärkt in die Lehrveranstaltungen einzubeziehen, um damit auch ein kritisches Bewußtsein zu erzeugen.

Diese konkreten Anlässe an der AfE stehen primär hinter dem Bestreben in allen akademischen Gremien mitzubestimmen.

Was wurde erreicht?
Das Seminar für politische Bildung an der AfE entwickelte zuerst eine Anstaltsordnung, nach der die Studenten zu mehr als 1/3 im Seminarrat vertreten sind. Die Sachbereiche, über die in diesem Seminarrat beraten wird und in denen Beschlüsse gefaßt werden, sichert den Studenten einen Einfluß, der bei der nötigen Konsequenz mit der Studenten ihre Interessen vertreten, zu einer Milderung der Mißstände in der Lehrerausbildung führen könnte. Als laufende Angelegenheiten des Seminars über die der Rat verhandelt und beschließt werden aufgeführt: Personalanträge, Haushaltsanträge, Prüfungsbestimmungen, Organisation des Lehrbetriebs, Lehrprogramm, Bibliotheksordnung. Es wird damit von Seiten der Lehrenden den Studenten zugestanden, daß sie den nötigen Sachverstand besitzen, um über die genannten Punkte zu diskutieren und abzustimmen. Jedoch ist man noch mißtrauisch gegenüber einer totalen Demokratisierung. Die Seminardirektoren verankerten in der Anstaltsordnung ein Vetorecht. Stimmen sie mit den Beschlüssen des Seminarrats in bezug auf Personalfragen, Haushalt, und Prüfungsfragen nicht überein, so können sie ihre eigenen Anträge in dem übergeordneten Gremium, dem Rat der Abteilung für Erziehungswissenschaften einbringen. Dort befinden sich nach Satzung unter ca. 50 Ratsmitgliedern nur 4 Studenten, die stimmberechtigt sind. Es scheint, daß trotz der avantgardistischen Tat, und unter Prestigegesichtspunkten des Seminars, doch noch ein Rest von Mißtrauen gegenüber der Demokratisierung bleibt.

Nachdem im Seminar für politische Bildung ne einer solchen Anstaltsordnung verfahren wird, macht das Beispiel Schule. Andere Seminare haben bereits eine ähnliche Ordnung entwickelt oder stehen mitten in der Arbeit.

Nicht unwesentlich ist in diesem Zusammenhang der Aufbau einer Rätefachschaft. In jeder Veranstaltung werden Veranstaltungssprecher gewählt die Seminarsprecher bestimmen. Damit ist wenigstens der Idee nach in jedem Seminar ein Kernbestand von politisch aktiven Studenten, die ihre Kritik an dem Seminar gegenüber den Lehrenden vortragen und auf ihre Veränderung hinwirken. Der Vorwurf, daß es keine interessierten Studenten gäbe, mit denen man zusammen arbeiten könnte, dieser Vorwurf ist durch den Aufbau der Rätefachschaft weitgehend entkräftet. Allerdings muß man einräumen, daß am Anfang stets Schwierigkeiten auftreten, so in der perfekten Durchführung der Wahl in allen Veranstaltungen. Zudem kann man nicht behaupten, daß überall politisch bewußte Veranstaltungssprecher gewählt wurden. Jedoch bedarf dies einige Zeit der Entwicklung, bis überall eingesehen wird, daß über die Fachschaft auch politische Interessen wahrgenommen werden müssen.

W. Münzinger

WOHIN IM URLAUB

DEUTSCHER STUDENTEN-REISEDIENST dsr

PARIS ab 69,–
PRAG ab 179,–

SOPRO'68 IST DA

Verlangen Sie noch heute Ihren eigenen Katalog – kostenlos

Deutscher Studenten-Reisedienst
53 BONN, DIETKIRCHENSTR. 30

Aufgeklärter Obskurantismus

Ralf Dahrendorf:
Die angewandte Aufklärung
Fischer Verlag, Frankfurt a. M., 239 S., 3,80 DM

Weil D. den Begriff der aufklärerischen Rationalität in empiristischer Tradition auf Zweckrationalität beschränkt, muß ihm die amerikanische Gesellschaft in der Tat als die „Angewandte Aufklärung" erscheinen. Stolz bestätigt er ihr, sie habe sich nicht mit der Machbarkeit der toten Welt begnügt, sondern „mit der Unbefangenheit ihres aufklärerischen Sinnes die Grenzen der Wissenschaften vom Menschen geöffnet" (25). „Nur durch Erziehung wird die Menschenwelt machbar. Erziehung nimmt dann die Form der Habitualisierung *vorgeprägter Muster* an und zwar die Erziehung zum Buchhalter nicht anders als die Erziehung zum Demokraten, zum Vater, zum Nachbarn, zum Autofahrer" (27). Mit der so vollzogenen Zerstörung jeder individuellen Autonomie durchaus einverstanden, hat D. doch leise Skrupel bei der konsequenten Anwendung dieses Prinzips z. B. in der Reklamepsychologie. Die explizite Manipulierung gehört für ihn zu den Auswüchsen, über deren moralische Implikationen nachzusinnen sei (26). Dieses Verhältnis von Regel und Ausnahme, von gutem Normalen und üblen Auswüchsen zieht sich durch das ganze Buch, wobei die amerikanische Gesellschaft an den Begriffen Gleichheit, Mobilität, Masse und Freiheit untersucht und im zweiten Teil kursorisch die Entwicklung der amerikanischen Soziologie diskutiert wird. Indem D. Rassendiskriminierung und Vietnam-Krieg als „Auswüchse" verdrängt und zu „problematischen Zügen" verkleinert (213), kann er auch befriedigt darauf pochen, „daß die Zahl der Menschen, die in den Vereinigten Staaten in überaus günstigen sozialen Verhältnissen leben, sehr viel größer ist als die der Getretenen, . . ." (213). Seine letzte Rationalisierung findet dieses Prinzip in der spekulativen Frage nach den dunklen Untiefen der amerikanischen Seele oder ob nicht überhaupt die menschliche Natur . . . (28 f.) oder im Hinweis auf gesellschaftliche Konstanten („nach allem, was wir heute wissen") wie etwa Machtstruktur, soziale Schichtung, denen *keine Gesellschaft* sich entziehen könne (78). Der Rückzug in solch prinzipiellen Irrationalismus, der die Gesellschaft von allem Unheil freispricht, das sie in ihrer Reproduktion mit hervorbringt, findet freilich seine Gratifikation: „Die Kritik hat es (das Buch) inzwischen zu einem exemplarischen und erfreulich lesbaren Werk der jungen deutschen Soziologie erklärt." (Hinweis des Verlages, S. 2).

H. L.

Gruselshow der Ordinarien

Auf Allerhöchsten Beschluß versammelten sich in der Universität am 11. Juni vier Leichen, zwei Scheintote und zwei noch Lebende zu einer wirklich sachlichen Diskussion über die Stellung des Ordinarius im Reich der Absoluten Wahrheit.

Während draußen vor den Toren Strafanzeigen gegen Lebende ihren sachlich einwandfreien Lauf nahmen, und das Haupt der Heiligen Senatsallianz, Rüegg, am folgenden Tage weise unser linkes Parlament rechtens zur Ruhe schickte, sprach Seine Delegation (paritätisch zusammengestellt aus zwei Ordinarien und zwei Nicht-Ordinarien) vor historisch und medizinisch interessiertem Publikum Worte aus der Unterwelt. Die Leichen Lüderitz, Bilz, Vossius und Müser im Chor:

„Sind Wir notwendig? Ja, Wir sind notwendig! Ebenso wie Unser Reich, die Hochschule, ein notwendiger Luxus der Gesellschaft ist, so sind Wir ein notwendiger Luxus dieser Hochschule! Dieser Luxus, Wir und die Freiheit von Forschung und Lehre, ist Eurer und dem Rest der Menschen würdig und spiegelt in seiner Struktur Wesen und Natur und Bedürfnis dieser Gesellschaft wider. Für die Erfüllung Unserer Aufgaben ist sachliche Kenntnis der Sache, d. h. Leistungsnachweis, d. h. Habilitation, und dann: viel, viel Erfahrung nötig. Sonst könnten ja Nichtordinarien gleich Ordinarien werden und Wir hätten nur Erwachsenenbildung und keine Wissenschaft und keine Wahrheit.

Darum sind Wir weisungsbefugt gegenüber anderen Wahrheitssuchern. Unseren Assistenten und Studenten. Über die Wahrheit kann man nicht abstimmen. Zu ihrem Schutz haben Wir vor ihr eine Hürde aufgebaut, über die man nicht von unten springen, sondern nur von oben gehoben werden kann. Wir Ordinarien sitzen oben, und wen Wir erheben, der hat sich qualifiziert zum Ordentlichen. Die Konkurrenz ist und bleibt die Mutter Unserer Weisheit.

Wir haben auch nichts gegen Unsere Verbesserungsvorschläge: damit Wir Uns nicht irren, wollen Wir Uns in Zukunft vielleicht besser informieren und Uns gegenseitig delegieren und repräsentieren und gar kontrollieren. Das aber erreichen Wir nicht durch eine Revolte in Unserm Reich, sondern nur durch vorsichtige Reformen. Wir regieren für das Volk. Damit es keine Revolte gibt, müssen Wir diskutieren und gar manche Gremien schaffen, in denen Wir mit dem Volk auf einer Bank sitzen, von dannen es Uns zuschauen kann und lernen, Unsere Arbeit zu würdigen."

Und aus der andächtigen Gemeinde der Lebendigen und der Toten erhob sich die Leiche Liebrucks. Und Er ließ uns hinter die Hürde schauen, vom Ende kündend:

„Wer zu früh Ordinarius wird, ist doch zum Tode verurteilt. Nie hätten Wir so viele und so dicke Bücher zusammenstellen können, wäre gleich Uns die Arbeit von Sekundanern übertragen worden: Verwaltungskram, Passion der Ordinarien . . ."

Während aber die Scheintoten, Assistenten, noch mit der Sektion ihrer Regenten sich abmühten, verließen alle Lebendigen die Versammlung, erschüttert vom widerspruchsvollen Leben und Sterben der Ordinarien, um die Särge für ihre Leichname zu zimmern.

Entweder wir begraben sie oder wir können uns begraben lassen!

Fritz Glöde

Repression gegen Lehrer

Die Frankfurter Rundschau veröffentlichte in ihrer Main-Taunus-Ausgabe kürzlich eine Meldung, derzufolge MdB Schmitt-Vockenhausen ankündigte, daß gegen jenen Pädagogen, der im Zusammenhang mit einer Schülerdemonstration gegen die Notstandsgesetze in die Realschule in Hofheim/Taunus eingedrungen sei, ein Strafverfahren und ein Disziplinarverfahren eingeleitet werden.

Was war dort geschehen? Am 29. Mai 1968, dem Tag der 3. Lesung der Notstandsgesetze im Bundestag entstanden vor Unterrichtsbeginn auf dem Schulhof des Main-Taunus-Gymnasiums in Hofheim Diskussionen von Schülern über die Notstandsgesetze. Diese Diskussionen führten zu einem teach-in, an dem über 250 Schüler teilnahmen. Sie faßten den Beschluß, einen Demonstrationszug zur Berufsschule, zur Realschule und zu einer Privatschule zu veranstalten, um die dortigen Schüler in der Pause zur Teilnahme aufzurufen. Der erwähnte Pädagoge — dezidierter Notstandsgegner — erklärte sich mit den Schülern solidarisch.

In der Berufsschule schlossen sich nach Diskussionen ungefähr 250 weitere Schüler an. Gegen 10.30 Uhr erreichte der Zug die Realschule. Der Rektor hatte offenbar von der bevorstehenden Aktion erfahren, denn alle Türen des Gebäudes waren verschlossen. Daraufhin versammelten sich die demonstrierenden Schüler zu einem sit-in im Schulhof. Die Erregung wuchs, als erklärt wurde, an dieser Schule werde bisweilen sogar noch die Prügelstrafe praktiziert. Es gelang schließlich den Demonstranten, in das Schulhaus einzudringen, ohne daß es dabei zu Sachbeschädigungen kam. Als der erwähnte Lehrer mit einer der letzten Schülergruppen ebenfalls das Gebäude betrat, wurde er von Polizisten, die der Rektor flugs aus Wiesbaden herbeizitiert hatte, festgenommen. Man bezichtigte ihn der Rädelsführerschaft, warf ihm Hausfriedensbruch vor und hieß ihn, sich auszuweisen. Als daraufhin mehrere Schüler sich selbst bei den Polizisten anzeigen wollten, forderten diese den Pädagogen auf, die Schüler zum Verlassen des Gebäudes zu bewegen, was ihm nach eindringlichen Appellen und dem Hinweis, der Rektor habe eine Diskussion auf dem Schulhof zugelassen, schließlich auch gelang. Zusammen mit hinzukommenden Realschülern bewegte sich der inzwischen auf 700—800 Schüler angewachsene Zug zu der erwähnten Privatschule und löste sich nach einem teach-in im Zentrum der Stadt auf.

Wenige Tage später mußte der Pädagoge erfahren, daß der Rektor der Realschule Anzeige wegen Hausfriedensbruchs erstattet hatte.

Dieser Vorfall zeigt auf eklatante Weise, mit welchen Methoden eine politische Aktivität unterdrückt werden soll, die nicht ins offizielle Konzept paßt.

Einzelne werden zu Rädelsführern „gemacht" und exemplarisch bestraft, um jede weitere oppositionelle Tätigkeit zu ersticken und den Eindruck zu erwecken, es handele sich um zentral geplante und gesteuerte Aktionen von Einzelgängern, die ahnungslose Jugendliche verführen. In unserem Land darf man — und das trifft besonders für den Beamten zu — zwar oppositionell denken, nicht jedoch handeln. Deshalb müssen formal-legalistische Bestimmungen dazu herhalten, politische Aktivitäten als solche zu desavouieren und sie zu kriminellen Handlungen abzustempeln. Hinzu kommt, daß man gegen den Beamten die willkommene Handhabe eines vordemokratischen Disziplinarrechts hat, das, bezeichnenderweise in der Regel „nach freiem Ermessen" ausleg- und anwendbar, eine zusätzliche Repressionsmöglichkeit bietet, die besonders dann außerordentlich wirksam ist, wenn durch sie die materielle Versorgung des Beschuldigten reduziert wird.

Das Ziel der Etablierten — das sollten wir uns immer vor Augen halten — ist allemal gleich: durch materielle Repression und politischen Rufmord soll Oppositionellen die Existenz entzogen werden, um die praxisgewordene Sorge um die Demokratisierung unserer Gesellschaft im Keim zu ersticken.

Wehren wir uns dagegen! Unser Kampf hat erst begonnen!

Sozialistischer Lehrerbund

Polizeikonzil

Daß sie aber ihre Gewalt rühmen, der zu widerstehen sich nicht zieme, so heißt das gar nichts. Drum wenn sich der Papst wollte der Gewalt bedienen, zu wehren, ein frei Konzilium zu machen, damit verhindert würde die Besserung der Kirche, so sollen wir ihn und seine Gewalt nicht ansehen, und wenn er bannen und donnern würde, sollte man das verachten als eines tollen Menschen Vornehmen. Luther

Die Konzilsväter beschlossen, am 26. Juni nichtöffentlich und ohne Drittelbeteiligung der Studenten über eine Satzungsänderung zu entscheiden, derzufolge unbegrenzte Wiederwahl des Rektors, mithin Rüeggs Neuwahl möglich werden sollte.

Da diese Konzilsentscheidung ganz erheblich die Interessen der Studenten betreffen würde, da dieses Konzil die demokratische Minimalforderung der Studenten nach Öffentlichkeit der Sitzungen nicht erfüllen wollte, riefen Autonomer AStA und SDS zur Sprengung der Versammlung auf: dieses Gremium ungestört mauscheln zu lassen, hätte den Rückfall hinter die Entwicklung bedeutet, die seit Winter letzten Jahres den studentischen Kampf um Demokratisierung der Universität bestimmt.

Gegen die Minimalforderung der Studenten und den Versuch, sie selbständig in direkter Aktion durchzusetzen, griffen die Professoren, rationaler Argumente bar, zum letzten Argument, das sie für schlagend hielten: der Polizei.

Eine Hundertschaft bewährter Knüppler schützte das Konzil mit Straßensperren, Wasserwerfern, Pferden und Hunden.

Den rund 300 Studenten, die eine Delegation mit den Forderungen nach Abzug der Polizei und Öffentlichkeit der Sitzung erfolglos zum Konzil sandten, wurde demonstriert, daß Professoren nicht wie ihre Kollegen Unternehmer Notstandsregelungen brauchen, um Staatsgewalt für ihre Machtinteressen zu mobilisieren, wenn es gilt, studentische Aktionen zur Demokratisierung der Universität zu zerschlagen.

Brecht die Notstandsmacht der Ordinarien, sprengt am 10. Juli das Konzil!

— ld

Die angepaßte Universität

Stephan Leibfried
Die angepaßte Universität — zur Situation der Hochschulen in der Bundesrepublik und den USA
Frankfurt am Main 1968

Das Buch bezeichnet der Autor als einen Versuch, „die Einschränkungen der Lernfreiheit an den Universitäten . . . darzustellen; . . . die Studie kann und will nicht eine detaillierte Analyse des Zusammenhangs von Universität, Wissenschaft und Gesellschaft in der BRD sein." (S. 156) Daß sich Leibfried dennoch nicht auf die Analyse der Universität ohne die Reflexion auf deren gesellschaftlichen Hintergrund beschränken will, beweist er im ersten Teil seines Buches, einer kurzen Zusammenfassung der Stagnationstheorie Baran und Sweezy's. Dem gegen Ende der Rekonstruktionsperiode sich manifestierenden technologischen Rückstand der bundesrepublikanischen Wirtschaft begegnet der Staat mit zunehmendem Leistungsdruck auf die Universitäten. Die Adäquanz dieses Instrumentariums, das sich in den bekannten Plänen und Empfehlungen niederschlägt, weist Leibfried anhand von empirischem Material schlagend nach. Am Modell der zu Wissensfabriken gewordenen amerikanischen Hochschulen werden die Folgen eines vollzogenen totalen Funktionalisierungsprozesses aufgezeigt.

Den Intentionen des Autors auf Informationsvermittlung in emanzipatorischer Absicht läuft die äußerst verkürzte und deshalb kaum verständliche Abhandlung der ökonomischen Basis der Technologisierungs-, Rationalisierungs- und Funktionalisierungsprozesse zuwider, als deren Produkt die Hochschule beschrieben werden soll. Dieser erste Teil wird quasi als Pflichtübung abgetan, der Bezug zwischen kapitalistischer Wirtschaftsstruktur und deren adäquatem Ausbildungssystem bleibt vordergründig: durch die fehlende Verbindung der von Leibfried übernommenen Kapitalismusanalyse und seiner Situationsschilderung der Universitäten werden Kategorien wie Fortschritt, Emanzipation, Rationalität inhaltsleer: Kritik weicht ohnmächtiger moralischer Entrüstung. Durch weitgehenden Verzicht auf Ursachenanalyse nehmen die seiner Intention nach zu kritisierenden Phänomene naturgesetzlichen Zwangscharakter an.

Ein wohlgesetztes Schlußwort soll eine Geschlossenheit der Studie suggerieren, die gar nicht intendiert sein kann: „Der autoritäre Wohlfahrtsstaat . . . ist . . . Ausdruck der Nichtübereinstimmung von verwissenschaftlichter Zivilisation und demokratischer Willensbildung, von Theorie und Praxis, an der die Universität heute zu zerbrechen (!) droht." (S. 155) Ute Daub

res novae provokativ

Ende Juli erscheint:

Die Auferstehung der Gewalt

Springerblockade und politische Reaktion in der Bundesrepublik
Herausgegeben von Heinz Grossmann und Oskar Negt
ca. 192 Seiten mit zahlreichen Abbildungen und Dokumenten, kartoniert ca. 5,— DM
Notstandsperfektionierung, Pressefreiheit und Grundrechte, Manipulation des Bewußtseins, autoritäre Reaktion der Politiker auf die ‚Osterunruhen' und die Rolle der Gewalt.

Anfang August erscheint:

Universität und Widerstand

Versuch einer Politischen Universität in Frankfurt
Herausgegeben von Detlev Claussen und Regine Dermitzel
ca. 144 Seiten, kartoniert ca. 5,— DM
Besetzung der Universität, Ausrufung der ‚Karl-Marx-Universität', Kooperation mit Schülern und Arbeitern gegen die Notstandsgesetze, Umfunktionierung des Lehrbetriebes zur ‚Politischen Universität', das gewaltsame Ende durch zwei Hundertschaften der Polizei. Beiträge von Oskar Negt, Hans-Jürgen Krahl, Peter Brückner, Johannes Agnoli, Reimut Reiche u. a.

Bereits in 4. Auflage:

Johannes Agnoli · Peter Brückner
Die Transformation der Demokratie

Theorie der außerparlamentarischen Opposition
198 Seiten, Snolin-Broschur 12,— DM, Leinen 19,— DM

Februar 1968
Tage, die Berlin erschütterten

125 Seiten mit zahlreichen Abbildungen und Dokumenten
Snolin-Broschur 5,— DM

Im August erscheinen:

Rauch · Schirmbeck
Die Barrikaden von Paris

Der Aufstand der französischen Arbeiter und Studenten
ca. 192 Seiten mit zahlreichen Abbildungen und Dokumenten
kartoniert ca. 5,— DM

Internationale der Studenten 1968

Die antikapitalistische Studentenbewegung
Herausgegeben von Lothar Menne und Claudio Pozzoli
ca. 160 Seiten, kartoniert ca. 5,— DM

Die Linke antwortet Jürgen Habermas

ca. 144 Seiten, kartoniert ca. 5,— DM
Mit Beiträgen von Peter Brückner, Hans-Jürgen Krahl, Oskar Negt u. a. und einer Erwiderung von Jürgen Habermas

Europäische Verlagsanstalt

Im Studentenhaus neben den Räumen des AStA (Zimmer 14) finden Sie immer günstige Angebote für Gebrauchtwagen.
Vom vielgeliebten **Döschewo** bis zur vielbegehrten **Miezenschleuder.**
Hier bietet sich selbst einem **schwindsüchtigen Studentenportemonnaie** ein Zügel für ein Paar PS. Doch Geld kostet's trotzdem.
Der Führerschein muß also möglichst preiswert sein.
Keine Pflichtfahrstunden, Fahrstunde 12,50 DM, Grundgebühr nur 50,— DM
in der Universitäts-
FAHRSCHULE POHL
Bockenheimer Landstraße 113 (2 Minuten von der Uni), Telefon 77 91 40

FRANKFURTER BÜCHERSTUBE
SCHUMANN U. COBET
FFM · BÖRSENSTR. 2-4 · TEL. 28 14 94

Reißbrett und Zirkel - AUFSTAND der Ingenieure

Am 25. Juni 1968 wurde in Konstanz wieder einmal an die Polizei das Kommando „Knüppel frei" gegeben. An sich ist dies nichts neues in diesem Staat, neu ist allerdings die Tatsache, daß die Opfer diesmal Studenten der Ingenieurschulen waren, die nach einer Demonstration für verbesserte Studienbedingungen und -voraussetzungen an einem rasch errichteten Galgen einen Korb mit einem Hahn hochzogen. Da der württembergische Kultusminister nun zufälligerweise Hahn heißt, sah die Polizei einen Grund, einzuschreiten. Dieser Zwischenfall in Konstanz ist der letzte in einer ganzen Reihe von Aktionen der Ingenieurstudenten, die mit verbalen Protesten vor einigen Jahren begannen und über Vorlesungsstreiks und Demonstrationen bis zu diesem Zusammenprall mit der Polizei führten. Aber durch die sehr mangelhafte Unterrichtung durch die Presse ist über die Ziele und Gründe dieser Proteste in der Bevölkerung so gut wie nichts bekannt. Vielleicht ist nicht einmal bekannt, daß sich die hessischen Ingenieurstudenten seit dem 14. Juni in einem unbefristeten Vorlesungsstreik befinden, dem sich fast alle Ingenieurschulen des Bundesgebietes angeschlossen haben.

Weshalb wird nun gestreikt?

An sich sind es nur zwei Punkte, die gefordert werden, eine Ingenieurschulreform und eine Anerkennung des deutschen Ingenieurs im EWG-Raum, wobei die erste Forderung als Voraussetzung zur Erfüllung der zweiten genannt werden kann. Die notwendige Ingenieurschulreform zerfällt in eine innere und eine äußere Reform. Die äußere betrifft die Anhebung der Eingangsvoraussetzungen auf eine 12-jährige schulische Vorbildung, teilweise als „Polytechnisches Abitur" bezeichnet, und eine Übernahme in einen Gesamthochschulplan, der unter anderem auch den Wechsel von der Ingenieurschule zur Hochschule — und umgekehrt — erleichtern soll. Die innere Reform muß die Struktur der Schulen verändern, die Wählbarkeit des Direktors und der Fachrichtungsleiter unter Beteiligung der Studenten gewährleisten und die Art der Leistungsbewertung verändern. Schließlich muß die rechtliche Stellung der Allgemeinen Studentenausschüsse denen der Universitäten gleichgesetzt werden, um aus dem Status der geduldeten Schülermitverwaltung herauszutreten. Aber nicht, wie einige Zeitungsredakteure ihren Lesern weismachen wollen, um einen Prestigemangel zu beheben, sondern um als „Körperschaft des öffentlichen Rechtes" auftreten zu können und damit viele unnötige Schwierigkeiten, die simpelste ist die Einziehung des AStA-Beitrages, aus dem Wege zu schaffen, ist dies unumgänglich. Zur Zeit sieht die Situation des AStA so aus, daß er Theaterkarten verkaufen, Tanzabende organisieren und Zeitungsabonnements vermitteln kann. Irgendwelche garantierten Rechte besitzt er nicht. Es besteht nicht einmal eine Informationspflicht des Direktors gegenüber der Studentenschaft. Wenn allgemein an den Ingenieurschulen der Direktionsrat einen Vertreter des AStA zu Besprechungen zuläßt oder zumindestens nachträglich über gefaßte Beschlüsse informiert, ist das ein Entgegenkommen, das bei persönlichen Aversionen sehr schnell fallengelassen werden kann. Vollkommmen fehlt ein Einfluß auf die Gestaltung der teilweise recht veralterten Lehrpläne. Aber eines der größten Übel, worüber sich auch die Dozenten zum großen Teil einig sind, ist die beamtenrechtlich fest zementierte Stellung des Direktors und der Abteilungsleiter. Wird ein Mann mit 40 Jahren Direktor, so wird er voraussichtlich 20 Jahre diesen Posten innehaben, da erfahrungsgemäß ein Beamter nicht vor dem Erreichen des Pensionsalters stirbt. Selbst wenn er zur Zeit seiner Ernennung allgemein als fähig für die Leitung dieser Institution angesehen wird, entsteht allein durch das Wissen die Tatsache, nicht ohne nachweisbare Verfehlung abgesetzt werden zu können, ein latenter Hang zur Behäbigkeit; denn dem Nichtstuer kann keine rechtliche Verfehlung nachgewiesen werden.

Einer der umstrittensten Punkte einer inneren Ingenieurschulreform ist die Leistungsbewertung. Zur Zeit sieht sie so aus, wie wir sie von der Schule her kennen, nur daß keine „Klassenarbeiten" sondern Klausuren geschrieben werden, und davon pro Vorlesungsfach und Semester zwei, drei, manchmal auch vier. Die Noten werden gemittelt und in ein schön aufgegliedertes Zeugnis eingetragen. Sind zwei Noten „mangelhaft" vorhanden, muß das ganze Semester wiederholt werden; bei der Zwischenprüfung nach dem dritten Semester genügt dazu bereits ein mangelhaft. Nach der Wiederholung eines Semesters darf in keinem dieser beiden Fächern eine 5 stehen. Oft hat der Student durch einen erfolgten Dozentenwechsel in einem anderen Fach eine schlechte Note bekommen. Da er ein Semester nur zweimal durchlaufen darf, muß er normalerweise sein Studium aufgeben. Dieses System gilt es vorrangig abzuschaffen und in der Staatlichen Ingenieurschule für Maschinenwesen in Frankfurt ist für das Wintersemester ein Versuch geplant, die differenzierten Semesterergebnisse durch das Prädikat „bestanden" oder „nicht bestanden" zu ersetzen. Es bleibt zu hoffen, daß dieser Versuch bei einem positiven Ergebnis auch in anderen Städten durchgeführt wird.

Was wurde oder wird nun getan, um diese Vorstellungen zu verwirklichen?

Es begann, wie bereits erwähnt, sehr schlicht vor Jahren damit, daß der SVI, der Dachverband der Ingenieurstudenten, seine Reformvorschläge den kulturpolitischen Ausschüssen der einzelnen Länderpalamente vorlegte und damit auch an die Parteien herantrat. Ein Ergebnis kam dabei erwartungsgemäß nicht heraus. Die Vorstellungen wurden öfters den neuen Erfordernissen angepaßt und präzisiert, aber es geschah auch weiterhin nichts. Für die SVI-Funktionäre schienen die Eingaben zur Routine zu werden, die Studenten selbst nahmen so gut wie keine Notiz davon, denn des Wirtschaftswunders bravster Schüler hatte für nicht augenblicklich studienbezogene Themen kein Interesse, zumal das Wort „Reform" schon fast nach Politik klang.

Die ersten Studenten begannen dann wach zu werden, als ihnen klar wurde, daß sie in der EWG zukünftig als Techniker behandelt und bezahlt würden. Nachdem man erfuhr, daß Absolventen französischer Institutionen vergleichbaren Niveaus, deren fachliches Können nach Beendigung des Studiums teilweise nicht an das deutscher Ingenieure heranreichen soll, überall den Ingenieurstatus zugebilligt bekommen, begann es unruhig zu werden. Da für die erwähnten französischen Ausbildungsstätten aber eine 12-jährige Schulausbildung als Aufnahmebedingung besteht, in Deutschland jedoch nur eine 10-jährige, wurde dieser Punkt mit in die Reformpläne einbezogen.

Nachdem im Jahre 1967 die großen Studentendemonstrationen der Universitäten durchgeführt wurden, begann auch an den Ingenieurschulen das politische Interesse zu wachsen. Die ersten Anzeichen waren die verstärkten politischen Diskussionen in den Sozialkundevorlesungen sowie in den Pausen. Als Prof. Dahrendorf seinen Gesamthochschulplan propagierte, nahm der Wunsch nach Informationen über die Reformpläne stark zu, so daß das letzte Wintersemester vor allem durch Informationsstunden und Diskussionen über die verschiedenen Reformpläne gekennzeichnet war.

Anfang diesen Semesters hatte sich der SVI für die eingangs geschilderten Forderungen entschieden und begann, meist auf Landesebene, direkte Aktionen vorzubereiten. Das erste Land, in dem ein längerer Vorlesungsstreik durchgeführt wurde, war Nordrhein-Westfalen. Dort wurden vom 25. April bis zum 11. Mai alle Ingenieurschulen bestreikt. Am 25. April zogen etwa 10 000 Studenten durch Düsseldorf, um auf die Dringlichkeit einer Reform aufmerksam zu machen. Nachdem die SPD ein recht unbefriedigendes Programm vorgelegt hatte, wurde dieser Streik vorläufig beendet.

Vom 14. bis zum 18. Mai streikten die Studentenschaften der Staatlichen Ingenieurschulen Baden-Württembergs. Es folgten noch einige kleinere Aktionen in Hamburg, Hannover und Bremen, bis am 14. Juni alle hessischen Ingenieurstudenten in einen unbefristeten Vorlesungsstreik traten. Am 19. Juni demonstrierten etwa 3 500 Streikende, darunter auch Kommilitonen der privaten Ingenieurschulen Frankfurts, vor dem Kultusministerium in Wiesbaden.

Bereits eine Woche nach Streikbeginn befürwortete der Kulturpolitische Ausschuß des hessischen Landtages die geforderten Punkte, wobei allerdings die Angaben über die angestrebte Vorbildung nicht konkret genug formuliert wurden, und beabsichtigt die Pläne dem Landtag vorzulegen, um einen Grundsatzentscheid herbeizuführen. Damit der Entscheid über diese Vorlage positiv ausfällt und die gewünschte Änderung vorgenommen wird, ist der Streik vorerst noch nicht abgebrochen und geht mindestens bis zum 4. Juli, dem Tag der Landtagssitzung, weiter. Der SVI ist gewillt, den Streik bis zu einem konkreten Ergebnis zu führen, und etwa 80 % der Frankfurter Ingenieurstudenten stimmten diesem Entschluß zu; in den anderen hessischen Städten sind die Ergebnisse ähnlich. Man kann aber feststellen, daß, für den Fall der Annahme des geänderten Entwurfes, Hessen die fortschrittlichste Ingenieurschulgesetzgebung der Bundesrepublik aufweisen würde, die hoffentlich dann auch von den anderen Ländern übernommen wird.

Diese Aktionen der Ingenieurstudenten, vor einem Jahr bestimmt noch für unmöglich gehalten, hatten natürlich eine vorhandene Bereitschaft, Forderungen mit massivem Druck zu vertreten, zur Voraussetzung. Es ist nun unbestreitbar der Verdienst der Universitäten, durch die Demonstrationen und Streiks während der Notstandsgesetzlesungen auch die künftigen Ingenieure mobilisiert zu haben.

Viele nahmen an den Veranstaltungen selbst teil und für die anderen bedurfte es nur eines Anstoßes, um selbst auf die Straße zu gehen. In diesem Moment hat der SVI die noch (oder schon) vorhandene Unruhe genützt, um eine massive Bewegung zur Durchsetzung seiner Reformpläne zu erhalten.

Man kann zwar ein gewachsenes politisches Bewußtsein feststellen, es wäre jedoch übertrieben, von einer weitgehenden Politisierung zu reden. Die vorhandenen Vorstellungen sind meist recht verschwommen und es existieren fast keine politischen Gruppen an den Ingenieurschulen. Die Zeit für die Gründung solcher Gruppen ist allerdings herangekommen, meist fehlt nur noch eine Initiative dazu, die auch von den Universitäten ausgehen könnte. Würden sich jetzt politische Gruppen konstituieren, bestände die Chance, die von außen hereingetragene Unruhe am Leben zu erhalten und so ein dauerhaftes politisches Interesse, das später auch zur Artikulation eigener politischer Forderungen führen müßte, wachzuhalten. Damit wäre eine traditionell unpolitische Bevölkerungsschicht, die der Ingenieure, in Zukunft auch zu politischem Handeln zu bewegen.

Das sollte das nächste Ziel der Ingenieurstudenten darstellen, das zu erreichen aber Zeit braucht, die Zeit, bis genügend Ingenieure der heutigen Studentengeneration in der Wirtschaft eingesetzt sind. **Dieter J. Suckale**

Modernes Europa – Sozialistisches Europa

Zu den Büchern: J.-J. Servan-Schreiber, Die amerikanische Herausforderung (Hoffmann und Campe) Hamburg 1968, 320 S., 20,— DM und Ernest Mandel, Die EWG und die Konkurrenz Europa - Amerika, Eine Antwort auf Servan-Schreibers ‚Amerikanische Herausforderung', Europäische Verlagsanstalt)? Frankfurt/M. 1968, 111 S., 7,80 DM

Die hohen wirtschaftlichen Wachstumsraten Westeuropas während der vergangenen zwei Jahrzehnte, die relative Problemlosigkeit bei der wirtschaftlichen Integration, die Schwäche der revolutionären Bewegung schienen des kapitalistischen Europa Anspruch auf den zweiten Platz als Weltmacht nach den USA von der wirtschaftlichen Seite her zu rechtfertigen. Doch seit einigen Jahren wird immer deutlicher, daß die Stiefel, die sich Europas Großmachtträumer überziehen wollen, ein wenig zu groß geraten sind. Struktur- und Konjunkturkrisen, die man nicht lösen kann, ständig wachsende soziale und politische Probleme, der sich vergrößernde technologische Rückstand gegenüber den USA und die von daher drohende Gefahr der Verdrängung vom Weltmarkt umreißen das, was als „Herausforderung" an Europa bezeichnet wird. In dieser kritischen Zeit melden sich die Modernisierer, die wissenschaftlich-unterkühlten Reformer zu Wort. Sie sitzen in den diversen nationalen und internationalen Gremien als Berater, als Entscheidungsvorbereiter oder sie klären das breite Publikum über die ökonomischen, politischen, militärischen „Sachzwänge" der Schaffung eines starken Europa auf. Zu dieser letzteren Spezies zählt auch J.-J. Servan-Schreiber. Das Buch gibt sich modernistisch; da aber die Modernisierung Westeuropas auf ungebrochener kapitalistischer Basis vollzogen werden soll, fließen in das Buch die Widersprüche des behandelten Sujets ein. Die technokratische Grundfrage: Wie kann kapitalistisches Wachstum unter Bedingungen der wissenschaftlich-technischen Umwälzung gesichert werden zum Zwecke ökonomisch politischer Stärkung der bestehenden Machtstrukturen? — kann nur widersprüchlich beantwortet werden. Der gleiche Akt, der die Wachstumsvoraussetzungen des kapitalistischen Systems stärkt (nämlich Wissenschaft und Technik) schwächt zugleich die soziale Basis kapitalistischer Herrschaft. Dieser Widerspruch wird bei S.-Sch. allerdings zur Ungereimtheit, da ihm Kategorien zum Begreifen des Sachverhalts als Widerspruch völlig abgehen. So stellt er sehr wohl dar, daß unter gegebenen technologischen Anforderungen individuelle und kollektive Schöpferkraft und Selbständigkeit notwendige Wachstumsfaktoren werden und von daher Demokratisierung in den sozialen Institutionen (Betriebe, Verwaltung, Universität, Labor) funktionalistisch begründet werden kann. Da aber Demokratisierung die autoritär-hierarchischen Verhältnisse kapitalistischer Betriebs- und Gesellschaftsordnung sprengt, muß sie ständig auf die „Sachzwänge" zurückgeschraubt werden. S.-Sch. redet somit zugleich der Demokratisierung und der Unterwerfung unter Sachzwänge das Wort. Die Lösung dieses objektiven Dilemmas erfolgt daher auf der subjektiven Ebene: Modernisierung des Managements, das den „Sachzwängen" gerecht zu werden versteht und Demokratisierung als individuellen „Führungsstil" pflegt. Bessere Konzernspitzen, so S.-Sch., meistern auch das Problem der technologischen Lücke.

Die Umwandlung Europas, von der S.-Sch. schreibt, und zu der sich Franz-Josef Strauß im Vorwort anbiedert („Dafür sind Männer des Willens als Politiker notwendig!"), ist die zu einem technokratisch geführten kapitalistischen Staatenverband. Die Perspektive ist die eines modernisierten, zur monopolkapitalistischen Raison gebrachten, stromlinienförmigen, protektionistischen Kapitalismus westeuropäischer Dimension. Damit wäre die wirksamste Garantie gegeben, daß für Europa Zukunft würde, was für die USA bereits Gegenwart ist, und was S.-Sch. in totaler ideologischer Verblendung hinwegeskamotiert: imperialistische Aggressionspolitik, die sehr bald unter Führung der stärksten Monopole die engen Grenzen Westeuropas überspringen würde, um sich zur „Neuordnung Europas" nach Süden oder/und Osten auszudehnen.

Demgegenüber kommt die Analyse von Ernest Mandel zur Schlußfolgerung, daß der einzige Ausweg aus dem europäischen Dilemma, das ja nur oberflächiger Ausdruck tiefer kapitalistischer Widersprüche ist, sozialistisches Europa heißt, M. zeigt, daß die EWG nicht die Hochkonjunktur erzeugt hat, sondern die Hochkonjunktur, die M. unzureichend mit der Theorie der „langen Welle" von Kondratieff erklärt, die Integration erst ermöglichte. Mit den veränderten ökonomischen und technologischen Bedingungen steht nun die EWG am Scheideweg: entweder Rückfall in nationalstaatlichen Protektionismus oder forcierte Wirtschaftsintegration. In dieser Alternative ist jedoch nicht voluntaristisch zu wählen; die Wahl wird vielmehr von dem Stand der westeuropäischen Konzernkonzentration vorentschieden. Die Konsequenz europäischer Konzentration und Integration kann daher nur steigende Monopolmacht sein, die sich als staatliche Macht im Interesse der Systemerhaltung manifestiert. Internationale Wettbewerbsfähigkeit des integrierten Monopolkapitalismus verlangt eine Hebung der Profitquote auf US-amerikanisches Niveau und das heißt auf der anderen Seite Senkung oder zumindest Bindung der Lohnquote an Leitlinien. Einkommenspolitik, Begrenzung der Tarifautonomie, autoritäre Leistungsanforderungen in allen Bereichen (etwa auch Bildung eines Komplexes Universität-Industrie-Staat, in dem die Universität unter Direktiven arbeitet, „die Industrielle bestimmen", so S.-Sch., S. 180) erweisen sich als Realität unter dem Schleier der antisozialistischen Modernisierungsstrategie à la S.-Sch.'s. S.-Sch. preist daher begeistert die westeuropäische Sozialdemokratie der großen Koalition, des centro sinistra, der Labour Party und zieht zugleich unter der Flagge der Modernität gegen Sozialismus und Sozialisten zu Felde.

M. decouvriert diese Inhalte des S.-Sch.'schen Plädoyers für ein monopolkapitalistisches Europa in seiner Analyse und setzt dem als fortschrittliche Konsequenz die Strategie des sozialistischen Europa entgegen. Die Darstellung des Wegs dahin erscheint allerdings bei M. in bezug auf die Analyse unvermittelt. Aber das ist kein Mangel, der M. subjektiv angelastet werden kann. Konsequenzen aus einer sozialistischen Analyse lassen sich nicht am Schreibtisch ziehen — da haben es die Hofastrologen des westeuropäischen Monopolkapitals vom Schlage S.-Sch.'s leichter —; hier kann nur die theoretisch vermittelte Praxis der Arbeiterbewegung weiterhelfen.

Elmar Altvater

Verfassungsprobleme

Jürgen Seifert
Der Notstandsausschuß
Europäische Verlagsanstalt Frankfurt 1968

Seifert untersucht in seiner jetzt als Buch vorliegenden Dissertation, ob der Notstandsausschuß die Gewaltenteilung auch im Ausnahmezustand aufrechterhält. Er will „Gefahren" aufzeigen (z. B. wie der Notstandsausschuß „die Struktur der parlamentarischen Demokratie antastet . . ." (177)) und „teilweise übergroßem Vertrauen entgegenwirken" (25). Trotz einer beispiellos gründlichen Quellenkenntnis, die sich in einer Unterwelt von Hunderten von Fußnoten niederschlägt, vermag S. es nicht tatsächlich seinen eigenen Anspruch einzulösen, „die diesem Verfassungsorgan zugrundeliegende Interessenlage durchsichtiger" (25) zu machen. Mit Sorgfalt behandelt er die Details der Zusammensetzung, der Befugnisse, der Zuständigkeit und der Machtgrenzen des Notstandsausschusses von der Frage des Stimmrechts des Berliner Bundesratsvertreters im Notstandsausschuß bis zur Frage der „Befugnis zur Ersatzwahl des Bundeskanzlers und (der) . . . Ausübung des konstruktiven Mißtrauensvotums" (155-9). Die Grenzen der immanent juristischen Diskussion, die sich am Leitbild eines idealen bürgerlichen Parlamentarismus orientiert, sind zugleich auch die Grenzen der politischen Wirksamkeit dieses Buches.

R. R.

Theorie der Psychologie Praxis

Frankfurt

Nachdem alle bisherigen Versuche gescheitert waren, mit den Professoren unter dem Aspekt der Studienreform öffentlich über das Selbstverständnis der Psychologie und ihre gesellschaftliche Praxis zu diskutieren, konnte nur noch Druck der Fachschaft eine Diskussion erzwingen. Zur Vorbereitung wurde den Professoren von einem studentischen Arbeitskreis ein Papier mit Thesen vorgelegt, die auf die enge Verflechtung wissenschaftlicher Theorie und gesellschaftlicher Praxis hinwiesen und zeigten, daß gerade eine wertfrei begriffene Wissenschaft der gesellschaftlichen Wirklichkeit hilflos ausgeliefert ist. Die Professoren sollten zu diesem Problem Stellung nehmen und erläutern, wie diese Gefahr unkritischer wissenschaftlicher Praxis durch eine vernünftige Organisation des Lehr- und Forschungsbetriebes zu vermeiden ist.

Als Antwort auf diese Thesen wurde die ganze Breite konservativer Argumentation aufgeboten, deren Antikommunismus, blinder Fortschrittsglaube und Arroganz das fehlende Problembewußtsein kaschieren sollten.

Dr. Schönbach allerdings sagte, er teile das in den Thesen ausgesprochen „Grundmotiv"; er forderte für eine den Ansprüchen kritischer Rationalität genügende Ausbildung an der Hochschule die Beschäftigung mit Erkenntnistheorie, „um eine gewisse Distanz zu gewinnen zu dem, was man in der eigenen Wissenschaft vollzieht." Dagegen zeigte Prof. Rausch hoffnungsloses Unverständnis unseren Thesen gegenüber. Er meinte: „Wo Sie in dieser grenzenlosen Generalisierung glauben, verborgene oder offene Macht der Gesellschaft sehen zu müssen, eine Macht, die einer guten und rechten Anwendung Ihrer Wissenschaft im Wege steht, da möchte ich meinen, daß auf weiten Gebieten, wenn nicht überall, es für Sie möglich sein wird, ehrlich und in Übereinstimmung mit Ihren Idealen und Vorstellungen zu arbeiten. Ich bin der Meinung, daß es Chancen für Sie gibt, psychologische Tätigkeit mit Ihrem eigenen Wollen in Einklang zu bringen und demgemäß mit Ihrem eigenen Los zufrieden zu sein."

Diese Empfehlung der Zufriedenheit mit einem schicksalhaften, nun einmal so gearteten gesellschaftlichen Zustand als höchstem Ziel wissenschaftlicher Praxis, bestätigt die These, Psychologie sei die Wissenschaft der optimalen Anpassung, eine These, die Prof. Rausch zuvor abgelehnt hatte. Er sprach von der Notwendigkeit „negativer Seiten" eines jeden Systems und interpretierte Gesellschaft als Zusammenhang zwischen positiven und negativen „Seiten", indem er Modellvorstellungen aus der Wahrnehmungs- und Persönlichkeitsforschung auf die Gesellschaft übertrug. Damit belegte er seine These, „daß die Abstellung aller negativen Seiten auch bedeutet die Abschaffung aller positiven." Dies schiebt jeder Möglichkeit von Änderung gesellschaftlicher Verhältnisse den weltanschaulichen Riegel vor.

Theoretische Differenzen ...

Die Differenzen zwischen professoraler und studentischer Argumentation versuchte Prof. Süllwold auf ein Generationenproblem zu reduzieren. Seine Ausführungen jedoch offenbarten, daß verschiedene Verständnisse von Theorie die Differenzen bedingen. Für die Gesetzeswissenschaften, sagte Süllwold, zu denen er „natürlich" auch die Psychologie rechnet, gebe es nur einen, nämlich den positivistischen Gesetzesbegriff, ein anderer sei ihm unverständlich. Das nimmt nicht Wunder, wenn man hört, wie er das wissenschaftliche Interesse mythologisiert und es als Triebverhalten außerhalb jedes realen historischen Zusammenhangs setzt: „Man kann diesen Trieb nicht einfach willkürlich ein- und ausschalten, man kann auch nicht für ihn verantwortlich gemacht werden, sein Funktionieren liegt außerhalb ethischer Kategorien."

Damit ist jede kritische Reflexion wissenschaftlichen Tuns verunmöglicht, Wissenschaft kann nicht mehr ihrem Anspruch genügen, Mittel zu sein, die naturwüchsige Abhängigkeit des Menschen vom Menschen und von der Natur zu durchbrechen und ihm zu einem emanzipierten Dasein zu verhelfen.

Dieses Verständnis ihrer eignen Wissenschaft ist dafür verantwortlich, daß die Kontrolle wissenschaftlicher Praxis nicht in die Wissenschaft selbst und ihre Organisation eingehen kann. Indem die Professoren an diesem Verständnis festhalten, müssen ihre Vorschläge hinsichtlich der Organisation der Wissenschaft und des Studiums hinter denen der Studenten, die einen kritisch-reflektierten Lehr- und Forschungsbetrieb fordern, weit zurückbleiben.

. . . Praktische Folgen

Diese Erfahrung legitimiert aber auch unsere unabdingbare Forderung nach Mitbestimmung; nur deren tatsächliche Durchsetzung kann uns die Möglichkeit verschaffen, auf den Lehr- und Forschungsbetrieb einen unseren Vorstellungen entsprechenden Einfluß auszuüben. Das bedeutet, daß wir qua Vorlesungs- und Seminarkritik, die bis zur Übernahme der Lehrveranstaltungen und deren selbsttätiger Organisation führen muß, unsere Interessen selbst vertreten müssen. Die Fachschaft Psychologie hat deshalb Arbeitskreise gebildet, in denen die Grundlagen umfassender, d. h. auch praktischer, am Arbeitsplatz ansetzender Wissenschaftskritik gelegt werden. Ein Arbeitskreis wird sich mit erkenntnis- und wissenschaftstheoretischen Problemen beschäftigen, andere Arbeitskreise werden parallel zu offiziellen Lehrveranstaltungen laufen, diese kritisieren und die Ergebnisse mindestens einmal im Semester öffentlich zur Diskussion stellen.

- bin -

Tübingen

28 Räume fehlten ihnen im Institut, fünf davon nahmen sie selbst im Büro des Luftschutzhilfsdienstes: die Studenten der Psychologie in Tübingen, die begriffen hatten, daß sich Aktionsformen des Lamentierens und des Protests abnützen und absterben, nämlich nach Maßgabe dessen, wie sie sich durch ihre Wirkungslosigkeit diskreditieren. Sie machten ernst mit der zum magischen Ritual herabgekommenen Parole „Vom Protest zum Widerstand" und beschlossen in einem teach-in spontan, das Luftschutzbüro zu besetzen. Gegen 10 Uhr morgens betraten die ersten fünfzig das Büro und entschieden, in dieser Agentur der Notstandsplaner das „Wilhelm-Reich-Institut für kritische Psychologie" einzurichten. Von da an hielten die Studenten das Institut 16 Stunden lang. Um 4 Uhr früh wurden 5 Hundertschaften Polizisten aufgeboten, die mit Äxten, Spitzhacken und Brecheisen die Barrikaden durchbrachen und in den Räumen eine furchtbare Verwüstung anrichteten (10 000 DM Sachschaden). Die Schläger unter den Polizisten durften sich mit dem Gummiknüppel austoben, in der Gewißheit, daß der Polizeipräsident ihnen tadelloses Verhalten attestieren würde.
Das groteske Verhältnis von 500 Polizisten gegen 127 Studenten ist ein Indikator für die theoretische Stimmigkeit der Aktion; ein Bewußtsein darüber erlangten viele Studenten erst während der Besetzung selbst, die sich von ihrer syndikalistischen Motivation (Raummangel und schlechte Studienverhältnisse im Psychologischen Seminar) löste und sich konkret antikapitalistisch begriff: nämlich als Protest gegen die organisierte Verschwendung, die der späte Kapitalismus zu seiner Reproduktion und Expansion nötig hat. Daß Universitätspolitik Gesellschaftspolitik werden muß, was schon jeher theoretisch begriffen und appellativ verlangt wurde, das ist in diesem bisher avanciertesten Modell universitärer Aktion materiell verwirklicht worden. Schlagartig wurde die Korrespondenz zwischen dem hysterischen Eifer der Notstandsplaner und ihrem notorischen Desinteresse für eine wirkliche Hochschulreform deutlich. Damit konnte nicht länger die zwar bornierte, aber hilflose Universitätshierarchie der Adressat für Forderungen der Studenten sein, sondern die Instanzen, die Sorge für die Verschwendung gesellschaftlichen Reichtums in der Notstandsplanung und der Rüstungsproduktion tragen. So verstanden, konnte das Ziel der Aktion auch nicht mit der etwaigen Erfüllung der alten, syndikalistischen Forderungen erreicht sein; vielmehr müßte die Psychologie selbst aufhören, Zuhälter kapitalistischer Herrschaft zu sein, indem sie den Schleier für die gesellschaftlichen Widersprüche produziert und Mechanismen der gesellschaftlichen Manipulation in der Wehrpsychologie, Konsumpsychologie und Betriebspsychologie bereitstellt. Die Besetzung legitimierte sich hinreichend durch die psychologischen Seminare in jener Agentur, die sonst die Kapitalvergeudung garantiert und denen, die dagegen kämpfen, mit Notstandsgesetzen droht. Das letzte Seminar im „Wilhelm-Reich-Institut" über „Die psychologische Situation der Studenten in der repressiven Gesellschaft" hörte um zwei Uhr morgens auf zu arbeiten.
Die Tübinger Polizei beginnt inzwischen die wohlbekannte hektische Fahndung nach den Rädelsführern. Solange aber die Rädelsführer in Parlament, Verteidigungsministerium und Industrie nicht gefaßt sind, sollte das Tübinger Beispiel Schule machen.

M. P.

Chance für Historiker

Wir haben gestreikt gegen die Verabschiedung der Notstandsgesetze, doch haben wir versäumt, selbständig den Notstand und die ihn legalisierenden Satzungen an unserm Institut zu beseitigen. Wir sind auf die Straße gegangen um gegen die Macht eines Konzernherrn in der Presse zu demonstrieren, doch haben wir versäumt selbständig die Macht der Institutsherren zu beschneiden. Wir haben demonstriert für die Interessen des vietnamesischen Volkes, doch haben wir versäumt, selbständig unsere eignen Interessen am Seminar zu organisieren und durchzusetzen.

Wir müssen uns ins Gedächtnis rufen: hinter den Notstandsgesetzen verbergen sich objektiv die gleichen Interessen, die die Aufrechterhaltung von anachronistischen Universitätssatzungen betreiben. Die Macht Springers steht objektiv im Dienste der gleichen undemokratischen Kräfte, die eine reale Demokratisierung der Universität verhindern. Die Interessen der Völker der Dritten Welt werden von den gleichen Gesellschaften ignoriert, in denen es nicht möglich scheint, daß Studenten ihre eigenen Interessen verwirklichen.

Wir haben beim Streik die Aussperrung durch Rüegg mit der Besetzung der Universität beantwortet und sollen nun hinnehmen, daß wir ausgesperrt sind und bleiben von einer wirksamen Mitbestimmung im Forschungs- und Lehrbetrieb. Wir haben die Brutalität einer Polizei erfahren, die als Büttel der verschwisterten Staats- und Springergewalt auf uns einprügelte, und wir haben hinnehmen müssen, daß das Konzil dieser Universität eben diesen Büttel mit Wasserwerfern und Hunden gegen die Studenten mobilisierte. Wir haben resigniert, als die Notstandsgesetze verabschiedet wurden, als die Solidarität von Arbeitern und Studenten auf der Strecke blieb, als die Polizei die Politische Universität besetzte, als die Universitätsadministration im Sinne der Springer-Gemeinde hart durchgriff und seitdem mit Straf- und Disziplinarverfahren Störenfriede ausmerzt.
Resignation vor der nackten Gewalt, dem letzten, sprachlosen Argument eines autoritären Notstandsstaates, einer auf Springer angewiesenen Gesellschaft, einer historisch überfälligen Ordinarien-Universität bedeutet: Aufrechterhaltung der Unmündigkeit und Abhängigkeit an unseren Arbeitsplätzen. Resignation bedeutet: den Ausschluß der Studenten von Mitbestimmung über Ziele der Forschung und Methoden der Lehre hinzunehmen, bedeutet: auf die Durchsetzung studentischer Interessen an vernünftigen Arbeitsbedingungen, an sinnvollen Studiengängen, an rationaler Organisation der Wissenschaft zu verzichten.

Gnadenakt statt Mitbestimmung

Es gilt in dieser Situation viel mehr als früher, daß wir an unseren Arbeitsplätzen unsere Interessen selbständig wahrnehmen, das heißt: Mitbestimmung in den Vorlesungen und Seminaren schon jetzt zu praktizieren, ohne ein Placet derer abzuwarten, die sie verhindern, indem sie scheinbar und halbherzig auf unsere Forderungen eingehen.
Die Entwicklung am Historischen Seminar ist symptomatisch für die letztgenannte Reaktion der Ordinarien auf studentische Vorstellungen von Demokratisierung und Mitbestimmung. In einem Gespräch mit den Professoren schlug die Fachschaftsvertretung die Bildung eines Institutsrats aus Professoren, wissenschaftlichen Mitarbeitern und Studenten im Sinne des § 30 des studentischen Satzungsentwurfs vor. Diesen Institutsrat lehnten die Professoren ab mit Berufung auf einen Fakultätsbeschluß, der angeblich die Bildung von Seminarräten an der Phil. Fakultät untersagt. Obendrein begründeten sie die Ablehnung grundsätzlich mit einer Bagatellisierung der Arbeit, die ein Seminarrat leisten könnte. Sie gestatteten sich in diesem Fall, was sie als Historiker von Fach nie wagen würden: Behauptungen aufzustellen, die nicht zu belegen sind. Denn die Institutsräte in Berlin und die Bemühungen an der AfE um ihre Institutionalisierung widersprechen dieser Schutzbehauptung, hinter der die Weigerung sichtbar wird, realen Veränderungen am Historischen Seminar überhaupt zuzustimmen.
Die Bemühungen der Studenten des Historischen Seminars um die Mitbestimmung, die ihre institutionelle Form und Sicherung in der Bildung eines paritätisch besetzten Seminarrats finden sollte, wurden belohnt — mit einem Bonbon, von oben in freundlichem Entgegenkommen überreicht: es wurden Vorbesprechungen zu Seminaren eingeräumt, in denen Interessenten Wünsche anmelden und diskutieren können. Professor Kluke (Neuere Geschichte) ging sogar ein auf den studentischen Vorschlag, ein Seminar über Widerstand im Dritten Reich abzuhalten, obwohl er ursprünglich ein anderes Thema hatte behandeln wollen. Man soll nicht undankbar sein gegen diese Freundlichkeiten, nur sei man sich bewußt, daß sie nicht mehr geben können als Bonbons, die einen bitteren Kern enthalten: die Möglichkeit des Wünsche-Anmeldens und „Mitwirkens" ist bloß ein Gnadenakt.

Der Anspruch auf demokratische, institutionalisierte Mitbestimmung sieht sich konfrontiert mit einer von oben und jeweils persönlich gewährten Form von Mitarbeit, die trotz des Entgegenkommens die Abhängigkeit vom Belieben des Professors verdoppelt.

Grundsätzliche Änderungen wie Umstrukturierung von Seminaren sind gegen den Willen eines Professors, mag er sich in noch so irrationalen Argumenten manifestieren, nicht durchzusetzen; harte, grundsätzliche Diskussionen sind in solchen Vorbesprechungen nicht zu führen, da man auf persönliche Empfindlichkeiten des Gewährenden Rücksicht nehmen muß, denn jederzeit ist die Gefahr gegenwärtig, daß das Bonbon zurückgenommen wird.
Trotzdem wird jeder dringend aufgefordert, die Möglichkeit solcher Vorbesprechungen in fast allen Hauptseminaren und einigen Proseminaren des Historischen Seminars und des Seminars für Alte Geschichte auszunutzen. Gerade die Ambivalenz des professoralen Gnadenaktes muß für das Ziel realer Mitbestimmung auf dem Wege studentischer Selbsttätigkeit fruchtbar gemacht werden: die Historiker müssen lernen, ihre Interessen jederzeit in den Vorlesungen und Seminaren zu artikulieren, sie müssen die unter dem Druck der Entwicklung gewährte Mitwirkung praktizieren, um die Irrationalität und Ineffizienz des gewohnten Wissenschaftsbetriebs herauszustellen und die Kommilitonen, denen dieser kein Problem ist, auf ihre eigentlichen Interessen und die Notwendigkeit, sie selbst zu vertreten, aufmerksam zu machen.

Die Historiker müssen die Zugeständnisse ihrer Professoren, die weit hinter studentischen Forderungen zurückbleiben, als Demokratische Trojanische Pferde verstehen, mit deren Hilfe sie in deren geschichtlich unhaltbaren, wenngleich stark gesicherten Herrschaftsbereich eindringen.

— ld

Dissertationen

druckt

BÖNECKE

3392 Clausthal-Zellerfeld
Fach 29 Ruf 05323/525

von DIN A 4-Vorlage auf DIN A 5-Format

bei Expl.	DM pro Seite
70	3,—
100	3,20
150	3,45
200	3,60
300	4,30

keine Nebenkosten
● Raster billigst! ●

Angebot anfordern

Die Buchhandlung für den Mediziner

JOHANNES ALT seit 1868

BUCHHANDLUNG UND ANTIQUARIAT FÜR MEDIZIN

In Kliniknähe, Haltestelle Hochhaus Süd (Hippodrom) der Linien 1, 11, 15, 21

Telefon 61 29 93

Frankfurt Süd 10
Gartenstraße 134

Naturschutz für die Germanistik

Das germanistische Seminar der FU Berlin wurde während der Lesung der Notstandsgesetze besetzt. Diejenigen, die immer wieder die Selbstorganisation ihrer Wissenschaft forderten, haben mit der Selbstorganisation praktisch begonnen. Nach dem 2. Juni wurde die Politisierung der Germanistik verlangt, und in Vollversammlungen, Diskussionen, theoretischen Beiträgen wurde gegen die Entmündigung durch eine bornierte Wissenschaft protestiert. Doch die leidende Haltung, auf die die Studenten durch die Germanistik festgelegt wurden, konnte nicht in der Theorie, sondern nur in der Praxis überwunden werden. Eine Woche lang wurde die Besetzung in einer ad-hoc-Gruppe diskutiert. Dann wurde am Montagfrüh die Tür zum Institut zerschlagen und die Bibliothek und die Privatgemächer der Ordinarien geöffnet.

Es liegt gewiß ein Moment von objektiver Ironie darin, daß in dem Maß, in dem es den Besetzern des Germanischen Seminars gelang, die massierte Feindseligkeit der überfüllten Vollversammlung durch die politische Rechtfertigung der Aktion zu zersetzen, der politische Sinn der Besetzung unterging: nämlich allen Studenten eine Aktionsform anzubieten, in der die durch die Institution massenhaft gebundenen Einzelwesen sich befreien und als solidarisch agierende Masse erfahren können. Im Medium der Vollversammlung schien sich die Besetzung darzustellen entweder als eine der seit dem 2. Juni entwickelten Techniken der Provokation, die den Normalzustand anschaubar machen sollen — oder als ausschließlich symbolische Handlung, die dann als Vehikel radikaler Forderung dienen kann. So ergab sich die groteske Situation, daß die überwältigende Mehrheit der Besetzung zustimmte, die Besetzung selbst aber den Besetzern überließ und nach Hause ging. Sie blieb damit hinter der Progressivität des eigenen Beschlusses zurück: Anerkannte Sie zwar die Besetzung als legitimes politisches Mittel, so begriff sie sich doch nicht als politisches Subjekt, daß in Zukunft sich dieses Mittels auch bedienen will. Eine Strategie, die die Organisation des Widerstands an der Basis zum Ziel hat, wird sich in der Dialektik von Spaltung und Solidarität bewegen müssen. Die Erfahrung dieser Vollversammlung lehrt, daß in öffentlichen Medien dieser Art ein abstraktes politisches Einverständnis restituiert wird, daß zu durchbrechen die unmittelbare Intention von Widerstandshandlungen am Arbeitsplatz sein muß.
Wie die Ungleichzeitigkeit zwischen Vollversammlung und Besetzung aufzuheben ist, kann allerdings nur unter der kontrollierenden Erfahrung der Besetzung selbst beantwortet werden. Es zeigte sich dabei, daß im Medium der solidarischen Aktion sich jene oft benannte Vereinzelung, die im Fach Germanistik kontinuierlich produziert wird, nicht durchbrechen ließ, sie vielmehr in aller Brutalität, ungedeckt von institutionellen Bindungen, sichtbar wurde, und zwar in lähmender Konkretion. Die Parolen förderten keine kollektive Produktion von Parolen, sondern privatistische Idiosynkrasien gegen Parolen. Wiewohl der Ärger über das Sendenprogramm des „Radio - Rosa ‚Luxemburg'", das die Kommune ausstrahlte, recht allgemein war, kam es nicht zu einer solidarischen Übernahme des Senders. In der Tat schien sich die Solidarität an dem Agressionspunkt der rechten Schlägertruppen, an den Eingängen nämlich, zu konzentrieren. Während die Barrikaden die fatale Eigenschaft bekamen, die Besetzer nicht nur vor der Gefahr von außen zu schützen, sondern sie gleichzeitig im Binnenraum des Seminars zu versiegeln und somit eine Intimität zu schützen, in der sich bei Kerzenlicht die Germanisten leidvoll um das Sterbelager ihrer Wissenschaft versammelten. Die Vernachlässigung des Lautsprechers ist in der Tat symptomatisch. Sie zeigt, daß die Germanisten noch nicht begriffen hatten, daß sie mit der Besetzung nicht nur ein germanistisches, sondern ein allgemeines politisches Interesse realisierten. Es wäre darum notwendig und auch möglich gewesen, das Haus als Agitationsmittel für die Agitation des Kampfes einzusetzen. Genau dieser Gefahr begegnete das Rektorat mit Abschaltung des Stromes. So blieb denn das Haus eine utopische rote Bastion, der exotischen Neugier des Kampfes ausgesetzt, ohne daß der Kampfes mobilisiert wurde.
Die Öffentlichkeit hat dieses Defizit an Agitation nach außen lustvoll als Happening kommentiert. Ungeachtet der Tatsache, daß damit versucht wurde, die politische Dimension der Besetzung abzuschneiden, hat doch der Vorwurf in den angeführten Erfahrungen ein Moment von Wahrheit. Allerdings kann das Mißlingen einer agitatorischen Ausweitung dieser Aktion nicht technisch aufgehoben werden. Es erklärt sich aus einem Verhalten, das als ungleichzeitiges Verhältnis der Besetzer zur Besetzung erkannt werden muß. Bestürzend deutlich wurde dies in der leidigen Ungeduld diskutierender Germanisten, wenn akute Verteidigungsprobleme die Diskussion unterbrachen. Überhaupt wurde in den Diskussionen kaum realisiert, daß allein durch eine allgemeine Solidarität „institutsfremder Personen", den Genossen vom republikanischen Ordnerdienst und den Arbeitern des Sozialistischen Klubs, das Haus gehalten wurde. Indem z. B. die Tatsache, daß Basisgruppen, daß der Sozialistische Klub im Haus tagten, für die Germanisten nur den Wert einer Information hatte, identifizierten sie sich regressiv wieder mit dem Fach.

Der revolutionäre Überschuß, der sich in der Lust am Barrikadenbau, im Aufbrechen der Professorenzimmer und in den Parolen manifestierte, schlug sich nicht nur in den Diskussionen kaum nieder, sondern traf vielmehr auf verdrängungsbereite Abwehr. Mit nicht geringer Betroffenheit wurde man des revolutionären Gehaltes der eigenen Aktion gewahr und war nur zu bereit, sie zu rationalisieren, indem man sich einer überaus rigiden Arbeitsforderung unterwarf. Der terroristische Ruf, jetzt ‚endlich mit der Arbeit anzufangen', wurde zum permanenten Kontrapunkt des Wacheschiebens. Gleichzeitig wurde eine überhaupt nicht realisierbare Palette von Arbeitsvorhaben entworfen.
Diese Kritik distanziert sich dabei keineswegs von dem inhaltlichen Ziel der Besetzung: nämlich im besetzten Institut überhaupt eine Dimension solidarischen Arbeitens zu eröffnen. In diesem Zusamenhang ist das Verhalten des Rektorats zu bewerten. Denn in der Kollaboration des Rektorats, das uns den Strom sperrte, und den rechten Schlägertrupps, die uns mit Nebelkerzen, Buttersäure und Tränengas angriffen, sollte ja vor allem eins geschafft werden: zu demonstrieren, daß in diesem Hause die Arbeit, die wir angekündigt hatten, nicht möglich sei. Wir sollten lernen, das der Sozialismus in einem Hause die Toleranzgrenze des System verletzt und auf die Einheit von rechtem und administrativen Terror stoßen wird.

So wirkungslos die vom Rektorat verhängten Sanktionen waren, um den Versuch, die Verfügungsgewalt über unsere Produktionsmittel zu erlangen, kurzerhand zu liquidieren, so muß eingestanden werden, daß wir vorab nicht wissen, wie eine sinnvolle, d. h. an der Veränderung der Gesellschaft arbeitende wissenschaftliche Produktion in der Germanistik aussehen kann, was also — und zwar unter dieser Perspektive allein — als Produktionsmittel anzusprechen wäre. Nicht ohne Rührung läßt sich hinterher der Versuch betrachten, die Bibliothek zum Produktionsmittel zu erklären. Gegenüber der Fetischisierung dieser vorab völlig indadäquaten ökonomischen Kategorie bleibt der Zynismus des Rektorats erst einmal realitätsgerechter, wenn es durch die Stromsperre die Vernichtung des Bücherbestandes ohne weiteres einkalkulierte. Während wir über eine beschmierte Bibel lamentierten, hatte die Bibliothek für des Rektorat nicht einmal den Wert eines Arguments. Es ist durchaus möglich, daß die Germanistik zu einer Produktivkraft von Aufklärung erst dann wird, wenn ihre wissenschaftlichen Produkte konsequent eingesetzt werden für die Agitation in Schulen. Dann wäre aber eher ein Vervielfältigungsapparat Produktionsmittel als die bestehende Bibliothek, die uns augenblicklich noch mit Erstausgaben erfreut.

Grundsätzlich dürfen die strategischen Überlegungen der nächsten Zeit nicht vorbeigehen an jener Erfahrung des ungleichzeitigen Verhaltens der Besetzer zur Besetzung. Der erschreckendste Ausdruck dieses Verhaltens war einmal die Reproduktion der Vereinzelung im Medium der Solidarität andererseits die regressive Identifikation mit dem Fachstudium. Dieser Widerspruch läßt sich nur aufheben, wenn zwei Zielvorstellungen die künftige politische Arbeit kontrollieren.

1. Aus der Besetzung muß eine organisatorische Wendung erfolgen, d. h. die Besetzer müssen sich selbst organisieren und eine künftige Besetzung als kalkuliertes Moment innerhalb ihrer Arbeit planen. 2. Das Mittel der Besetzung muß innerhalb einer hochschulpolitischen Gesamtstrategie eingearbeitet werden. Die Transmission einer Besetzung auf andere Institute darf nicht dem Zufall überlassen bleiben.

Denn die Befriedigung, daß die öden Amtsräume und Klientenflure des Germanischen Seminars durch rote Parolen endlich eine humane Qualität bekommen haben, kann nicht darüber hinwegtrösten, daß sie vorerst dem hygienischen Eifer der Kuratorialverwaltung zum Opfer fallen wird. Die Neuerung, daß die Gedanken aus den Köpfen an die Wände gebracht wurden, wird mit der Erneuerung der Wände beantwortet. Wir müssen es schaffen, daß die neuen Wände neue Gedanken bekommen.

ad-hoc-Gruppe
des Germanischen Seminars der FUB

Wissenschaft für die Betroffenen

Die Frage steht heute so, daß viele Leute Dinge für undurchführbar halten, die ohne weiteres vollbracht werden können, wenn man sich darum bemüht.
Mao Tse-Tung

I

Das wissen wir: der Germanistik, die die Sprödigkeit und auch Materialität ihrer Anfänge längst schon vergessen hat, ist nicht mehr zu helfen.

Diese Wissenschaft, in der sämtliche Entscheidungen schon gefallen sind, schlägt aus allen literarischen Produkten ihr unterschiedsloses Quantum an unterschiedsloser Positivität, das die Geschichte vorab zur gelungenen verfälscht und den Verhältnissen Hohn spricht; sie glaubt individuelle Qualitäten zu produzieren — und handelt doch nur mit verdinglichten, fungiblen Stereotypen. Die Germanistik, objektiv Verschwendung gesellschaftlicher Produktivkraft, hat in dem auf Zweckrationalität abgestellten kapitalistischen Reproduktionsprozeß eine wahrhaft politische, das heißt aber hier: stabilisierende Funktion: sie absorbiert das Interesse am utopischen und kritischen Gehalt sprachlicher Produkte, der auf politische Realisation drängt. Die Germanistik erweist sich als Teil der Kulturindustrie, der Manipulation. Sitzengebliebenen auf den vorindustriellen Werten, die sie für den Individuen zugängliche Gebrauchswerte hält, ist sie Zeugnis der objektiven Unzeitgemäßheit dieser Gesellschaft.

Die Heillosigkeit der Germanistik fordert dazu auf, diese Gesellschaft zu verändern, indem wir diese Wissenschaft verändern.

Teils durch ihr Studium frustriert, teils schon mit einem neuen theoretischen Konzept begannen vor vier Monaten Germanistikstudenten der Frankfurter Universität, diesen Prozeß in Bewegung zu setzen. Es war von Anfang an klar, daß diese Arbeit in die Praxis des Seminarbetriebs eingreifen mußte, daß die Gruppe kein sektierischer Klüngel bleiben durfte. Nur: es bestand und besteht die Gefahr, daß die theoretische Arbeit, die ihre Organisationsform in Gegenseminaren sucht, angesichts des abgedichteten Seminarbetriebs und der unbelangbaren Position der Ordinarien als beiherspielende Ergänzung akzeptiert und der bisherigen undemokratischen Praxis nur das liberale Alibi liefern würde. So geriet die notwendige wissenschaftstheoretische und -geschichtliche Arbeit (z. B. das Diskus-Flugblatt) in die Isolation und wurde dadurch neutralisiert: wir versäumten die auf das Fach, das Institut gerichtete Politisierung der Studenten über ihre Interessen (die allerdings ein revolutionäres Potential darstellen). Unsere Aktionen hatten daher den Charakter der angehängten, unvermittelten Praxis: sie waren undialektisch. Deutlich wurde das in der Stern-Aktion: wohl konnten wir in dieser Vorlesung durch Abstimmung für jede Vorlesung eine Viertelstunde Diskussion erzwingen, jedoch versäumten wir, das vorhandene Unbehagen der Hörer über die Darlegungen des Martin Stern so zu aktualisieren, daß diese begriffslose Vorlesung in einem plebiszitären Akt durch die Selbsttätigkeit von Individuen ersetzt worden wäre. Nur eine solche Aktion, bewußt Grenzen überschreitend, bewußt destruierend, hätte exemplarisch die intransingente Struktur dieser Disziplin bewußt machen und Modelle einer emanzipativen Wissenschaft, die nicht mehr auf Unterdrückung der Individuen und Deformation der Gesellschaft baut, antizipieren können. Unsere phantasiearmen Ansätze zu einer historisch-dialektischen Literaturrezeption förderten, in ihrer Unvermitteltheit sprachlos, nur die fatale Vertrautheit der Hörer mit dem Dozenten. Wir glaubten eine Umwälzung dieser Wissenschaft nach dem Modell liberaler Diskussion betreiben zu können, ohne zu beachten, daß unser Konzept diese Disziplin transzendiert. Gerade indem wir nicht zwischen Revolution und revolutionärer Praxis schieden, blieben wir — das abstrakte Modell der Umwälzung vor Augen — verbal radikal und versäumten es, unsere Arbeit mit den Interessen der Studenten zu vermitteln. Unsere Arbeit wies immer deutlicher Züge der Desorganisation auf.

II

Es hat sich im Laufe dieses Semesters gezeigt, daß die Politisierung mittels außeruniversitärer Widersprüche (Springer, Notstandsgesetze) nicht vermittelt war mit dem inneruniversitären Kampf um Demokratisierung der Institute; durch einen äußerlichen Akt, die Besetzung der Universität durch die Polizei, schien die Bewegung zerschlagen. In Wahrheit müssen wir jetzt die verschüttete Politisierung durch Basisarbeit in den Instituten wieder aktualisieren.
Im Deutschen Seminar (wir meinen aber: Walter-Benjamin-Institut) konstituiert sich gerade auf Drängen der Studenten ein Institutsrat, der drittelparitätisch besetzt werden und alle Entscheidungsbefugnisse haben muß; durch ihn soll die Direktorialverfassung durch eine Ratsverfassung abgelöst werden. Wir wissen, daß dieser Rat sinnlos ist, wenn er nicht in dauernden Aktionen, die über die nur verschleierten Herrschaftsverhältnisse aufklären, erkämpft wird. Alle diese Aktionen müssen durch unser theoretisches Konzept, das die Abschaffung dieser unwissenschaftlichen Disziplin fordert, also auch durch den objektiven Stand der Verhältnisse legitimiert sein. Das heißt aber: wir müssen die Widersprüche des bestehenden Seminarbetriebs, gegen die die Studenten ein latentes, aber unformuliertes Unbehagen empfinden, evident machen und zeigen, daß sie in dem bestehenden wissenschaftlichen wie gesellschaftlichen Kontext nicht im Sinne qualitativer Veränderung beseitigt werden können. Es muß — gerade bei den Germanisten — ein Bewußtsein geschaffen werden, das den Konflikt nicht scheut, sondern ihn sucht, weil es weiß, daß Veränderungen in dieser Gesellschaft nur dann zu erreichen sind, wenn man mit der schalen Ideologie des Harmonismus bricht; ein politisches Bewußtsein, das in die versteinerten Verhältnisse eingreift, muß entstehen.
Durch Aktionen in Vorlesungen, die ein imaginatives Potential an Phantasie nötig haben und die daher auch auf die Selbsttätigkeit der bisherigen Konsumenten rechnen, muß den Studenten bewußt werden, wie die bisherigen Vorlesungen, in denen sie zum bewußtlosen Mitschreiben fremder, weil unreflektierter Inhalte angehalten waren, ihre Produktivkraft hemmte. In Veranstaltungen, die dem libidinösen Interesse Rechnung tragen, muß die Liturgie der Vorlesung langsam destruiert werden. — Es ist dingfest zu machen, daß die Referate in den bisherigen Seminaren den Produzenten die entpolitisierende Illusion persönlich unmittelbaren, versöhnenden Leistung einflößten, die Konsumenten aber durch ihre Abgeschlossenheit um die Möglichkeit der Selbsttätigkeit brachten: daß also der Seminarbetrieb insgesamt Ausdruck einer Wissenschaft ist, in der über entfremdete Inhalte kommuniziert wird und die Individuen im Zustand der Atomisierung belassen werden. Indem wir diese Verhältnisse (nicht nur durch Angriffe auf die professorale Autorität) zerstören, müssen wir zeigen, daß eine wissenschaftliche Praxis möglich ist, die nicht auf repressiven Arbeitsbedingungen (Prüfungen) beruht, die nicht der Disziplinierung dient, sondern erst im Erkenntnisinteresse des Individuums, das seine Realisation in der Mitbestimmung hat, sich konstituiert.

Wir müssen durch Aktionen die Bedingungen schaffen für eine wissenschaftliche Praxis, in der die Individuen sich selbst erkennen und aus der sie die zeitgeschichtliche Erfahrung ziehen können, die sie endlich zu Zeitgenossen macht.

Basisgruppe
Walter-Benjamin-Institut

Selbstschüsse

Geschichte in Texten / Zu den Textbüchern 5 und 6 von Helmut Heißenbüttel

Von Helmut Hartwig

Es ist keine Frage, daß in einer komplizierten Gesellschaftsstruktur der Sprache eine immer größere Rolle zukommt. „Information" durch die Massenmedien bezeichnet nichts anderes als eine immer differenzierter werdende Manipulation durch Sprache.
Die Schwierigkeiten der Aufklärung durch die außerparlamentarische Opposition liegt nicht zuletzt daran, daß es noch nicht gelungen ist, eine dem Bewußtseinsstand und den Zielen adäquate Sprache zu entwickeln.
Die folgenden drei Artikel beginnen eine Diskussion darüber, inwieweit sich die im Bereich der gesellschaftlichen Analyse aufgedeckten Zwänge auch in der Sprachstruktur von modernen Texten nachweisen läßt. Es soll zunächst besonderer Augenmerk auf die sogenannte konkrete Poesie gelegt werden, der einerseits der Vorwurf des l'art pour l'art gemacht wird, weil sie sich kaum explizit zu engagieren vermag, die andererseits aber als Avantgarde der gegenwärtigen Literaturentwicklung gilt. Die Diskussion wird in den nächsten Heften in einzelnen Beiträgen fortgesetzt. **Red.**

Von den „3 x 13 mehr oder weniger Geschichten" in Textbuch 5 sind einige recht direkt auf „Geschichte" bezogen: „schematische Entwicklung der Tradition", „Adam oder nicht", „Klassenanalyse", „Zukunft des Sozialismus" u. a. Darüber hinaus wird über Material, Anlaß, Thema der meisten Texte die Gesellschaft, in der wir leben, recht konkret gegenwärtig. Die Frage, welcher Art diese Konkretheit ist, soll vorläufig zurückgestellt werden.

In Textbuch 6 kommen Stichworte, die man von der besonderen Art der Zusammenhänge, auf die sie anspielen, politisch nennen könnte, nur unter anderen vor.

Dieses Textbuch beginnt:

quasiautobiographisch
rückentwickelt plötzlich mitten nach-
mittags weltabgewendet plötzlich mitten oktober-
nachmittag weltabgewendet plötzlich mitten sonnig
oktobernach . . .

Ein solcher Anfang signalisiert Selbstkritik; das heißt aber auch: er könnte die Funktion haben, Kritik abzufangen. Es empfiehlt sich deshalb, ihn ironisch zu nehmen, ihm Distanz zuzugestehen — aber nur als Intention; dann die Data der „Rückentwicklung" zu identifizieren und ihn auf diese Weise ernst zu nehmen.
Was also könnte diesem Subjekt „Rückentwicklung" heißen? Formal enthalten die Texte von Textbuch 6 nichts neues. Heißenbüttel benutzte seit Textbuch 1 ein Instrumentarium, das über die Texttheorie verfügbar und also mit Hilfe von greifbaren Kategorien auch wieder aus dem Kontext herauspräpariert werden kann. Liebhaber solcher Übungen finden im Inhaltsverzeichnis von Queneaus „Stilübungen" eine ausreichende Menge von Begriffen, mit denen man das, was Heißenbüttel macht, beschreiben kann: Verdoppelung, Litotes, Wortkomposition, Negativitäten, Anagramm, logische Analyse, Philosophisch, Permutationen zu einem, zwei, drei, vier (usw.) Wörtern; von vorne — von hinten, Gegenwahrheiten usf. usf.

Diese formalen Mittel werden bei Heißenbüttel nicht zuletzt über seine außerordentliche Sensibilität für die unmittelbar sinnlichen Momente der Sprache — besonders die rhythmischen Potenzen von Wörtern und Wortsequenzen — reizvoll, die ihn befähigt, z. B. aus einer Reihe von Zitaten mehr als deren Summe zu machen. All diese Voraussetzungen finden sich auch in Textbuch 6 wieder.

Was aber wäre dann neu. ein Zeichen von „Rückentwicklung" — für das dichterische Subjekt oder ein mögliches Publikum? Eine besondere Rolle spielt in Heißenbüttels Poetik die Absicht, einen Begriff (eine Bedeutung) durch eine sprachliche Struktur darzustellen, oder wie Heißenbüttel sagt, einen „Kurzschluß zwischen Form und Inhalt herzustellen". Man müßte also unter der Bedingung einer solchen Beziehung im Ablauf des Textes „autobiographisch" die Daten der „Rückentwicklung" konkret fassen können.

Der Text entwickelt sich über die Phasen

nachmittags . . . oktobernachmittags . . . sonnig oktobernachmittags.

Die Sensibilität für die sinnlichen Data eines Augenblicks nimmt zu, und dies wäre eine Tendenz, die in Textbuch 6 auffällt: Farben, Gerüche, Geräusche scheinen zwanghaft Aufmerksamkeit zu beanspruchen, fordern im Textablauf eine besondere Stellung — wobei allerdings die in ihnen oft gesetzte Beziehung eines Subjekts zur Natur immer wieder umgewandelt wird in eine Beziehung zur bereits (meist ästhet.) vermittelten Natur. Nicht zufällig werden die „wiesen von Martial Raysse" zitiert und verwandelt sich an einer anderen Stelle des zitierten Textes ein Erinnerungsbild in ein Bild von Cezanne. So wie die Landschaft sich in diesem Bild zur Kunst verwandelt, so sollen im Text Data des Eingedenkens ihr biographisches Moment verlieren durch den Stellenwert im sprachlichen Ablauf. Darauf insistiert Heißenbüttel auch in der Selbstinterpretation, die er dem „Gedicht von der Übung zu sterben" gewidmet hat („Über Literatur" S. 233). Mit dem Text „quasiautobiographisch" knüpft er an diesen Text an — wieweit damit eine Absage an die Anlässe besonders von Textbuch 5 verbunden sein soll, könnte diskutiert werden.
Im Text „quasiautobiographisch" wird Biographie thematisiert, zugleich aber auch biographische Interpretation abgewehrt. Diese Einsicht in den formalen Charakter des lyrischen Ichs gilt als wichtige Errungenschaft einer modernen Betrachtungsweise von Dichtung. Man müßte aber einmal untersuchen, inwieweit nicht beide Ansätze — der biographische wie der strukturelle — blind bleiben gegenüber der geschichtlichen Substanz von Dichtung: der eine, indem er Geschichte nur als private Lebensgeschichte zu verstehen vermag, der andere, indem er die Frage nach der geschichtlichen Relevanz formaler Strukturen ontologisch oder nur formal als die Frage nach der „Moderne" oder überhaupt nicht stellt. Dagegen gälte es, sprachliche Formen auf ihre gesellschaftlichen Implikationen hin zu untersuchen.

Die Vertreter der konkreten Poesie haben eine besondere Vorliebe für Formeln, Serien, Wiederholung — also sprachliche Schichten, die im syntaktischen Ablauf streng Identisches bewahren. Von daher wirken diese Texte oft zwanghaft. Geht man davon aus, daß der Leser immer auch experimentell durch sie ein mögliches gesellschaftliches Subjekt verwirklicht, dann kommt es bei der Interpretation darauf an, dieses Subjekt nicht nur experimentell ernst zu nehmen.

Heißenbüttel hat in vielen seiner älteren Texte solche über die Sprache wirksamen konkreten Zwänge aufgedeckt. Durch die Auslieferung ihrer Sprachweise hat er konkret gesellschaftliche Rollen identifiziert (z. B. Textb. 1 „Cinemascope 59/60" oder Textb. 3 „Generalmusikdirektor jedenfalls"), er hat kollektive Subjekte genau beschrieben (Textb. 2 „Ohne weiteres bekannt eine öffentliche Persönlichkeit" u. ä.) und über Rituale bürgerlichen Lebens aufgeklärt (Textb. 3 „Hochzeitsgesellschaft").

In Textbuch 4 hat Heißenbüttel gewisse Regeln der Texttheorie mit Humor angewendet. Im Hinblick auf die angeschnittene Frage könnte man nun untersuchen, welche Bedeutung die „sprachlichen Zwänge" in Textbuch 6 spielen und in welcher Form sie auftreten. Der Text „vokabulär" ist für Textbuch 6 nicht typisch. Dennoch möchte ich ihn zum Anlaß für einige Fragen nehmen: Er beginnt

einsetzen Einsatz
Aufsatz Vorsatz
vorsätzlich Satz
der Satz vom
Grunde Grund-
satz grundsätz-
lich Grundsatz-
referat gründlich
grundlegend
Grund gründen
aufbegründen
Gründergeneration
Gründerzeit

Der Text beansprucht durch die Art seiner Präsentation mehr zu sein als ein unwillkürlicher Assoziationsablauf. Er entwickelt sich deutlich über durchgehaltene Wortkerne. Den Ansatz für die Weiterentwicklung liefern zuerst einmal die Prinzipien der Wortbildung. Die Frage ist nun, wieweit der Anspruch besteht, daß aus „der Sprache" selbst heraus Sinn erzeugt werde und auf diese Weise das Verfahren mehr hervorbringe als ein Beispiel für seine Anwendung.

Wird über die identischen Momente ein Zusammenhang von Wortideen hergestellt oder regt der Text dazu an, über Zusammenhänge jenseits der Wörter in der Gesellschaft nachzudenken, konkret zu überlegen, welche Beziehung zwischen dem Satz vom Grunde (Heidegger) und Leuten besteht, die gern grundsätzlich reden oder Grundsatzreferate halten? Von der Antwort auf diese Frage hinge viel ab.

Es hinge davon ab, ob auf den Zusammenhang von Wörtern gleichsam als auf einen Garanten von Sinn außerhalb der Geschichte gesetzt wird, oder ob es dem Autor darum geht, auf die Geschichte als den Ort der Vermittlung auch sprachlicher Zusammenhänge konkret hinzuführen.

In Textbuch 5 ist „Geschichte" thematisch. Welcher Begriff von Geschichte entspricht dem, was die Texte nicht nur über Wortbedeutungen, sondern über ihre Struktur anbieten?

Im Text „Zukunft des Sozialismus" erscheint Geschichte als Wiederkehr des Gleichen. Das Identische ist Herrschaft.

niemand besitzt was
niemand beutet aus
niemand unterdrückt
niemand wird ausgebeutet
. . .

Durch diese Reihung verliert „niemand" seine negierende Funktion, wird zum Namen, und es kommt der Augenblick, wo die Bedeutung des Satzes in ihr Gegenteil umschlägt: die sozialistische Gesellschaft erzeugt aus sich heraus — wie alle anderen — Herrschaft. Es hat sich nichts geändert, der alte Zustand ist wieder erreicht.

Wenn dann in der zweiten Sequenz „niemand" noch als Objekt erscheint, wird die Identität von Ausbeuter und Ausgebeutetem hergestellt.

niemand besitzt nichts
niemand beutet niemand aus
. . .

Die beiden letzten Sequenzen bestätigen dann nur den Deutungsprozeß, der vorher durch Leistungen „der Sprache" zustandegekommen ist, wenn es heißt

(3. S.)
alle besitzen alles
alle beuten alle aus

und (Schlußsequenz)

alle besitzen nichts
alle beuten niemand aus
alle unterdrücken niemand
. . .

Nun spricht für diese Deutung des bisherigen Geschichtsprozesses einiges, der Stalinismus, der Bürokratisierungsprozeß — diese Bemerkung aber zielt zu kurz: Wichtig ist die Frage, welche Implikationen dieser Text darüber hinaus enthält. Er verbreitet — und darin sehe ich seine besondere Problematik — den Schein, als sei, was sprachlich „sichtbar gemacht" werden könne, auch in der Geschichte selbst objektiv angelegt, als sei die Wahl und die Reihung der Sätze, also die Leistung des Schriftstellers, der geringste Beitrag zu seinem Sinn.

Der Bann, der vom Verfasser über die Sprache gelegt wird, erscheint als Bann über der Geschichte selbst. Dazu kommt, daß in der polemischen Überschrift suggeriert wird, als sei es die besondere Potenz des Sozialismus, Herrschaft zu bewahren bzw. zu erzeugen. Die Bedingung für diese Deutung ist allerdings die Isolierung dieses Textes. Doch nicht nur. Wenn auch in dem Textbuch 5 im „Katalog der Unbelehrbaren", „die glauben, daß alles wiederkommt" gleichsam eine Art Korrektur oder — wohl angemessener, was die Intention betrifft — eine ironische Aufhebung der im analysierten Text gegebenen Geschichtsdeutung enthalten ist, so bleibt diese Tendenz doch über die sprachliche Struktur bei H. gegenwärtig.

Man könnte nun gegen diese Deutung argumentieren, sie setze eine falsche Prämisse, denn H. wolle mit dem Text „Zukunft des Sozialismus" gerade im Gegenteil zeigen, wie sinnlos solche allgemeinen Sätze seien.

Dagegen spricht, daß für die Wirkung dieses Textes entscheidend ist, wie über die Verdinglichung des Satzsubjektes und damit über den Umschlag in seinem Sinn: aus „niemand besitzt was" wird — wie durch die List des Odysseus — „niemand besitzt was", sich gleichsam der Anspruch des Satzes durchsetzt, mehr zu sein als eine Behauptung. Gerade durch dieses Spiel wird auch die Welt gegenständlich, auf die sich die Sätze beziehen, gewinnt sie durch diese Sätze an Realität.

Es ergäbe sich gegenüber solchen Texten nun die überraschende Wendung, daß jene Rückwendung, mit der Textbuch 6 beginnt, in einem wesentlichen Aspekt gerade das Gegenteil dessen darstellt, was sie darzustellen scheint: als Hinwendung zu differenzierten konkreten Formen der Vermittlung im Medium Sprache, käme Geschichte hier angemessener zur Geltung. Anstelle des abstrakten Subjekts von Texten, die aus „der Sprache" zu leben vorgeben, käme hier ein Subjekt zur Geltung, das seine Schwierigkeiten am Vermittlungsprozeß hat und so seine Geschichte auf verschiedene Weise in den Text einbringt.

Es liegt nun die Deutung nahe, daß einer, der den Zwangscharakter sprachlicher Abläufe, die Wiederholungszwänge der Syntax erfährt, damit den Zwangscharakter der Gesellschaft erfahre. Diese Deutung beanspruchen auch viele Vertreter und Interpreten der konkreten Poesie. Man sollte sie ihnen aber nicht von vornherein zugestehen, weil damit die Problematik jener Poetik verschleiert würde. Die Momente, in denen über Sprache Zwang ausgeübt wird, sind auf ganz unterschiedliche Weise gesellschaftlich vermittelt und dementsprechend sind die Zwänge, die über Sprache erscheinen können, auch von ganz unterschiedlicher gesellschaftlicher Relevanz. Je „reiner" der sprachliche Zwang zur Geltung gebracht wird, je mehr syntaktische Leerformen Herrschaft über die vermittelnden Momente in der Sprache gewinnen, umso eher wird die Bedingung, unter welcher der Zwang gebrochen werden könnte, abstrakt und metaphysisch definiert: als die tendentielle Weigerung, Sprache überhaupt zu benutzen. Andererseits können allerdings konkrete gesellschaftliche Zwänge in der Sprache zur Geltung kommen und gezeigt werden. Wenn nämlich Verwendungsformen von Sprache auf den Zweck der Verwendung aufmerksam machen würden oder über die Kombination von Zitaten aus den verschiedenen Sprachebenen eben die Bedingungen für die Ausbildung und Verselbständigung solcher „Sprachebenen" zur Diskussion gestellt würden. Über den Zwangszusammenhang, in dem die Benutzung von Sprache stattfindet, könnten konkrete gesellschaftliche Zwänge erkennbar werden; in der Herrschaft der Phrase und der Konvention die Herrschaft derer, welche die Macht haben, den Sprachgebrauch durchzusetzen oder zu erhalten.

Es gleicht dann eher einem Akt der Befreiung aus den Zwängen dieses Textes, wenn das Subjekt gegen die Suggestion der Struktur zu der Erkenntnis kommt, daß die Anerkennung von Herrschaft (oder all der genannten Bestimmungen: u. a. Ausbeutung) als der Substanz von Geschichte vermittelt ist über die Anerkennung einer bestimmten Form von Sätzen. An dieser Stelle steht nun aber die entscheidende Zweideutigkeit der betroffenen Poetik zur Diskussion: ist sie darauf aus, das Subjekt dem Anspruch solcher Sätze (auf Identität sistierender Leerformen) zu unterwerfen oder will sie gegen den Anspruch solcher gemachten Modelle immunisieren? Soll der Leser die sich als seriellen Sequenzen entwickelnden Weisheiten, Wiederholungszwänge, allgemeinen Ablaufregeln für unabdingbare Ablaufregeln der Geschichte selbst nehmen oder soll er auf die Kräfte aufmerksam gemacht werden, die über die Anwendung dieser sprachlichen Möglichkeiten gleichsam Herrschaft über die Geschichte zu gewinnen versuchen? Es ist nicht nur ein zufälliger Mangel, daß der auch von H. oft zitierte Satz von Wittgenstein „Die Grenzen meiner Sprache sind die Grenzen meiner Welt" gegenüber dieser Alternative und damit gegenüber alternativen praktischen Implikationen indifferent ist. Anstatt ihn zu zitieren müßte man den Satz interpretierend umwandeln und sagen: Wer die Legitimität bestimmter Satzformen (Aussagesätze, Behauptungssätze) für bestimmte Situationen anerkennt, der erkennt nicht nur ein allgemeines Recht zur Herrschaft (Definition ist Herrschaft über . . .) sondern in den Legitimierten ganz bestimmte Herrschende an.

Helmut Heissenbüttel Textbuch 6 Luchterhand Verlag Neuwied

Lesen und schreiben

Franz Mon
Lesebuch
Nachwort von Helmut Heissenbüttel
Luchterhand Druck 1
Herrmann Luchterhand Verlag, Neuwied und Berlin 1967
112 Seiten, DM 22,—

„es wird immer zu wenig bedacht, daß lesen ein umfassenderer vorgang ist als das entziffern von buchstaben, das ordnen fixierter zeichen zu einem sinn. es gibt nichts wahrnehmbares, was nicht auch ‚lesbar' wäre. alles erscheinende zeigt eine lese-physiognomie, wenn wir es nur lange genug wahrnehmen und den hof, den spielraum, in dem erst es physiognomisch, gestisch wird, zu ermitteln und aus seinem gleichgültigen mundanen kontinuum herauszuschneiden uns die mühe machen. ein blatt papier, von ein paar wasserspritzern getroffen, ist bereits lesezusammenhang, ja es würde allein durch den zarten schatten, die winzigen spuren in der oberfläche lesbar."

Diese Passage aus einer der theoretisch-diskursiven Einblendungen in Franz Mons „artikulationen" kann einen Begriff davon geben, welches Verhalten sein „Lesebuch" als „Lesen" ebenso voraussetzt, wie — unterstellt man dem Buch die von Helmut Heissenbüttel im Nachwort hervorgehobene didaktische Absicht — lehren will. Das „immer zu wenig", das „nur lange genug", das „uns die mühe machen": diese Floskeln fordern von zerstreuten Lesern, daß sie ihre Aufmerksamkeit sammeln und sich der Bedeutungen bemächtigen, welche „alles erscheinende" dem zeigt, der es „lesen" will.

Nun kann man den Wasserspritzern auf dem Papier verschiedene Bedeutungen ablesen; zum Beispiel die Gefahr, welche sie für das Schreiben bedeuten, das durch sie hindurchgeht, so daß die Tinte zerfließt. Aber dies ist nicht „Lesen", wie Mon es verlangt. Die Wasserspritzer auf dem Papier sollen vorab „lesezusammenhang" bedeuten. Ihre Lektüre soll in keiner Bedeutung landen; die Aufmerksamkeit, welche die Lektüre kostet, als Haltung übrigbleiben: denn niemals würde man irgendein „erscheinendes" „lange genug wahrnehmen", um es in **einer** Bedeutung zu erschöpfen.

Man darf sagen: die Wasserspritzer auf dem Papier sollen „gelesen" werden, als seien sie geschrieben worden. Oder anders: Mon verlangt vom Leser seiner Texte, daß der davon absieht, jener habe sie geschrieben, Damit beansprucht er für sie den Titel des heiligen Textes wie den des Dokuments. —

Nun braucht man die Texte des „Lesebuches", die „Exempel", wie Heissenbüttel sie nennt, nicht aus einem „gleichgültigen mundanen kontinuum herauszuschneiden", sie präsentieren sich als „Luchterhand Druck 1" in einem Zeremoniell aus Umbruch, Typografie und Ausstattung, das Aufmerksamkeit ganz unabhängig von ihnen erzwingt. Der Preis und die ausdrücklich auf 1200 Exemplare limitierte Auflage denunzieren Heissenbüttels Vorschlag, das „Lesebuch" in der Schule zu verwenden, als Spekulation auf die Solidarität dieser Institution, welche die Institution Luchterhand-Verlag, sicher wohlweislich, von vornherein zu erproben verhindert. — Hier ließe sich zwanglos ebenso eine Kritik der Rede vom „gleichgültigen mundanen kontinuum" anschließen wie eine der von Heissenbüttel anläßlich der „sehgänge" in der „Welt der Literatur" vorgetragenen These: Mon sei, didaktische Poesie produzierend, legitimer Erbe Bertolt Brechts. Brecht hat die Trennung auch des literarischen Produzenten von den Produktionsmitteln, (die sich auch im Widerspruch des kostbaren „Luchterhand Druck 1" zum projektierten Schulgebrauch des „Lesebuchs" ausdrückt), oft genug zum Thema seiner Kunstpolitik gemacht.

Diese Überlegungen scheinen dem „Lesebuch" äußerlich: es setzt voraus, daß sein „Spielraum" diesseits ihrer liege. Tatsächlich liegt er jenseits: nicht im Lesen, sondern im Schreiben. Die Motive und die Techniken von Mons Literatur bezwecken, allgemein formuliert: den Unterschied zwischen der Produktion und der Konsumtion von Literatur zu verwischen.

Der „Spielraum" des „Lesebuchs ist in vier Abteilungen gegliedert; die sind überschrieben: „wörter", „lettern", „sätze" und „wörter im wortwechsel". Jede Abteilung leitet eine Art Gebrauchsanweisung ein, die in diesem Fall die Konstruktionsprinzipien und die Didaktik der Texte weniger diskursiv darlegen, als es die Zwischentexte in den „artikulationen" und in den „sehgängen" taten. Hier stellen diese Gebrauchsanweisungen eher Schlagwörter, Slogans dar, deren Drucksatz falsche syntaktische Kombinationen nahelegt, um den Leser den gemeinten Sinn rätselnd herausfinden zu lassen: den richtigen hat er sozusagen erobert.

Dies ist eine Technik, das nachzuahmen, was Mon mehrfach das „Murmeln" genannt hat: um es gleichzeitig zu unterbrechen. Solche und ähnliche Techniken, (als „Montage, Reduktionsformen wie Rasterung, Spiegelung, statistische Anordnungen" beschreibt Mon sie in den „Überlegungen zu einer Theorie der modernen Künste"), solche leicht reproduzierbaren Techniken treten in den Texten des „Lesebuches" in Widerspruch zu Motiven, die Mon, eher suggestiv, den Leser aus einer „wirklichkeit" erinnern lassen möchte, die „nicht ‚innen', nicht außen sondern der geträumten vergleichbar aus körperlichkeit und einbildung zugleich erstellt" ist, (wie es in den „artikulationen" heißt). Mons surrealistische Vergangenheit ist auch hier noch einsichtig.

Solche Motive, („erotisches und vorerotisch elementares"), verhalten sich zur ästhetischen Technik nicht indifferent: ihre protokollarische Reihung reichte nicht aus. Mon hat, wiederum in den „artikulationen", die lebendige Rede, in der die Sprechorgane „körperlichkeit und einbildung" vermitteln durch Textkonstruktionen zu stimulieren versucht: dafür finden sich auch im „Lesebuch" „Exempel". Als Anweisung heißt es in der Gebrauchsanweisung für „lettern": „man müßte es essen können"; die zu „wörter" bietet welche „zum kauen" an.
Dies ist ein Verfahren, mithilfe der Motive das Schreiben im Lesen als einem sinnlichen Akt zu fundieren. Ein zweites verwendet, (vor allem in der Abteilung „sätze"), Traumbilder und -elemente, deren syntaktische Verknüpfung die Eindimensionalität des ungedeuteten Protokolls vermeidet und dadurch tendenziell die Eindimensionalität der Lektüre zerstört. In einem dritten Verfahren konstruiert Mon Reiz-Reaktions-Modelle für das Verhalten des Lesers: es beherrscht das „Lesebuch" von kurzen Texten, (wie „in den schwanz gebissen"), bei welchen sich die Versuchsanordnung auf die Buchseite beschränkt, bis zu dem umfangreichen „spiel hölle", welches man als Szenario lesen darf.
Jene Techniken der Anordnung werden durch die sozusagen kasuistische Behandlung der Motive gestört. Auch die Reiz-Reaktions-Modelle halten die Aufmerksamkeit bei Worten fest, deren Zusammenhang sich nicht darin erschöpft, eine Technologie abzubilden. Deshalb sind die Textkonstruktionen nicht reproduzierbar; ebenfalls zu den „wörtern" heißt es: „etwas für diesen fall nichts auf jedenfall". „diesen fall" sollen die Texte aber ebenso erzeugen wie in Erinnerung rufen; wenn sie ihn nur erzeugen sollten: wären sie „auf jedenfall". —
Wenn sich das Wie der Texte von ihrem Was, die „Form" vom „Inhalt" unterscheidet — ohne daß sich beide unabhängig voneinander reproduzieren ließen —, dann soll die Lektüre beide identifizieren, indem sie „mitspielt". Das ist Mons Zauberwort. Um „diesen fall" auszuschöpfen, müßte sich der Leser nämlich kontinuierlich vom Text entfernen: in die „Lektüre" des eigenen Falls hinein. Damit würde er aber schon vom ersten Wort des Buches abgestoßen: er muß es verlassen, um dessen Intention zu erfüllen. Das soll die Aufforderung zum Mitspielen verhindern; das Mitspielen garantierte die Kontinuität der Lektüre von Mons Buch.

Es bleibt nicht bei der Aufforderung. In der Gebrauchsanweisung für die Abteilung „wörter im wortwechsel" heißt es: „nicht jeder, der spielt, weiß es nicht jeder, der mitspielt, merkt es nicht jeder, der mitgespielt hat, weiß warum". Damit ist die Grenze des Spiels markiert: als die zwischen Autor und Leser. Der trifft Sicherungsmaßnahmen: weniger gegen die Frage nach dem Warum als dagegen, daß Einer nicht mitspielt. Wenn Einer nämlich mitgespielt hat, ohne es zu merken, dann hat der Autor vor dem Spiel seine eigene Position gesichert: als die dessen, der vorschreibt, **was** gespielt wird. Dann aber wird das Was der Texte — wodurch sie zu „diesem fall" werden sollen — allein durch den Fall des Autors konstituiert, der sich immer schon hinter das Spiel zurückgezogen hatte.

Die „Exempel" des „Lesebuchs" sind dann welche dafür, „was in dieser Zeit, in diesem aktuellen historischen Moment lesen bedeuten kann", (wie Heissenbüttel meint), nur insofern, als sie Mons Schreiben als einen individuellen, nicht reproduzierbaren Akt bedeuten: um das zu verstehen, bräuchte man freilich das Buch nicht zu lesen. „In diesem aktuellen historischen Moment" bedeuten Mons Literatur und deren Lektüre nicht mehr als die entfaltete Arbeitsteilung von Lesen und Schreiben. Das „ursprüngliche Austauschverhältnis von Subjektivität und Objektivität", welches Mon die ästhetische Produktion „im Spiel wiederherstellen" lassen will, würde überhaupt erst hergestellt, wenn Lesen und Schreiben austauschbare Verhaltensweisen wären, die Jeder in jedem Fall annehmen kann. **Lesen und Schreiben als universal austauschbare Verhaltensweisen** ist die Metapher für eine Sprache, die die Erfahrungen aller Menschen ausdrückt, bewahrt und überliefert. Das aber ist kein ästhetisches Thema, sondern eins der Politik. **Michael Rutschky**

Sprache und Herrschaft, zur Sprache gebracht . . .

„Herrschaft und Sprache" lautete das Thema einer Podiumsdiskussion, zu der das FORUM POLITICUM, Träger der aufsteigenden Bochumer Studentenzeitung RUHR-REFLEXE, am Wochenende in die Bochumer Universität eingeladen hatte.
Bedeutung und Aktualität der Fragestellung sind offenkundig: wo HERRSCHAFT nicht ständig als die Gewalt auftreten möchte, die sie einer triftigen Definition Max Webers zufolge ihrem Wesen nach ist, da bedarf sie zur Sicherung und Aufrechterhaltung ihrer Ordnungsmacht anderweitiger Mittel der Vermittlung; sie ist auf Mitteilung angewiesen, auf Information und Kommunikation, auf SPRACHE also.

Diese Selbstbeschränkung erfolgt wohlgemerkt nicht aus Feinfühligkeit oder Takt, sondern aus wohlerwogener Taktik, aus Gründen der Rationalität: Informationsbulletin sind billiger als Polizeiarmeen — erspart also Kosten und „Ärger", auch *vereinfachen* sie die Handhabung eines so weitläufigen, räumlich und zeitlich ausgreifenden Gebildes wie eine moderne (Staats-) Gesellschaft es darstellt, die selbst unter einer Diktatur wo nicht pluralistisch, so doch arbeitsteilig gegliedert ist. Nachrichten lassen sich in dieser Lage schneller, zuverlässiger und gezielter über ein beliebig großes Gebiet verbreiten als Panzer, vor allem nahezu gleichzeitig.

Das ist der humane Zug der neuzeitlichen Technik, nicht der einzige, doch schon der entscheidende: selbst, wer auf Bajonetten sitzt und gut sitzen will, wird bei aller militärischer Überlegenheit daher auf Präformation, Ausrichtung durch Information, nicht verzichten. Durch sprachliche Fixierung erst wird Gewalt zum *Recht* legitimiert; und das erwies sich bisher noch als das Bestreben jeder, auch der revolutionären und der diktatorischen Gewalt. Gerade sie will vergessen machen, wie und als was sie zur Macht kam. Sprechen ist also nicht schlechthin schon Indiz für die Friedfertigkeit einer Herrschaft, vielmehr und vor allem die Fortsetzung der Gewalt mit anderen Mitteln, die Krönung ihres (Macht-) Anspruches — *ideologischer Überbau*.

Allerdings ist *sprachliche Kommunikation* zwischen der Herrschaft und den von ihr Betroffenen, vor allem aber umgekehrt, von den Beherrschten zu den Herrschenden, die *Voraussetzung* für *Demokratie*. Wenn Rudolf Augstein in seinem der Sprache Rainer Barzels (CDU) geltendem Aphorismus feststellt, daß „deutsche Politik seit 1945 sprachlos ist", dann spricht diese Sprachlosigkeit Bände. Wo der Dialog zwischen Regierung und Wählern unterbrochen ist, gibt es auch keine Diskussion, die den Willen des Volkes als des erklärten Souveräns zur Sprache bringt. Und ohne sachkundige Aussprachen in der Absicht und mit der Aussicht, die bestehenden Verhältnisse wirklich zu verändern, ist Demokratie nicht, was sie zu sein verspricht: eine auf die Erfüllung von Ansprüchen gerade der materiell Benachteiligten gerichtete, gewaltenteilig kontrollierte Machtausübung von unabdingbar zeitlicher Begrenzung.

Das Interesse der Veranstalter ging wohl darauf aus, die Sprach*behandlung* der Herrschenden in der für uns politisch relevanten Zeitraums als entscheidendes Macht- und Manipulationsmittel aufzudecken — von den Sprachregelungen des Nationalsozialismus, die ihm die Ideologie ersetzten und zugleich ihr Fehlen verschleierten, bis zu den emotionalen Sprachsteuerungen heutiger Politik und Publizistik. Alle Beteiligten kamen hier außer auf Cäsar Springer auf Barzel, Strauß und Schütz zu sprechen. Widerspruch ergab sich erst, als die Sprache der „jungen linksradikalen Minderheit" sprich SDS und APO besprochen wurde, als es um ihre Dogmatik und Schwerfälligkeit ging, also um die Frage nach der möglichen *Aufklärung* durch Sprache, nach der Möglichkeit, sinnlose und sinnentleerte Sprachregelungen der herrschenden Meinung umzuwandeln, von Schutzzäunen in Schutzwaffen. Etwa das strapazierte Beiwort „demokratisch", auf das keine der herrschenden Ideologien oder vermeintlich ideologielosen Herrschaften verzichten möchte. Oder den beliebten Niederschlag des Vorbehalts gegenüber widrigen Realitäten, das zähneknirschende Wörtchen „sogenannt".

Gibt es revolutionäre Sprachmythen? Lassen sich bestehende Mythen wenigstens revolutionär verwenden, umkehren im Sinne einer *Manipulation für Aufklärung*?
Wie wäre es mit: sogenannter Demokratie, sog. Präsident, sog. Öffentlichkeit, sog. Freiheit von Meinung, Lernen, Lehre und Forschung, angebliche Gleichheit vor dem Gesetz, angebliches Grundgesetz?
Die kubanische Revolution trägt weiterreichende Ansätze bei: statt irgendwelcher ideologischer Bekenntnisse zum Marxismus-Leninismus argumentierte Castro nach eigenen Worten bewußt nur gegen die Ausbeutung der bestehenden Gesellschaft. Die revolutionäre Bodenreform beispielsweise setzte er durch, indem er sie mit dem (bereits vertrauten) Schlagwort von der „genossenschaftlichen" Bearbeitung verharmloste und damit die Beibehaltung der gegebenen *Eigentums*verhältnisse suggerierte. Er sprach also ausdrücklich den bürgerlichen Egoismus und bäuerlichen Schollenkult an. Tatsächlich überließ die Reform diesen Bauernzusammenschlüssen dann nur die *Nutzung* des verstaatlichten Grundbesitzes.
Betrug? Oder Zwang zur besseren Einsicht?
Wie lang würde der Marsch der Revolution, wenn sie sich legitimistisch prüde darauf verlegen wollte, erst als Ausdruck des Mehrheitswillens an die Macht zu kommen? Hieße das nicht jede Umwälzung überhaupt ausschließen? Wo Alternativen wirkungsvoll zur Sprache gebracht werden können, bedarf es keines revolutionären Umsturzes — da genügt es, Reformvorschläge vor- und durchzubringen. Die Aporie der revolutionären Situation liegt ja gerade darin, daß nur eine Minderheit die (subjektive) Einsicht wie die (objektive) Aussicht hat, die Interessen der Mehrheit zur Sprache und zur Geltung zu bringen. Die Revolution ist das Sprachrohr und Kampfmittel einer von der durchgesetzten Rechts- und Sprachnorm unwiderruflich in die Anonymität abgedrängten, also mundtoten Minderheit im Namen und auf Rechnung einer überhaupt noch nicht zur Sprache gekommenen Mehrheit.
Die sprachliche Nähe von politischen Gegnern, die sich auf den Tod bekämpften, zeigt eindringlich die Grenze ideologiekritischer Sprachanalyse, die in der gegenwärtigen politischen Konfrontation von beiden Seiten geflissentlich übersehen wird.

„Die Grenzen meiner Sprache bedeuten die Grenzen meiner Welt", notierte Wittgenstein 1915 in sein Tagebuch. Diese Grenze bleibt wohl unüberschreitbar. Wesentlich aber ist, was man daraus folgert: ob man sich mit den Linguisten der Suche einer METASPRACHE verschreibt, die exakter und wertfrei eine „mehrdimensionale Semantik" ermöglichen soll — aber unweigerlich auch passiv in der Beschreibung verharrt, irre-geleitet von dem fragwürdigen Ideal „objektiver" Wissenschaft und „interesseloser" Erkenntnis. Ob man es bei Wittgensteins meistzitiertem und zumeist falsch interpretierten Satz bewenden läßt: „Wovon man nicht sprechen kann, darüber muß man schweigen" (Traktatus logico-philosophicus).

Oder ob man sich dem Anspruch aussetzt, den dieser Satz fortgesetzt enthält: rechtverstanden rechtfertigt er nämlich keineswegs Resignation, er erteilt auch keine Absolution für melancholisch-wohlgefällige Rilke- oder Hölderlinlyrismen ob der schicksalhaft existentiellen Sprachlosigkeit des Menschen, sondern den Auftrag zur Bewußtseinserweiterung, zur Selbstaufklärung. Wir werden die Anstrengung nicht umgehen können, ein neues Sprechen zu erlernen, dessen Tenor sich vorerst kaum anders als mit so gutbürgerlichen Floskeln wie „sachhaltiger, wahrhaftiger, beweglicher" umschreiben läßt. Eine obszöne Sprache also. Pornographie gegen Kalligraphie, Verrufung von Schönfärberei und Wunschdenken.

Daß diese neue „Redlichkeit" der Rede auch revolutionär werde, dafür sorgt der in dieser Gesellschaft herkömmlich herrschende Zustand modifizierter Entmündigung. Wer heute sagt, was er meint, und wovon er meint, das zu sagen es nottut, wird notwendig — verschrien. Zurecht. Er stört das allgemeine stillschweigende Einverständnis. **Henrich v. Nussbaum**

Buchhandlung für Universitätswissenschaften
Bockenheimer Landstr. 133
Zentrale: Steinweg 3 · Ruf *28 76 41
Taschenbuchladen: Jügelstraße 1

Peter Naacher

Bücher für Ihr Studium · Literatur unserer Zeit
Wesentliche Veröffentlichungen des In- und Auslandes

Fahrschule E + E Hanslik
Civil-Ing.

Grundgebühr 50,— Fahrstunde 12,—

6 Frankfurt/Main
Reuterweg 66
Telefon 72 59 83

6451 Dörnigheim a. M.
Hermann-Löns-Straße 7
Telefon Hanau 9 84 19 30

H

Glück auf dem Lokus?

Henry Miller
Rowohlt Verlag, Reinbek 1968
Stille Tage in Clichy
Rowohlt Verlag, Reinbek 1968
DM 20,—

Bereits im Titel klingt an, was Miller zu beschreiben sich vorgenommen hat. Eingedenk früherer Bücher ahnt man, daß stille Tage keineswegs ruhig verlaufen müssen. Kennt man Miller, so weiß man, daß damit ein Reservat beschrieben ist: örtlich und zeitlich, ein Reservat der Zivilisation, eines von Glück.

„Ich legte mich in das köstlich heiße Wasser zurück und ließ sie mit ihren seifigen Fingern meinen Piephahn zwirbeln. Adrienne spielte mit ihrer Möse, als wollte sie sagen: Na schön, spiel du nur ein Weilchen mit dem Ding, wenn die Zeit gekommen ist, werde ich es mir schon schnappen."
Am nächsten Morgen: „Wieder hungrig. Ich stand auf und suchte nach den Überresten eines belegten Brotes. Nicht einmal eine Krume lag auf dem Tisch. Ich ging geistesabwesend ins Badezimmer, wo ich mein Wasser abschlagen wollte. Dort lagen zwei Scheiben Brot herum, einige Käsestücke und ein paar zerquetschte Oliven. Offensichtlich angeekelt fortgeworfen ... In einem Glas neben dem Bidet war noch ein Tropfen Wein. Ich kippte ihn hinunter und biß dann herzhaft in das Brot. Durchaus nicht schlecht. Im Gegenteil, es schmeckte gut ...
Ich fühlte mich ganz einfach wundervoll. Warum überhaupt denken? Ja, ein großer Tag."

Miller kam, auf der Flucht vor der „Zivilisation", aus Amerika, aus New York, nach Europa, nach Paris.
Hier, in Europa, in Paris, fand er, wenn man seinen Worten glauben darf, was er suchte: Glück. Genau das aber, seinen Worten glauben, darf man nicht: was er fand, das ist ein Mythos: Der vom Glück.
An diesem Mythos hat er, in fast allen seinen Büchern, fleißig mitgebastelt. Dafür ist bezeichnend, daß er seine besten Bücher in und über Paris geschrieben hat. Denn Paris bot sich geradezu an: in dem Namen dieser Stadt schwingt noch immer, bis in unsere Tage, etwas Mythisches mit: ein Versprechen klingt an, das Miller nochmals erneuert, aber auch nicht erfüllt.
Ein ‚Leben in Paris', scheint noch immer mit der Vorstellung eines besseren, eines glücklicheren Lebens verbunden — und das obwohl, noch besser: weil man so genau um das Gegenteil weiß. Dieser Mythos, der (‚von der Kulturindustrie eifrig genährt,) uns ergreift, weil er an der allgemeinen Sehnsucht nach einer besseren Welt partizipiert, dieser Mythos hat Miller nach Paris gelockt.

Das vorliegende Buch, 1940 nach der durch den Krieg erzwungenen Rückkehr nach Amerika geschrieben, 1956 umgearbeitet, im Original 1965 in Amerika erschienen, hat, wie fast alle seine Bücher, autobiographischen Charakter: Miller beschreibt sein Leben in Paris, die Zeit, in der sein „Wendekreis des Krebses" entstand: 1933/1934.

Sie leben in Cafés und Bars, am Montmartre, der Place Clichy, sie leben auf den Straßen und Plätzen von Paris, mit Frauen, die Geld dafür nehmen, daß sie mit ihnen gehen, mit Huren. Sie feiern das Leben.

„Ihre Stimme war noch bestrickender als ihr Lächeln. Sie war wohltönend, tief und kehlig. Es war die Stimme einer Frau, die sich des Lebens freut und es genießt, die sorglos und ungebunden lebt, entschlossen, sich das Quentchen Freiheit, das sie besitzt, zu bewahren. Es war die Stimme einer verschwenderisch Gebenden."

Er gab ihr ein wenig später „alle Scheine und alles Kleingeld".

Miller, der selbst gleichsam am Rande der Gesellschaft lebt, entdeckt, daß auch die, die ihren Körper verkaufen, noch Menschen sind. Er bekennt sich zu ihnen, den Huren, zu ihrem Milieu: „und was man einmal greulich, schmutzig, unwürdig fand, erscheint einem nun reizvoll, liebenswert und sogar schön."

Er hofft, jenseits vom „Paradies der Werbeagenturen", bei denen das Glück zu finden, die außerhalb der bürgerlichen Gesellschaft das verkaufen, was auch innerhalb ihr schon zum Opfer gefallen ist — Liebe nämlich.

In diesen Mädchen, die sich — sich verkaufend — nur zum Prinzip der bürgerlichen Gesellschaft bekennen, sieht Miller einen ‚Triumph der Ehrlichkeit, den er gegen die ‚Fassadenwelt der Zivilisation' auszuspielen gedenkt.

Freilich sticht diese Karte nicht: denn in den Huren, die ihren Körper als Ware betrachten, manifestiert sich nur am reinsten das Prinzip der Gesellschaft, vor der Miller auf der Flucht ist. Die Ehrlichkeit, die er ihnen zugute hält, ist von der Gesellschaft abverlangt, damit diese sich ‚voller Abscheu wenden' kann; sie ist nur der Preis, den die Gesellschaft verlangt, um ihre eigene Zeche zu zahlen: was ihr zugrunde liegt, das will die Gesellschaft nicht sehen.
Auch Miller sieht es nicht.

Deshalb ist diese Sphäre tabuisiert. ‚Reine Liebe' wird ihr entgegengehalten, eine Liebe, die Miller in der Gesellschaft suchte, aber nicht fand, weil nämlich auch ihr, die herausgehalten werden sollte, widerfuhr, was allem angetan wird: „Das Tauschverhältnis, dem sie durchs bürgerliche Zeitalter hindurch partiell sich widersetzte, hat sie ganz aufgesogen." (Adorno)

Miller übersah, daß die Apologie des Schmutzes auch eben noch bis zur Fabrik reicht, die ihn produziert, daß das Tauschprinzip, dessen Manifestationen er sonst verachtet, auch die noch bestimmt, die sich ihm bekennen.
Wer sich abwendet von der Gesellschaft und sich zu denen bekennt, die sich zu deren Prinzip bekennen, der bekennt sich letztlich auch zur Gesellschaft, wenn auch auf Umwegen.

Dieser Gesellschaft, der das Tauschprinzip konstitutiv ist, kann keiner entkommen. Sie hält auch den, der vor ihr flieht, noch an der Leine. Reservate, Inseln des Glücks, gibt es nicht. Das Glück, das sie verspricht, liegt außer ihr.
Millers Hoffnung, im „Geschlecht die Pforte zum verlorenen Paradies" zu finden, auch diese Hoffnung trügt.
„In der Begegnung der Geschlechter und im Glücksgefühl der Zeugungskraft", schreibt Günter Blöcker über ihn, „hat auch der dem Elementaren entfremdete Städter die Möglichkeit, Erfahrungen jenseits der Bewußtseinsschranken zu machen und in die heiligen Bezirke des Überbewußten einzukehren."

Das ist, fürwahr, ein frommer Wunsch. Denn: „Nicht bloß die objektive Möglichkeit — auch die subjektive Fähigkeit zum Glück gehört erst der Freiheit an." (Adorno)

Der Städter ist schließlich nicht allein dem „Elementaren", was immer das auch sein mag, sondern eben auch sich selbst „entfremdet".

Miller ist, vom Mythos ergriffen, zum Mystiker geworden, der allem „Seele" und „Empfindung" verleiht, und danach glaubt: „Wenn man diese Tatsache erst einmal begriffen hat, kann es keine Hoffnungslosigkeit mehr geben." (Und ob; wie soll man das begreifen?)

Miller verdankt seinen Erfolg nicht nur der Kraft seiner Sprache, seinen beschwörenden Worten, auch der detaillierten Beschreibung des Koitus allein ist er nicht zuzuschreiben; sein Erfolg resultiert vielmehr aus dem Appell an die Hoffnung im Leser, dem, auch durch die Kraft der Sprache, glauben gemacht wird, daß es schon gäbe, was er sich nur erträumt — Glück.

Miller schreibt, im „Lächeln am Fuße der Leiter": „Wir enthüllen und entdecken. Alles ward uns gegeben, wie die Mystiker sagen. Wir brauchen nur die Augen und die Herzen zu öffnen, um eins zu werden mit dem Seienden."
Das ist wahr — nur müssen wir vorher die Welt noch verändern.

Glück auf dem Lokus?
Erst dann, wenn wir die objektiven Möglichkeiten und die subjektiven Fähigkeiten genutzt, wenn wir die Gesellschaft verändert haben.

Glück gibt es heute weder innerhalb noch ‚außerhalb', am Rande der Gesellschaft, es läßt sich auch nicht herbeizaubern.

Glück kann es geben — in einer veränderten Gesellschaft, dann auch auf dem Lokus.

W. Martin Lüdke

Von der Schwierigkeit etwas fortzusetzen

Zweifellos scheint die Forderung nach Reproduktion dessen, was unter der Terminologie Realität existiert (oder existieren könnte) berechtigt. Das ist ein Wollen und Wünschen nicht nur unserer Zeit. — Fraglich ist jedoch, ob man ‚dem sogenannten Leben' näher kommt, indem man sich ihm nähert.
Ich sehe die besseren Möglichkeiten im Abstand zu einer Sache, d. h. je größer er ist, desto günstiger für das was erreicht werden kann, allerdings mit der Einschränkung, daß die Differenz die Grenze des Bewußtseins nicht überschreiten darf. Das muß nicht heißen, daß dem Unterbewußtsein eine zweitrangige Position bei allem, was man macht, zugeteilt wird.
Abstand zu einer Sache: das könnte auch die Verfremdung sein. — Jede Form der Verfremdung trägt zwei Möglichkeiten in sich: A: die Verschleierung, B: die Desillusionierung. Also sind auch solche denkbar, die zwischen A und B liegen, sich von diesen entfernen, auf diese hinweisen.
Ich spreche von Literatur.
Ulf Miehe (Jahrgang 1940) legt im Peter Hammer Verlag Wuppertal seinen ersten Prosaband vor. Titel: „Die Zeit in W und anderswo."
Er macht von der Möglichkeit Gebrauch ‚das sogenannte Leben' abzusehen, abzuhören, abzuriechen, abzutasten und ab- und aufzuschreiben. Das ist zunächst nicht schlecht.
Doch zuvor: wo liegt W, und wie könnte der Ort heißen? — W ist keine Großstadt. — W, das ist für Miehe eine bestimmte Stadt, aber mehr als diese Stadt: eine spezifische Bewußtmachung von Lebensumständen und -fragen, ein für ihn spezifischer Bewußtseinszustand.
Zunächst nur vereinzelt, späterhin öfter, stellen sich mir die Fragen, was denn Ulf Miehe selbst von den Dingen hält, mit denen sich seine Personen befassen, was er selbst zu diesen Personen sagt, die seine Texte bevölkern, was er selbst zu diesen gesagt hat, als er mit ihnen zusammen war. Er war mit ihnen zusammen: das verraten Merkmale des Autobiographischen, die diese Texte durchziehen. — Der Autor weicht aus.
Eine grundsätzliche Frage nach der Funktion von Stilmitteln innerhalb eines Satzkomplexes und Satzsystems ergibt sich beispielsweise bei dem Text „Geschichte einer Geschichte". — Hier wird die, wie es im Klappentext heißt, ‚rhythmisierte, dynamische Sprache' vermeintlich dadurch zustande gebracht, daß zwischen Sätzen, die innerhalb einer Satzfolge nichts vereint als die Idee der Dennochvereinbarkeit, die Interpunktion in der Weise über den Haufen gerannt wird, daß an die Stelle von objektiv notwendigen Schlußpunkten Kommata treten. So, scheint mir, erreicht man Dynamik am allerwenigsten. Sie gehört, wenn ‚materialgerecht' erzeugt, dahin, wo sie eine Funktion bekommt und erfüllt.
Dennoch ist gerade diese Geschichte kennzeichnend für die äußerst präzise Beobachtungsgabe Miehes. Es entgeht ihm kaum etwas. — Gelänge es ihm mit der Fülle der Details über die Phantasie zu Umwandlungen des Aufgenommenen zu kommen, was er, vermutlich aus Scheu vor der Unzumutbarkeit seinem Können gegenüber bewußt vermeidet, so lägen Möglichkeiten vor, die den Autor sehr weit führen könnten.
Was bezüglich der „Geschichte einer Geschichte" zur Präzision des Sehens gesagt wurde, gilt für das Hinhören und Festhalten des Gehörten in der Geschichte „Ein Zufall". — Es wird offenbar, daß Miehe sich entweder der Mühe unterzieht, Dialoge mitzustenographieren oder aber ein erstaunliches Gedächtnis besitzt.
Ein Text, der von seinen Anlagen her nicht in den Band paßt, scheint mir aus folgenden Gründen der schwächste zu sein. — Er heißt „Vampyr", und es steht tatsächlich das drin, was die Überschrift ankündigt. Kein Grund ihn schlecht zu finden. — In dieser Geschichte geht es um eine Frau, die sich von jemandem verfolgt fühlt und feststellen muß, daß sie tatsächlich verfolgt wird, daß dieser Verfolger, als sie ihn stellt, unentwegt auf ihren Hals starrt, *(aha! Vampir!)*, und sie späterhin in der Wohnung heimsucht und fast auf den Tod aussaugt. Ärzte und Polizei sind aber ‚helle', retten das Leben der Patientin, fangen den Verfolger, der ein Vampyr ist.
Dies alles wird so ernst vorgetragen, daß es ernstzunehmen wäre, wäre es nicht so ernst geschrieben, daß man es nicht mehr ernst nehmen kann. — Diese Geschichte ist keine Satire, jedenfalls hat der Rezensent die Symptome, die dafür sprechen würden, nicht entdecken können. Mit unzureichenden Mitteln wird hier ein unzureichender Anachronismus erzählt, der nicht eine Möglichkeit versäumt zu verhindern, daß die Phantasie des Lesers aus dem Rahmen der Geschichte heraustritt. Ich bin nicht unbedingt ein Verfechter von Kunstkniffen, aber in diesem Fall wäre einer sinnvoll gewesen.
Eine Sonderstellung in der Textsammlung Miehes nimmt die dreiteilige Geschichte „Beat" ein. — Man merkt, daß er das Metier kennt; es wird von allen Seiten angegangen, die sich anbieten; insbesondere der Schluß des ersten Drittels und das zweite Drittel überzeugen durch den einschlägigen Jargon.
Leider schleicht sich auch hier Unbehagen ein, weil es keines einzigen Denkvorgangs von seitens des Lesers bedarf, um über das, was behandelt wird, ‚hinauszukommen'. Es steht ‚alles' da. Es wird nichts ausgespart. Es könnte weitergehen. Man könnte mit dem Schlagzeuger, der Hauptperson dieser Geschichte, ‚mitfühlen', wenn alles etwas sparsamer geschrieben wäre. In der Auswegslosigkeit, der sich dieser Schlagzeuger nach anfänglichen, dann jedoch ausbleibenden Erfolgen im Show-Geschäft gegenübersieht, zeichnet sich die Auswegslosigkeit des Textes, diesen Zustand darzustellen, ab, was im Grunde fast wieder als Positivum anzuzeigen wäre.
Der mit Abstand interessanteste Text steht als vorletzter im Band: „An der Haltestelle". — Hier tritt der Autor aus seiner Ich-Position heraus und präsentiert so etwas wie einen Möglichkeitsmonolog, immer noch teils - autobiographisch, aber vom Wortmaterial her ökonomischer, rationeller, kühler und mit gezügeltem Abstand vorgetragen.
Mit dieser Art zu arbeiten, sollte Ulf Miehe eventuell experimentieren. Es könnte dazu führen, daß er sich von persönlichen Zwängen freimacht und auf seinem Schreibfeld Neuland findet.
Während ich dies fixiere, sehe ich mich gezwungen, ein Urteil zu revidieren. — Der beste Text im ersten Prosaband von Ulf Miehe ist sehr wahrscheinlich doch die Titelgeschichte „Die Zeit in W und anderswo". Trotzdem ist die zuvor als interessanteste eingestufte „An der Haltestelle" die interessantere. — Es gibt also in dem Band zwei Texte, die gleichwertig, trotz unterschiedlicher Machart, an der Spitze stehen.
Die Titelgeschichte ist diejenige, die vermuten läßt, daß Miehe in der Lage ist, längere Erzählungen als die in diesem Buch vereinten zu schreiben, ohne zu langweilen, in einem Sprachterminus und -gestus, der dem Inhalt durchaus adäquat sein wird. Diese Möglichkeit sollte der Autor aufgreifen.

GGN

Zum Sonderpreis von DM 5,- in allen Buchhandlungen, an vielen Kiosken

Kursbuch 13 1968

Die Studenten und die Macht

Bahman Nirumand:
Die Avantgarde der Studenten im internationalen Klassenkampf

Bernhard Schütze:
Widerstand an Spaniens Universitäten

Carlo Donolo:
Theorie und Praxis der Studentenbewegungen in Italien

Dossier 1:
Studenten in Prag

Dossier 2:
Warschauer Bilanz

Heinz Rudolf Sonntag:
Versuch über die lateinamerikanischen Universitäten

X.X.:
Brief aus Brasilien

Dossier 3:
Politische Kriegsdienstverweigerung am Beispiel Norwegens und der USA. Zusammengestellt von Hans Magnus Enzensberger

Walter Kreipe:
Studenten in Frankreich Hintergrund u. Potential einer politischen Bewegung

Oskar Negt:
Studentischer Protest — Liberalismus — „Linksfaschismus"

Hans Magnus Enzensberger:
Berliner Gemeinplätze (Supplement)

Adressen Progressiver Studentenverbände

Anzusehen im Taschenbuchladen Naacher im Studentenhaus Jügelstr. 1

Suhrkamp

DIE BLÜTENWEISSE PRACHT

Günther Guben

Das ist nun länger her. Jetzt schiebt er das Rennrad, Marke Peugeot, ins Zimmer.

VIELE LEUTE.

Herrlich, dies Fahrrad, sagt er und fährt eine Runde. — Ein Lederrock, gespannt und gefaltet, vor den Speichen des Vorderrads. — Gegenlicht. — Ein grünes Chaiselongue. Klingeln. Türglocke oder Telephon. Wein, der zu gut schmeckt. Was machen wir jetzt, fragen einige.

DER GASTGEBER

sagt: wir spielen das Kartoffelspiel, und holt eine Kartoffel und dann mehrere, und es sind gute Bilder, und schneidet sie so zurecht, daß man hindurchkriechen kann, und die ersten kriechen hindurch, und als die Mädchen drankommen, schneidet man sie so zurecht, daß sie hindurch können und man hindurch kann und alles lacht.

DIE MÄDCHEN,

und eine neue Platte aufgelegt und Pinguine aus Plastik. Eingesteckt und draufgesetzt oder draufgesetzt und eingesteckt und gucken: die Bluse offen und zwei nette kleine Brüste liegen sehen: Körbchen voll und das Bild fixieren, sich merken; die Aufzeichnungen werden ohnehin kaum zu entziffern sein.

WO NICHTS IST

und also alles offen, alles möglich, somit alles ist, da will ich sein.
Wenn ich unterstellte, daß dort alles ist, wo etwas ist oder sein könnte, so bliebe offen, was ohnehin offen sein oder bleiben könnte. Alles kann demnach nichts und nichts alles sein.
Diese Ausgangsposition ist günstig. Sie läßt alles offen und macht alles möglich. — Den Fortgang dieser Geschichte.

DER FORTGANG DIESER GESCHICHTE:

der zu erwartende Schneefall. — — Aber nicht eingetreten. Wir kennen uns kaum, aber wir haben einige gute Meinungen voneinander. — Vorbei sind die Zeiten der strengen einfarbigen

MIEDER UND HEMDCHEN.

Da sitzt sie, die reine, die kleine, sterile Pracht:

BLUMEN

blühen im Sommer nicht nur im Garten, sondern auch in verschwenderischer Fülle auf seidenweicher Unterwäsche. ‚Flower-Time hat auch das „Kleid darunter" ergriffen.' — Darunter ergreifen sie etwas, das wegen mangelnder Helligkeit nicht ganz zu sehen ist, aber von verschwenderischer Fülle kann mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit gesprochen werden.
Ich möchte den Fortgang nicht unnötig hemmen, die Aufmerksamkeit nicht über Gebühr in Anspruch nehmen. Ich werde ablenken und sagen:

ERZÄHL MIR WAS

von Mister Duncan aus Southampton, der die Feuerlöschbombe, die humane Flugzeugbombe erfand, und ich werde sagen: ich kann nichts erzählen. Ich weiß nichts. Ich besitze nur die alte Photographie, und auf der sieht er recht passabel aus. Aber natürlich ist es möglich, daß er den II. Weltkrieg noch erlebt hat. Und ich werde sagen: der II. ist uns noch in Erinnerung. Eine böse Erinnerung, eine, von der man erwartet, daß sie böse sei, besonders bei Jugendlichen, die gehe das an, und ich werde sagen: was soll ich da sagen? Ich kenne Texte von Vaterlandsliedern: eines fängt so an:

Gott erhalte Franz den Kaiser,
unsern guten Kaiser Franz!
Hoch als Herrscher, hoch als Weiser
steht er in des Ruhmes Glanz;
Liebe windet Lorbeerreiser
ihm zum ewig grünen Kranz.
Gott erhalte Franz den Kaiser,
unsern guten Kaiser Franz!

ein anderes so:

Fest und unerschütterlich wachsen unsre Eichen,
mit dem Schmuck der grünen Blätter
stehn sie fest in Sturm und Wetter,
wanken nicht noch weichen,
wanken nicht noch weichen!

Das sollte reichen! — Das ist nun vorbei. Das ist länger her. Das ist noch da, schon wieder, noch da. Noch da:

DER RADFAHRER.

Er stellt sich auf den Kopf, läuft auf den Händen herum, verläßt auf den Händen das Zimmer, springt auf den Händen die Treppe hinunter, verläßt auf den Händen laufend das Haus, läuft auf den Händen die Straße entlang bis zum Platz der Republik, läuft auf den Händen, läuft mit den Händen an der Front des Polizeipräsidiums hoch, turnt da eine Weile und läßt sich zunächst erwischen.
Nach dem Festhalten der Personalien besorgt er sich ein Kilo Seifenpulver, schüttet es in den Brunnen vor dem Theater und läßt sich schnappen.
Nach dem Festhalten seiner Personalien auf einer anderen Polizeiwache wird er zunächst wiederum freigelassen. Er besorgt sich weiße Nelken und klebt, nachdem er sämtliche Stiele entfernt hat, an einer anderen Stelle der Stadt mit den Blüten ein Hakenkreuz auf die Schaufensterscheibe einer Wäscherei mit Weichwasseranlage. Er läßt sich fassen, und nachdem man seine Personalien festgestellt hat, setzt man ihn zunächst wieder auf freien Fuß.
Danach kommt ihm der Einfall sich nackt auf den belebtesten Platz der Stadt zu stellen, bis die Polizei kommt und ihn in Gewahrsam nimmt. — Später gibt er zu Protokoll, er könne sich an nichts mehr erinnern.
Das sind so

UNSERE GESCHICHTEN.

Es fehlen lediglich der Kamin und die alte Zeit. Als dieses Bild entstand, um 1905: im Garten, bei bedecktem Himmel, vor dem Fenster in der Rückseite des herrschaftlichen Hauses; rechts und links davon kräftige Lattengerüste mit den Stämmchen, dem Gezweig der Spalierbäume; es ist kühl, und die Familie hat sich warm angezogen: Mutter und Vater ohne den bekannten Ausdruck des Stolzes im Gesicht sitzend im Zentrum. Auf dem linken Knie von Vater sitzt Elisabeth, mit 10½ die Jüngste, in einem Matrosenkleid. Den Daumen ihrer rechten Hand hält sie mit den Fingern umschlossen. Ihr Gesicht, dessen rundes, kräftiges Kinn Entschlossenheit verrät, verdeckt zu etwa einem Viertel das des Vaters, der als einziger der Familie nicht in das Objektiv der Kamera blickt. Stark zurückliegender Haaransatz, gefurchte Stirn, zwei senkrecht stehende Falten über dem Nasenbein, Kneifer, Spitz- und Kinnbart geben ihm ein Zola ähnliches Aussehen. Seine linke, starke Hand hält liebevoll Elisabeths Taille umfaßt. Über den beiden Klara mit über den Ohren zu Schnecken geflochtenem Haar, Mittelscheitel und schwarzem Samtband, etwas einfachen, nicht gerade dümmlichen Gesichtszügen und einer für ihr Alter schon gut ausgebildeten Büste, und Walter, der als einziges von den Kindern eine Brille trägt, in einem saloppen Röhrenanzug steckt und verschlagen aussieht. Er macht den Eindruck, als tue er in der Schule nur das Notwendigste, bringe aber beispielsweise für den Beruf des Kaufmännischen günstige Anlagen mit. In gleicher Reihe mit diesen stehend Alfred, der Älteste, intelligent und sensibel aussehend und Almuth, die zweifellos eine Göre ist. Unterhalb von Alfred sitzt rechterhand von Vater die Mutter, eine einfache und energische Frau, der man ansieht, daß das Leben für sie nie glatt verlaufen ist, und, rechts vor ihr stehend Lotte, die Zweitjüngste mit einem Gesicht, das sehr offen wirkt und alle Möglichkeiten einer noch zu entfaltenden Persönlichkeit in sich trägt. Bei Alfreds Enkel sind wir

ZU GAST.

Eine Menge Leute. Zufällig zusammengekommen. Einige haben andere mitgebracht. So kann man das machen. Das geht wenn einige sich kennen.
Zwei Pinguine sind inzwischen geplatzt. Der größte Teil der Möbel weiß gehalten. Zu wenig Aschenbecher. Ein Glas zu viel. Die andern, wir, die andern und wir, wir und die andern, die andern

UND ANDERE.

Gespräche. — Das sind unsere Gespräche. In Wirklichkeit sieht es anders aus: der Gastgeber holt sich sein Rennrad und umfährt Tisch und darum versammelte Gäste dreiunddreißig Mal. Sechzehn Mal rechts-, siebzehn Mal links herum. Warum er das tut, erklärt er: das Zimmer ist zu klein, als daß ich geradeaus fahren könnte.

Und die Musik und was die anderen, was einige machen, was für sie alles ist oder zu sein scheint, damit angefüllt der Raum, und hinblicken, hellwach oder schläfrig, alle Sinne gereizt. Er sagt, und alle scheinen zu glauben er sage es, niemand ist sicher — die Umstände sind so — daß ers nicht selbst sagt, sich einredet oder andern: der

SCHNEEFALL

ist erfolgt während wir wegwaren, aber auch das ist nicht sicher, die Erwartung hat sich erfüllt: auf! In die Kleider geworfen, die Pferde geschirrt und eingespannt in die Schlitten! Auf zur Petersburger Schlittenfahrt! Auf! Den Coitus unterbrochen oder beendet, auf: es könnte sein, daß wir uns täuschen. Neuschnee läßt sich nur einmal schänden. Die Pferde ziehen gut, man fühlt sich wohl. — Eine klare Sternennacht. Alles ist wie in alten Geschichten. Der Kutscher knallt mit der Peitsche, es ist kalt, Pferdedecken und Pelze wärmen eine Zeit, die Flasche geht reihum, in den Laternen flackern Kerzen, die Pfeife schmeckt, einer beginnt zu erzählen: man hört das Heulen der Wölfe, die Wölfe kommen und werden vertrieben. Unweit von Jasina an der schwarzen Theiß schlägt uns der Schlitten um. Der Kutscher schreit was von Knoblauch und Bärendreck. — Weicher, trockner Schnee.

Ich grabe mich aus. Ich stehe auf. Es fällt mir schwer. An dem Zaun vor mir hängt ein Schild. Ich lese. Es fällt mir schwer. Ich bin nicht sicher auf den Beinen. Es ist glatt. — Verband der Wellpappenindustrie. — Ich habe ihn abgestreift. — Mein Arm ist frei.

Mein Sohn/Otto Muehl

ich habe nie kinder mögen, wie angenehm überrascht war ich als mir meine frau einen sohn schenkte: es war ein CONTERGAN-baby mit schwimmflossen und kiemen.
er hätte große idiotenaugen gehabt, wäre er ein mensch gewesen. aber mein sohn war offensichtlich ein fisch und so war die sache in ordnung.
mein sohn hatte am steiß eine mächtige aufrechtstehende flosse.
arme und beine waren vollkommen verkümmert. ich hatte meinen sohn vom ersten augenblick an gerne.
er konnte nicht schreien, sondern nur pfeifen und husten.
er mußte vom ersten tag an ins wasser. zuerst hielten wir ihn in der Badewanne. dann baute ich für ihn ein riesiges aquarium mit vielen wasserpflanzen.

mein sohn war knallrot, wenn er sich ärgerte wurde er violett.

seine haut war durchsichtig wie plastik. man konnte seine atmung und verdauung studieren, ein großartiges wunder. sein körper war weich und gallertartig.

er hatte nur knorpel und gräten er war sehr scheu. wollte man ihn streicheln, so betätigte er seine mächtige schwanzflosse und verschwand für einige zeit in der aufgewirbelten sandwolke.

mein sohn hatte guten appetit, er erreichte schließlich die stattliche länge von 3 m.

oft lag er stundenlang am grund des aquariums er verfolgte aufmerksam jede bewegung, die wir machten.

wir ließen ihn auf den namen JESUS taufen.

Die humane Verfassung und der herzförmige swimming pool/Peter Weibel

Ein Märchen für den Andromeda Nebel

Es waren einmal eine Verfassung und ein swimming pool, die lagen den ganzen Tag in der Sonne, sofern sie schien. Ihre Lage war glücklich, denn sie lagen im Zentrum.

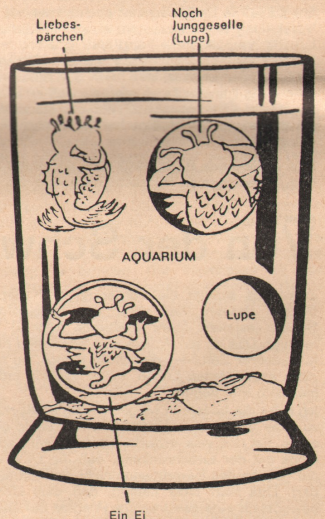
Die Verfassung war so human wie der swimming pool herzförmig.

Die herzförmige Gestalt des swimming pool hatte allerdings nichts mit seinem Inhalt zu tun. Sein Inhalt war Wasser, nicht das Herz. Die Herzförmigkeit des swimming pool war gut für das Herz, für das Auge und das Gemüt, vor allem für das Auge, das auf äußere Zierde leicht anspricht. Sie erfreute das Auge durch ihre wirklich wohlgeformten Bögen. Die Bögen erinnerten an das Herz. Der Gedanke an das Herz wiederum rührte das Gemüt.

Der humanitäre Klang der Verfassung hatte jedoch nichts mit ihrem Inhalt zu tun. Ihr Inhalt waren Gesetze, nicht die Menschheit. Die Humanität der Verfassung war gut für die Menschheit, für das Ohr und das Gemüt, vor allem für das Ohr, das auf zierliche Äußerungen leicht anspricht. Die Humanität der Verfassung erfreute das Ohr durch ihre wohlklingenden Töne. Die Töne erinnerten an die Menschheit. Der Gedanke an die Menschheit wiederum bewegte das Herz.
Es waren einmal eine Verfassung und ein swimming pool, die lagen den ganzen Tag in der Sonne, denn die Sonne schien immer. Gemüt und Herz kamen zu ihrem Recht, weil Recht herrschte. Wasser war da zum Schwimmen und eine Verfassung zum Leben. Wer den Gesetzen des Wassers gehorchte, schwamm.
Wer nicht den Gesetzen des Wassers gehorchte, schwamm eben nicht.
Wer den Gesetzen der Verfassung gehorchte, lebte. Die Menschheit taugte für Gesetze. Sie gehorchte und lebte von A bis Z.
p. s.
Wer nicht den Gesetzen der Verfassung gehorchte, lebte eben nicht.

Ein Ereignis ersten Ranges! Und das ganze Theater daheim!

Möchten Sie eine See-Affenfamilie betreuen?



Sie ist während der ersten 5 Minuten ungeboren. Legen Sie aber bitte die kleinen Eier ins Wasser, und sehen Sie durch die eingebauten Lupen der Aquariumwand, wie sie bebrütet werden – eine nach dem anderen, bis nach 5 Minuten das Wasser von kleinen, neugeborenen Wesen förmlich wimmelt!
Geben Sie ihnen ein paar Gramm Futter einige Male wöchentlich – und sehen Sie sie wachsen und gedeihen! Sehen Sie mal, wie die „Jungen" die „Mädchen" jagen und wie sie sie necken! Sehen Sie dann, wie sie sich vermehren! – Eine ganz neue, faszinierende Welt wurde in Ihrem Heim geboren – eine Welt von Familien bevölkert, deren Wohl und Wehe **von Ihnen** abhängt!
KEINE EIGENTLICHE BETREUUNG erforderlich! Geben Sie den Tieren nur Futter in geeigneten Mengen, und füllen Sie je nach Verdunstung neues Wasser ins Aquarium! Das ist aber auch **alles!**
WAS IST EIN SEE-AFFE? – Wenn jemand Sie fragte, ob Sie einen Seeaffen gesehen hätten, würden Sie wahrscheinlich lachen und antworten: „Das ist doch ein Märchentier"! Und ein Blick ins Nachschlagewerk „Brehm's TIERLEBEN" hätte Ihnen diesen Glauben nicht genommen, denn auch dort finden Sie keine Zeile über die Seeaffen. – Weder das eine noch das andere Ergebnis Ihrer Nachforschungen überrascht uns aber, denn Tatsache ist, daß der Seeaffe etwas GANZ NEUES ist – ein lebendes Wesen **von Menschen geschaffen,** oder präziser ausgedrückt, von amerikanischen Forschern.
Diese Wesen sind lebhaft wie wilde Schimpansen und haben genauso wie diese einen langen Schwanz – und in dem Büchlein, das das Aquarium begleitet, können Sie auch lesen, wie Sie sie dazu veranlassen können, Ihren Befehlen und Zeichen zu gehorchen – sich also so zu benehmen, als ob sie dressiert wären! – Im Hinblick auf die hier erwähnten Ähnlichkeiten haben die Forscher die Tierart ausgerechnet SEA-MONKEY getauft, oder zu Deutsch: SEE-AFFE. Es gäbe sehr vieles mehr über die Seeaffen zu erzählen, wie sie sich benehmen. Erst wenn Sie sie wirklich besitzen und sie betrachten können, haben Sie schließlich die echte Freude daran, die spannende Geschichte von den Seeaffen zu lesen – und diese Geschichte begleitet, wie gesagt, das Aquarium und seine Bewohner.
Durch die in den Aquariumwänden eingebauten Lupen können Sie erkennen, wie die Eier bebrütet werden, und somit können Sie auch vom ersten Tag an der Entwicklung der kleinen neugeborenen Wesen folgen – was freilich mit bloßem Auge schwierig oder gar unmöglich gewesen wäre.

WOLLEN SIE ETWAS SEHEN, das Sie früher niemals sahen?
WOLLEN SIE ETWAS BESITZEN, was Sie früher niemals besaßen?
Dann leisten Sie sich eine Seeaffenfamilie!

Merken Sie dann, wie Sie sich jeden Tag nach Hause sehnen, um nachzugucken, wie es Ihren lustigen Wundertieren geht – wie sie gedeihen, wie sie sich amüsieren und wie sich ihr „Familienleben" gestaltet.

GARANTIE: Wir gewähren Ihnen volles Rückgaberecht, vorausgesetzt, daß der ganze Satz (Aquarium, Eier und Futter nebst Broschüre) innerhalb von 3 Tagen in intaktem Zustand zurückgesandt wird.

Wenn Sie verwöhnt sind mit technischen Spielen aller Art und vieler dieser kunstvollen Dinge überdrüssig, dann nehmen Sie eine See-Affenfamilie auf, die Ihnen und Ihren Kindern eine ganz außergewöhnliche Unterhaltung und Freude bereiten wird!

An die Firma SAUERBIER BROS & CO. (OPPP NACHF.), 1 Berlin 31, Paretzer Straße 10

Ich bestelle hiermit einen Aquariumsatz mit folgenden Teilen:

Je 1 Stück Aquarium mit eingebauten Lupen, Beutel mit Seeaffen-Eiern, Beutel mit Seeaffen-Futter, Beutel mit lebendem Plasma, Handbuch und Geschichte der Seeaffen,

alles zu einem Preis von DM 24,95 + Porto. – Ich behalte mir das Recht vor, alles innerhalb von 8 Tagen in unberührtem Zustand zu retournieren, in welchem Fall Sie sich dazu verpflichten, den vollen Betrag (außer Porto) zu erstatten.

Name: ..... Unterschrift: .....

Postleitzahl: ..... Postort: ..... Straße: .....

¡Venceremos!

Allgemein gesehen, bietet „Viva la Revolución Cubana" nützliches Material, zumindest für den westdeutschen Leser, der auf der Suche nach Informationen über Kuba mit zwei Grundmöglichkeiten konfrontiert wird: a) der Wortverdrehung und b) der freien Interpretation, zu der auch die partiell romantische Rechtfertigung und Unterstützung — je nach der Ebene des ‚linken' Bewußtseins — einiger Gruppen gehört, die in Kuba die ‚Insel der Freiheit' sehen. Hierbei wird man den Verdacht nicht los, daß sie bei dieser Definition nicht daran denken, daß Kuba das erste befreite Land in Lateinamerika ist, sondern daß es das einzige sozialistische Land sei, in dem Freiheit existiere, womit man einen eleganten Manipulationsversuch durchführt. Dieses Kriterium, das von einem Teil der ‚neuen Linken' in Europa und einigen lateinamerikanischen Gruppen vertreten wird, scheint sich auch in Mandels Artikel anzudeuten, und zwar insofern, als hier eine irrtümliche Information sich mit falschen Interpretationen vereint. D. h., neben dem rein informativen Material sind Mandels historisch-ideologische Betrachtungen dafür symptomatisch. An zwei Punkten in Gisela Mandels Artikel (DISKUS, Nr. 3, 1968) soll das aufgezeigt werden.

¡Venceremos!

Gisela Mandel meint, daß der Mangel an allen Arten von Waren (gegenwärtig öffnen einige Geschäfte nur ein bis zweimal pro Woche, weil sie nicht mehr zu verkaufen haben) primär auf die nordamerikanische Blockade zurückgeht, aber auch darauf, daß „die Hilfe der sozialistischen Länder nicht ausreicht". Das Argument ist gebräuchlich und beinhaltet eine seltsame Art von umgedrehtem Paternalismus.

(In diesem Fall gibt es zwei Möglichkeiten: Unverständnis gegenüber einer revolutionären Wahrheit oder aber der Gebrauch einer objektiven Schwierigkeit zur Diskreditierung des gesamten sozialistischen Lagers.) Zunächst gälte es, semantische und dann methodologisch zu präzisieren: Was versteht Gisela Mandel unter ‚Hilfe'? Warum müssen die Schwierigkeiten durch ‚Hilfe' behoben werden, und nicht durch eigene Anstrengung?

Kuba unterhält wirtschaftliche Beziehungen zu mehr als 50 Ländern. Nach den Daten der Zeitschrift ‚Comercio Exterior' (Außenhandelsministerium, Kuba, Nr. 2, April-Juni 1964) schlüsselte sich der kubanische Außenhandel im ersten Quartal dieses Jahres wie folgt auf: Sozialistische Länder 68%, halbkapitalistische Länder (z. B. Algerien, Spanien, VAR, Marokko) 13%, Länder mit konvertibler Währung 19%. Nach Ländern bedeutete das: Sowjetunion 40%, VR China 11%, Spanien 6%, CSSR und Japan 5%, Marokko und England 4%, DDR 3%. „Der Zucker und seine Nebenprodukte stellten 88,5% des Gesamtwertes der Exporte dar, die Minerale 5,5% und der Tabak 4,1%. Die übrigen Verkäufe (1,9%) bestanden aus Nahrungsmitteln, alkoholischen Getränken, Fasern und Bienenhonig" (‚Tres Continentes', La Habana, 1966). Es wäre also nützlich, zwischen Wohltätigkeit und Handel zu unterscheiden. Die Republik Kuba *bezahlt* alles, was sie erhält. Man muß allerdings erläutern, daß der Weltmarktpreis für Zucker 1,94 US Cents pro Pfund beträgt, daß die Sowjetunion jedoch einen auf sechs Jahre anberaumten Handelsvertrag abgeschlossen hat, nach dem sie ihre Importe von 2 100 000 TM im Jahre 1965 bis 1970 auf 5 000 000 TM zum Festpreis von 6 US Cents steigern wird (da es sich selbstverständlich um Bezahlung in Naturalien handelt, in diesem Fall Zucker für den Ankauf von Maschinen, müßte man erst sehen, ob es aufgrund der Technologie für Kuba wirklich günstiger ist, an die SU für 6 Cents zu verkaufen, als beispielsweise an Frankreich für 1,94. Aber das ist eine andere Frage). Was man also ‚Hilfe der sozialistischen Länder' nennt, ist nichts als eine Formel. Umso erstaunlicher, daß Mandel sie benutzt. (Darüber hinaus wäre auch zu analysieren, wer in der Welt von heute wem hilft, nicht so sehr auf ökonomischem, als auf moralischem und ideologischem Gebiet: soweit ich weiß, tragen die Arbeiter und vor allem die Studenten, wenn sie auf die Straße gehen, nicht das Portrait eines sowjetischen Funktionärs in ihren Händen, sie denken nicht an den Lebensstandard oder die sozialen Sicherheiten in den sozialistischen Ländern Europas — sie denken an Vietnam, an Afrika, an Kuba und Lateinamerika, sie denken an die *realen*, nicht die diplomatischen Konfrontationen mit dem Imperialismus, an die Zentren der Weltrevolution. Das ist die prinzipielle Hilfe, die die internationale kommunistische Bewegung von jenen erhält, die nichts zu geben haben, und trotzdem alles geben.)

Die Nahrungsmittelschwierigkeiten des kubanischen Volkes, die in der letzten Zeit ernst geworden sind und mit keinem anderen Land der sozialistischen Welt verglichen werden können, haben nichts mit der potentiellen Hilfe des sozialistischen Lagers zu tun. Mandel übergeht dabei, daß dies weder ein Außenhandels- noch ein Problem sozialistischer Politik ist, sondern eines der Innenpolitik. Kuba ist allein (aber seine Isolation kann man nicht nur den beiden sozialistischen Großmächten anrechnen), und seine Regierung hat keinen Grund, die Bevölkerung daran zu gewöhnen, daß sie von anderen bekommt, was sie braucht. Bis 1959 lieferten die Vereinigten Staaten 75% der kubanischen Importe und erhielten 66% der Exporte (die zum größeren Teil von den nordamerikanischen Filialen auf der Insel produziert wurden): Die Abhängigkeit war vollkommen. Würde Gisela Mandel vielleicht vorschlagen, diese Abhängigkeit jetzt zu ersetzen, selbst wenn es sich um eine solidarische handelte? Es geht daher nicht um das ökonomische Problem, die Unterentwicklung zu überwinden, neue Produktionsquellen zu schaffen und neue Märkte zu erschließen; es ist vor allem ein moralisches Problem, denn „unsere Freiheit und ihre tägliche Verteidigung tragen die Farbe des Blutes und verlangen riesige Opfer. Unser Opfer ist bewußt, ein Beitrag zu der Freiheit, die wir aufbauen" (Che).

Gisela Mandel zitiert Fidel („Wir lieben unser Vaterland, aber wir lieben vor allem die Menschheit. Wir können nicht im Sozialismus leben, wenn in Brasilien und in Indien Millionen hungern") um auszudrücken, daß ein wirklicher Revolutionär nicht den Sozialismus genießen kann, während Menschen wie er in anderen Teilen der Welt hungern müssen.

Die Autorin betont, daß Fidel seit Lenin und Trotzki der erste Führer eines Staates ist, der dies offen ausspricht (in Wirklichkeit haben es — vor ihm oder zur gleichen Zeit wie er — Lumumba, Ho-Tschi-Minh, Kim-Il Sung, Mao Tse Tung, Kwame Nkrumah und Ben Bella gesagt) und — im offenen Widerspruch zu diesem Satz — zieht sie daraus eine Schlußfolgerung, die hinter einer enthusiastischen Lobrede eine schwere Wortverdrehung verbirgt: „Kuba ist das erste sozialistische Land, welches einen seiner wichtigsten Führer, Che Guevara, ins Ausland geschickt hat, um dort den Befreiungskampf zu führen." Gisela Mandel meint offenbar, daß Major Ernesto Guevara aus politischem Interesse, umstandsbedingter Nützlichkeit oder persönlicher Sicherheit 1965, in seinem Abschiedsbrief an Fidel, gelogen hat („andere Länder der Erde brauchen den Beistand meiner bescheidenen Kräfte. Ich kann tun, was Dir wegen Deiner Verantwortung gegenüber Kuba versagt ist. Die Stunde unserer Trennung ist gekommen."), daß Fidel an dem Tag log, an dem sich das Zentralkomitee der neuen Kommunistischen Partei Kubas zusammensetzte und er diesen Brief verlas, und daß er am 15. und 18. Oktober 1967 wieder log, als er der Bevölkerung offiziell mitteilte, daß die Nachricht von Major Guevaras Tod wahr sei („selbst wenn man durch den Zweifel einen Vorteil bekäme, so waren die Lüge, die Furcht vor der Wahrheit, die Mitwirkung an irgendeiner falschen Illusion niemals Waffen der Revolution"). In seiner Fernsehansprache am 15. Oktober sagte Fidel: „Wir hätten ihn viel lieber als Schöpfer der großen Siege der Völker gesehen, denn als Vorläufer dieser Siege." Wenn man Mandels Schlußfolgerung akzeptiert — möglicherweise haben viele Leser das getan —, wie könnte man dann diese Worte des Führers der Revolution interpretieren? Und die persönlichen Zeugnisse, jenes von Haydée Santamaría, jenes der heldenhaften Guerillera Tania (Tamara Bunke, geboren in Buenos Aires, aufgewachsen in der DDR, wurde in Kuba zu revolutionärer Tätigkeit ausgebildet und starb kurz vor Che in Bolivien), derjenigen, die sich Che in verschiedenen Ländern anschlossen, bevor er gemeinsam mit den Brüdern Peredo die Nationale Befreiungsarmee in Bolivien organisierte? Gisela Mandel könnte auch von den in Bolivien gefallenen kubanischen Offizieren sprechen — d. h. von Che Guevaras Freunden, die ihn begleiteten — womit sie in gutem Glauben den Böswilligen überzeugende Argumente liefern würde. Obwohl Gisela Mandels Argumentation ehrlich ist, so erinnert sie seltsamerweise doch an den argentinischen Theoretiker und Publizisten Adolfo Gilly, der in einer Polemik gegen Fidel („Marcha", Montevideo, 18. 2. 1966) fragte: „Was haben sie mit Guevara gemacht?" und natürlich seine eigene Deutung hinzusetzte: „Che verließ Kuba wegen seiner Differenzen mit Fidel." Gilly ist nicht nur Argentinier und Publizist, er ist auch Trotzkist, und seine Überlegung ist ein Vorwand. „Differenzen" (in Anführungszeichen), sicher: Che, wie Fidel, wie jeder lateinamerikanische Revolutionär haben von jeher den Wunsch gehabt, die Revolution möge sich auf die anderen Länder des Kontinents ausdehnen (ohne sie jedoch führen zu wollen, ohne ihr Normen aufzuzwingen), damit der Traum von Bolívar und Martí Wirklichkeit werde — „Unser Kampf ist nicht nur für Kuba, sondern für alle Arbeiter und Ausgebeutete der Welt. Unsere Grenzen sind moralischer Natur, und solche der Klassen" (Gruß des ZK der KP Kubas an den XXIII. Kongreß der KPdSU). Ernesto Che Guevara — übrigens das einzige Mitglied der Regierung und der Leitung der PURSC, das außerhalb von Kuba geboren war —, der davon träumte sein eigenes oder andere Länder zu befreien („Dann lasse ich Dich von dort aus rufen", sagte er zu Haydée Santamaría in der Sierra Maestra), tat das, was Fidel wegen seiner „Verantwortung gegenüber Kuba" versagt war. Tania ging noch vor ihm, sie trug dazu bei, daß der Prozeß in Bolivien wirksam ins Rollen gebracht wurde (es gelang ihr auch, sich im Pressesekretariat des Präsidenten Barrientos beschäftigen zu lassen), und weder sie, noch Che, noch einer der gefallenen heldenhaften kubanischen Guerilleros, noch einer der drei, die nach Kuba zurückkehren konnten, erfüllten einen Befehl der Regierung. Sie erfüllten eine moralische Aufgabe der Solidarität mit Che, den sie brüderlich liebten, und des Internationalismus gegenüber anderen Völkern, für deren Befreiung zu sterben lohnt.

Für jene, die sich darum bemühen, die Revolution zu einem alltäglichen Gefühl zu machen, zu einem Pulsschlag, einem Atemzug, zu einer Umarmung und einem befreienden Schuß — für sie behält Gisela Mandels Satz einen bedauerlichen, beinahe grotesken Akzent. **Franco Mogni**

Überall Studenten überall

Kursbuch 13,

Die Studenten und die Macht,

Suhrkamp, Frankfurt 1968, 5,— DM

Der Band versucht „einen ‚Überblick über die Studentenbewegungen in aller Welt" (202) zu geben. Seine Redaktion stieß dabei auf die objektiven Schwierigkeiten mangelnder Kommunikation, der sie gerade abhelfen wollte, und eines Mangels historisch-analytischer Aufarbeitung der Praxis und der Theorien der Studentenbewegungen durch diese selbst, der damit zusammenhängt, daß sie nur Ansätze einer eigenen Öffentlichkeit haben.

Die Unzulänglichkeiten dieses Bandes sind weitgehend darauf zurückzuführen. Es fehlen Beiträge insbesondere zur amerikanischen, englischen und japanischen Studentenbewegung. Über die Studenten in Prag und Warschau konnten nur mehr oder weniger begriffslose, chronologische Dossiers hergestellt werden. Die Beiträge über Italien (Carlo Donolo) und Frankreich (Walter Kreipe) scheinen die besten dieses Bandes zu sein, weil sie im Gegensatz zu den Beiträgen über Spanien (B. Schütze) und Lateinamerika (H. R. Sonntag) Organisationsprobleme und politischen Kampf der Studenten in systematischem Zusammenhang diskutieren. Schützes Beitrag hat mehr den Charakter eines Dossiers, der erst auf den letzten Seiten Organisationsprobleme anschneidet. Sonntag hat überhaupt ein anderes Thema, das Verhältnis zwischen Universität und Gesellschaft sich vorgenommen, das er typologisch in verschiedenen Stadien der „Entfremdung" begreift. Besser ist da noch der kurze Brief aus Brasilien, weil er wenigstens konkret über den studentischen Kampf berichtet. Die Heterogenität der Beiträge wird in Nirumands Gesamtstrategischer, Globalanalytischer, Weltweiter Theorie über die „Avantgarde der Studenten im Internationalen Klassenkampf" abstrakt vermittelt („studentische Revolten brechen in allen Ländern der Erde aus, die historisch-objektiv an der Schwelle einer Revolution stehen" (3)). Dieser Kraftakt spiegelt auf unreflektierte Weise die Schwierigkeiten dieses Kursbuches wieder. Er löst sie, in dem er über sie hinweggeht. Stattdessen hätte ein Aufsatz geschrieben werden können, der einmal die Bedeutung Vietnams und Kubas für die westeuropäischen Studenten und zum anderen gemeinsame Ursachen, Protestformen und politische Ziele der westeuropäischen Studenten hätte diskutieren können. Auf das erste Problem geht Oskar Negts Aufsatz nebenbei ein, der neben Enzensbergers „Berliner Gemeinplätzen" über den neuen Faschismus in der Bundesrepublik etwas aus der Gesamtkonzeption herausfällt. Er liefert einen plausiblen theoretischen Zugang zu den Ursachen des blockierten Verständnisses der Liberalen für die Studentenbewegung.

Rainer Roth

Zweimal Verständnis

Mao Tse-tung,

dargestellt von Tilemann Grimm,

rowohlts bildmonographien,

Hamburg 1968, 180 S.

Wichtiger wird Han Suyins Buch nach dem biographischen „Versuch" Grimms. Es ist vom „Polizeistandpunkt" aus etwas über Herrn Mao geschrieben: „Gefolgschaft leisten — oder . . . fürchten." Gegen Grimms Physiognomie-Salbadern und „politisch"-professorale Bibelsprüche helfen keine hübschen Bildchen. Mit S. Schrams positivistischen Arbeiten gar nicht zu vergleichen. Familiensinn und Kriegsführung wurstelt er zurecht — das idealische Durcheinander verschleiert historische Situationen; noch gilt hier: „Biographie als Form der neubürgerlichen Literatur ist ein Zeichen der *Flucht;* genauer: der Ausflucht. Um sich nicht durch Erkenntnisse bloßzustellen, die das Dasein der Bourgeoisie in Frage ziehen, harren die Biographen unter den Schriftstellern wie vor einer Wand an der Schwelle, bis zu der sie von den Weltereignissen vorgetrieben worden sind." (S. Kracauer)

Han Suyin,

Das China Mao Tse-tungs,

Verlag C. H. Beck, 1968, 274 S.

Han Suyin versammelt viele Angaben nach eigenen jahrelangen Recherchen und Interviews. Ihre Darstellung ist gerade in Deutschland sehr lesenswert — ein Korrektiv zu „Machenschaften und Entstellungen" (S. 256), um Verständnis bemüht — wie es Zeitungsberichte sein könnten. Verstanden, weniger erklärt (die Autorin macht keinen Anspruch auf Theorie) erscheint Chinas neuere Geschichte und der amerikanische Imperialismus belegt ebenso wie der sowjetrussische Großmacht-Opportunismus. Die Mär von Stalinismus und gelber Gefahr wird gezeigt als pure westliche Ideologie.

Die Übersetzung ist oft nachlässig oder ahnungslos (S. 215 „Druckbuchstabenplakate statt „Wandzeitung" z. B.).

David Wittenberg

Kl. Revolutionäre Bibliothek

Black Power, Dokumentation, Stokeley Carmichael, Rap Brown, Malcolm X, hrsgg. v. Dutschke, Hammer, Hoornweg, Jacob-Baur, Petermann, Oberbaumpresse Berlin, 88 S., 2,90 DM

Unlängst erschien die zweite Auflage der Black-Power-Broschüre im Oberbaum-Verlag in Berlin. Die von einem Kollektiv herausgegebene Dokumentation mit Reden und Aufsätzen von Carmichael, Rap Brown und Malcolm X informiert sowohl über die soziale Lage der Neger-Bevölkerung in den Vereinigten Staaten als auch über den Stand ihrer politischen Emanzipationsbewegung. „Es fällt bei ihnen (den schwarzen Revolutionären) auf, daß sie die soziale Wirklichkeit nicht mit einem starren, traditionellen Kategorienschema von außen begreifen, sondern vielmehr aus der sich wandelnden geschichtlichen Wirklichkeit ihre Begriffe je neu entwickeln." (Vorwort).

Malcolms „Black Nationalism" war die religiöse und politische Antwort auf die gescheiterte Bürgerrechtsbewegung. Sein Rückgriff auf die Kampfreligion des Islam antizipierte die Notwendigkeit der revolutionären Auseinandersetzung mit dem System zu einem Zeitpunkt, als Gewaltlosigkeit noch das Hauptmerkmal der Bewegung war.

Carmichaels Reden und Aufsätze bezeichnen ein neues Stadium der Bewegung. Nicht mehr der romantische Rückgriff auf Afrika und die Beschränkung des politischen Kampfes auf die schwarze Rasse, sondern die direkte Solidarisierung mit allen revolutionären Kräften in der Welt steht im Mittelpunkt der „Black-Power"-Bewegung.

Zum Verständnis der Bewegung in den Vereinigten Staaten ist die Lektüre dieses Büchleins unerläßlich. **- ug**

De Gaulle 1967: Was kann sich schon in Frankreich ereignen,

Dirk Amft / Antonia Grunenberg

Vorbemerkung:

Der vorliegende Bericht stellt keine Analyse der Streik- und Demonstrationsbewegung in Frankreich dar. Die Unmöglichkeit, zur Zeit eine umfassende Analyse zu geben, liegt auf der Hand. Weder sind alle Erfahrungen von den Studenten selbst ausgewertet, noch auch sind die Informationen alle gesammelt und zugänglich. Der Artikel kann daher lediglich ein paar Anhaltspunkte für die Diskussion über die Ereignisse und deren politische und organisatorische Konsequenzen für die Studenten- und Arbeiterbewegung geben.

Eine ausführlichere Analyse der Ereignisse von Seiten der französischen Studenten selbst soll im nächsten DISKUS folgen. **red.**

Am 8. Februar 1958 wird von der französischen Luftwaffe das tunesische Dorf Sakhid — Sidi Yussef mit Napalm- und Splitterbomben angegriffen, anschließend mit Bordwaffen restlos zerstört.

In diesem Dorf hielten sich einige tausend algerische Flüchtlinge auf, die durch Flucht nach Tunis dem Terror der französischen Paras entlang des alger.-tun. Grenzgebietes zu entkommen suchten.

Auf Grund dieses Terrorangriffes, dem eine große Zahl der algerischen Flüchtlinge zum Opfer fielen, bricht die schon lange schwelende Krise zwischen der Militärspitze und der französischen Regierung offen aus.

Seit diesem Tag bereiten die Gaullisten offen die Machtübernahme vor. Zur gleichen Zeit plant das algerische Militär unter der Ägide des in Algerien ansässigen französischen Kapitals in Stille den Militärputsch, um das Algérie Française notfalls durch einen Staatsstreich zu „retten".

Am 13. Mai 1958. also ca. 2 Monate nach „Sidi-Yussef" wird die IV. Republik durch eine offene Verschwörung in Paris gestürzt. Am 31. desselben Monats übernimmt de Gaulle mit Zustimmung des Militärs die Macht. Die Wahl und die Vertrauenserklärung des Parlaments am 1. Juni sind lediglich ein Nachspiel, die legalistische Verschleierung eines Staatsstreiches.

Im Mai 1968, zehn Jahre nach dieser Machtergreifung, entsteht, ausgelöst durch die Barrikadenkämpfe Pariser Studenten die bisher schwerste Krise des Gaullismus. Frankreich scheint am Rande einer Revolution zu stehen.

In der Diskussion um die Vorgänge in Frankreich taucht oft die Ansicht auf, als sei eine seit langer Zeit latente, unartikulierte Unzufriedenheit der französischen Arbeiterschaft mit einem Male aufgebrochen und habe sich in den Massenstreik und die Fabrikbesetzungen umgesetzt. In der Tat liegen die Ursachen für die Streikbewegung in der Unzufriedenheit der Arbeiter. Aber diese Unzufriedenheit gründet sich auf die Früchte, die die gaullistische Wirtschafts- und Sozialpolitik in den letzten Jahren getragen hat.

Der französische Kapitalismus, der sich aus der Wirtschafts- und Gesellschaftskrise nach dem zweiten Weltkrieg nur durch die Verstaatlichung eines großen industriellen Sektors und durch eine weitgehende Wirtschaftsprogrammierung retten konnte, ging mit Beginn der gaullistischen Herrschaft neuen tiefgreifenden Widersprüchen entgegen, die gegen Ende der Hochkonjunkturperiode 1964 offen zum Ausbruch kamen.

Die gaullistische Wirtschaftspolitik im Rahmen der EWG setzte sich immer wieder gegen den objektiven Zwang der Kapitalkonzentration in Europa, bedingt durch den Konkurrenzdruck der amerikanischen Riesenkonzerne zur Wehr. Zwar sind „manche Aspekte der gaullistischen Europa-Ideologie bedingt durch spezifische Merkmale und Schwächen des französischen Großkapitals" [1], das einen starken Zollschutz vor der Konkurrenz des britischen, japanischen und nordamerikanischen Kapitals braucht, aber es gibt auch einen allgemeineren Aspekt dieser Ideologie; sie stellt letzten Endes den Versuch dar, auf weltpolitischer und militärischer Ebene jener Änderung der inter-imperialistischen Kräfteverhältnisse gerecht zu werden, die sich auf wirtschaftlichem Gebiet schon lange vollzogen hat. Hier liegt auch der Schlüssel zum Verständnis der Krise im Atlantischen Bündnis respektive zum Verständnis der gaullistischen Militärpolitik. Die Europapolitik de Gaulles, seine Vorstellung eines Europa der Vaterländer, in dem (selbstverständlich) Frankreich die entscheidende wirtschaftliche und militärische Rolle spielen soll, konnte nur verwirklicht werden, wenn die strukturellen Schwächen der französischen Wirtschaft: geringe Kapitalkonzentration, veraltete Produktionsmittel und -Methoden überwunden werden konnten. Die Konsequenz zur Erreichung dieses Ziels war ein systematisches Eingreifen der französischen Regierung in die kapitalistische Staats- und Gesellschaftsordnung. Dieses Eingreifen hat in Frankreich nicht so sehr die Funktion der Entschärfung gesellschaftlicher Gegensätze durch Sozialreformen und den Abbau des schlimmsten Elends, sondern vor allem die direkte Sicherung des Profits der entscheidenden Schichten des französischen Großkapitals.

Unter dem wachsenden Konkurrenzdruck der europäischen und amerikanischen Industrie, bedingt auch durch den schrittweisen Abbau der Zollschranken innerhalb der EWG, sah sich die gaullistische Wirtschaftspolitik gezwungen, erst einmal die schon entwickelten Sektoren zu subventionieren, wie Automobilindustrie, chemische Industrie, stahlverarbeitende Industrie, Elektro-Industrie. Währenddessen erhielten die unterentwickelten und (innerhalb der EWG) nicht mehr konkurrenzfähigen Sektoren wie die Kohle im Norden oder die Werften an der Atlantikküste sowie bestimmte landwirtschaftliche Regionen keinerlei Unterstützung. Sie wurden gezwungen, sich entweder von anderen großen Kapitalgesellschaften aufkaufen zu lassen, oder aber den Konkurs anzumelden, weil sie die verschärfte Konkurrenz nicht mehr verkraften konnten.

Die soziale Lage der Arbeiterklasse verschärfte sich in den letztgenannten Gebieten zunehmend und führte zu einer Vielzahl von härtesten Auseinandersetzungen zwischen den Arbeitern und Bauern auf der einen, Unternehmertum und Staatsgewalt auf der anderen Seite.

Mit der selektiven Investitionspolitik — Unterstützung nur für schon entwickelte Industriezweige — und der antisozialen Wirtschaftspolitik in unterentwickelten Regionen andererseits, ist etwas angedeutet, das seinen deutlichsten Ausdruck im Mai-Generalstreik gefunden hat, in den wilden Streikbewegungen der letzten beiden Jahre als Tendenz schon sichtbar wurde: die unterschiedliche Motivation der Arbeiter verschiedener Industriezweige, in den Streik zu treten.

Es lassen sich dafür zwei deutliche Beispiele angeben, die stellvertretend für die Strukturunterschiede der französischen Industriezweige und der in ihnen beschäftigten Arbeiterschaft stehen können: Im März 1967 bricht bei Rhodiaceta in Lyon (14 000 Arbeiter) ein Streik aus, zur gleichen Zeit findet ein Streik an den Werften von St. Nazaire statt (9 000 Arbeiter).

Rhodiaceta gehört zu den subventionierten, hochentwickelten Industriezweigen (chem. Industrie), die Arbeiter dort zählen zu den bestbezahltesten des Departements (800 — 1200 NF im Monat). Der Betrieb ist zwar einer scharfen Konkurrenz ausgesetzt, vor allem auf dem europäischen Markt, er konnte sich jedoch bisher behaupten. Die Werften in St. Nazaire wurden zu Beginn der 50er Jahre von der französischen Regierung geschützt, sehen sich jedoch heute einer nahezu unerträglichen Konkurrenz innerhalb der EWG ausgesetzt, seitdem auch die Subventionierung der Regierungen immer weiter zurückgegangen ist, da die Mittel anderen aussichtsreicheren Sektoren zur Verfügung gestellt wurden. An den Werften werden bei einer guten Auftragslage die sogenannten „mensuels" eingestellt, Facharbeiter, die nur für die Dauer der Erfüllung eines Auftrags angestellt werden. Ist der Auftrag ausgeführt, sind diese „mensuels" wieder arbeitslos. Die festangestellten Arbeiter sind aus diesem Grunde immer wieder gezwungen, bei Lohnforderungen zurückzustecken, da die Unternehmer jederzeit in der Lage sind, Entlassungen vorzunehmen und auf die arbeitsuchenden „mensuels" zurückgreifen können. Diese Unterschiede der beiden angegebenen Industriebetriebe sind konstitutiv für die soziale Lage der Arbeiter das Bewußtsein, in dem sie ihren Kampf führen.

Bei Rhodiaceta ging es beim Streik nicht mehr um Lohnerhöhungen, vielmehr um die Verbesserung der Arbeitsbedingungen, um „Zeit zum Leben", „Zeit zum Denken" — „Wir leben wie die Hunde, ohne einmal Zeit für uns zu haben, ohne einmal wieder in Ruhe nachdenken zu können" sagte einer der Streikenden einem Journalisten des Nouvel Observateur (N. Obs. v. 29. März 1967)

Es ging ihnen, wenn auch nicht deutlich artikuliert, um die Aufhebung des Sklavendaseins, in dem der Mensch zum Werkzeug erniedrigt wird. Herbert Marcuse, der in seinem Buch „Der eindimensionale Mensch" die Situation des Arbeiters in der hochindustrialisierten Gesellschaft zu beschreiben versucht, findet an den Vorfällen in Frankreich ein Gegenbeispiel für seine These von der totalen Integration des Arbeiters in den Produktionsprozeß. Er schreibt: „Überhaupt scheint in den erfolgreichsten Bereichen der Automation eine Art technischer Gemeinschaft die Menschenatome bei der Arbeit zu integrieren . . ." und weist auf den Satz eines Arbeiters der von seiner Arbeit sagt: „Alles in Allem schwingen wir mit den Dingen mit . . ."

Marcuse schließt daraus: „dieser Satz drückt in bewundernswerter Weise den in der mechanisierten Versklavung eingetretenen Wandel aus: die Dinge schwingen mehr, als daß sie unterdrücken und sie schwingen das menschliche Instrument — nicht nur seinen Körper, sondern auch seinen Geist und sogar seine Seele." [2]

Wenn dieses „Mitschwingen" als Ausdruck der totalen Integration der Arbeiterschaft in einem hochautomatisierten Betrieb mit dem Beispiel von Rhodiaceta, weil ein Einzelfall, noch nicht widerlegt ist, dann aber durch die Streikbewegung im Mai diesen Jahres: der zweite Betrieb, der nach Sud Aviation in Nantes in den Streik getreten ist, war Renault in Paris, wo die Automation in weitem Maße fortgeschritten ist. In anderen hochautomatisierten Fabriken haben nicht nur die Arbeiter in den Werkshallen den Streik getragen, sondern sich auch mit den Technikern und Ingenieuren zusammengesetzt und ein gemeinsames Konzept für die Selbstverwaltung dieses Betriebes nach einer möglichen Entprivatisierung ausgearbeitet.

Offensichtlich funktionieren die von Marcuse beschriebenen Integrationsmechanismen dann nicht, wenn im Bewußtsein der zu Integrierenden noch, und wenn nur fragmentarisch, eine Vorstellung vom menschenwürdigen Leben, von einem selbstbefreiten Menschen vorhanden ist. Wie diese Fragmente aussehen, die genauen Ursachen dafür, daß sie offensichtlich immer noch im Bewußtsein der französischen Arbeiterschaft und selbst bei der technologischen Elite zu finden sind, bleibt noch zu klären. Sicherlich spielt dabei eine wesentliche Rolle die revolutionäre Tradition Frankreichs, zum anderen die permanenten Arbeitskämpfe des Proletariats in den unterentwickelten Industriegebieten und die Existenz eines großen Lumpenproletariats. Wenn die einen also in den Streik traten, um nicht mehr Sachen, Werkzeuge für Aufgaben zu sein, die sie selbst nicht mehr verstanden, so traten die anderen, bei St. Nazaire in den Kohlengebieten im Norden etc. in den Streik, um nicht mehr mit 500 NF auf ein unerträgliches Existenzminimum gedrückt zu sein.

Die Gewerkschaften haben in Verhandlungen mit der Regierung und der Unternehmerschaft einen „Budget-Typ" herausgearbeitet: d. i. ein Arbeiter, für den errechnet wurde, bei welchem Gehalt er innerhalb der Gesellschaft noch überleben könne: es wurde als Existenzminimum etwas über 400 NF/Monat festgelegt. Diese Art staatlich festgelegter Ausbeutung des Arbeiters stellt aber nichts anderes dar als die indirekte Subventionierung der Fabriken in unterentwickelten Regionen, in denen sich denn auch die meisten „smigards" (Mindestbezahlten) befinden.

Die soziale Lage dieses Teils der Arbeiterschaft erklärt auch die Entschlossenheit und Radikalität mit der versucht wird, Forderungen gegenüber Regierung und Unternehmerschaft durchzusetzen. In Nantes, wo es eine große Zahl dieser „smigards" und viele Arbeitslose gibt, erhielt ein Reporter von „Le Monde" von zwei Arbeitern, die er fragte, warum sie mit Gewalt demonstrierten, folgende Antwort: „. . . weil man mit Gewalt verdammt noch mal, in drei Stunden mehr erreicht als mit Verhandlungen in drei Jahren . . ."

Ein älterer Mann, der ohne viel Aufregung sich damit beschäftigte, systematisch die Scheiben des Polizeipräsidiums einzuwerfen auf die Frage des Reporters: „Ich bin Arbeiter. Ich verdiene 550 NF im Monat." (Le Monde, 29. Mai 1968)

wenn ich beschlossen habe, daß sich nichts ereignen wird

Die Bewegung und ihre Organisation

„Wir stellen also hier ein grundsätzliches Problem zur Debatte, das Problem der revolutionären Organisation . . . Für uns ist es uninteressant, das Problem so zu sehen als ginge es um die ‚Strukturierung der Avantgarde'. Was wir brauchen, ist eine technische Organisation, die alle Informationen durch alle einzelnen Aktionskomitees zirkulieren läßt . . . Wir wissen, daß es vielleicht noch einige Zeit kosten wird, um Formen revolutionärer Aktion zu finden, aber es wird die einzige Chance sein, die sklerotischen Formen zu vermeiden, die revolutionäre Bewegungen in Frankreich bisher immer entwickelt haben."

(Daniel Cohn-Bendit, Mouvement du 22e Mars, auf einer Pressekonferez am 1. Juni)

Mit nahezu naturgesetzlicher Notwendigkeit sind die kommunistischen Gewerkschaften und Parteien Westeuropas in einen Integrationsmechanismus hineingeraten, der sie in tendenziell revolutionären Situationen unfähig macht, die Machtfrage radikal zu stellen. Ihre Ziele sind in erster Linie: Vollbeschäftigung, Verbesserung der Arbeitsbedingungen, bzw. Erreichung einer Machtposition in den bürgerlichen Parlamenten. Aufgrund dieser Ziele sind sie gezwungen, sich mit den etablierten kapitalistischen Organisationen, Parteien, Regierungen, Unternehmerverbänden zu arrangieren. Ihre Auseinandersetzung mit diesen Organisationen liegt auf der Ebene der Kompromißverhandlungen. In diesen Verhandlungen können sie ihre relative Stärke ausnutzen. Sie sind jedoch nicht in der Lage, sich an die Spitze einer radikalen, das System in Frage stellenden Bewegung zu setzen.

Ganz deutlich zeigte sich die Integrationsfunktion dieser traditionellen Arbeiterorganisation in Frankreich während der Streik- und Demonstrationsbewegungen. Die CGT und die KP, am Anfang überrascht von der Spontaneität und Macht der Bewegung, setzte alles daran, deren systemsprengenden Charakter zu kanalisieren in Lohnforderungen und Forderungen nach besseren Arbeitsbedingungen.

Die Rolle der CGT während des Streiks

„Die Bevölkerung nicht zu erschrecken, scheint also die Hauptsorge von Georges Séguy und den CGT-Führern zu sein. Das ist nicht einfach. Denn, so sehr die CGT einer allgemeinen Arbeitswiederaufnahme zugeneigt ist, so kann sie doch die Mitglieder an der Basis nicht dazu verpflichten, den Streik zu beenden, ohne Gegenleistungen zu erbringen. Außerdem gestalten sich die jüngsten Verhandlungen schwieriger. „Ich habe drei Tage lang versucht, mit der Arbeitgeberschaft in der Metallurgie zu diskutieren", sagte Henri Krasucki, stellvertretender Generalsekretär der CGT. „Es war ein Dialog zwischen tauben Ohren, bei dem nichts herauskommen konnte." Die Metallindustrie war schon immer ein besonders harter Sektor, und gegenwärtig fühlen sich die Arbeitgeber ermutigt: die Tatsache, daß der Staat die Macht wieder in die Hand genommen hat, und die Vorsicht der CGT begünstigen eine Politik der Härte.

Überall versucht man, die Gewerkschaften auszuschalten, organisiert man mehr oder weniger manipulierte Abstimmungen über die Wiederaufnahme der Arbeit. Man operiert mit den mangelnden Hilfsquellen der Streikenden, mit der Einschüchterung, man wendet sich, wie in Flins, an die Polizeimacht, um die Streikposten entfernen zu lassen.

Diese Aggressivität behindert, vor allem die CGT. Ihre Aufforderungen zur Ordnung bezeugen es: sich wehren, ja, aber in den Betrieben Provokationen vermeiden. Georges Séguy und Henri Krasucki lehnen die Arbeitgeber, die Regierung, die Gewalttätigkeiten der Polizei ab, aber sie beschwören die Arbeiter, Ruhe zu bewahren. Alain Geismar, die Studenten und andere „Provokateure" werden pauschal verurteilt. „Es ist schwierig zu glauben", bekräftigt die CGT, „daß die Arroganz der Arbeitgeber der Metallurgie, die Unterstützung die sie von der Regierung erhält, die brutalen Polizeimaßnahmen gegen die Arbeiter und diese provokatorischen Unternehmungen (der Studenten - red.) nicht abgekartet sind."

(Nouvel Observateur vom 12. Juni 1968.)

Aus der Haltung der Gewerkschaften zu den Studenten geht deutlich hervor: die CGT hat Angst vor der radikalen, spontanen Protestbewegung der Studenten und vor der Politisierung der Streikbewegung, die sich nicht nur auf die Lohnerhöhungen bezieht, sondern auf die gesamte Organisation der Produktionsverhältnisse in den Betrieben. Sie hat Angst vor dem Selbstbewußtsein der Arbeiter, die, ohne ihre Gewerkschaften zu fragen, die Fabriken besetzten, mit Hilfe der Studenten. Aber noch ein anderes Element wird sichtbar: die Führer der CGT sind unfähig, die gegenwärtige Bewegung anders als mit traditionellen Kriterien der Auseinandersetzungen zwischen den Tarifpartnern zu erfassen.

Wir wollen uns nicht in Abenteuer hineinziehen lassen . . . Wir sind keine Abenteurer. Wir sind nicht gierig auf den Kampf. Wir haben einen großen Streik siegreich durchgestanden und legen keinen Wert darauf, unsere Eroberungen aufs Spiel zu setzen, indem wir uns zu Großmäulern und Streithammeln aufspielen." (Aus einem Interview mit B. Frachou, CGT, in: DER SPIEGEL, 26/1968)

Die Besetzungen der Fabriken durch die Arbeiter haben die Frage der Übernahme des Produktionsbetriebs durch Arbeiterräte aufgeworfen. Diese Ansätze wurden nicht ausgenutzt. Die Gewerkschaftsspitzen warteten auf die Verhandlungen mit den Unternehmerverbänden. Die Arbeiter spielten Karten vor den Fabriken.

Die französischen Studenten bekamen die Auswirkungen dieser Kontrollfunktion der Gewerkschaften und Parteien zu spüren. Sie wurden als „Agenten der Regierung" und „Provokateure" denunziert. Ihre Analyse der traditionellen Organisationen zielt auf einen radikalen Bruch mit den integrierten kommunistischen Gruppierungen. „Der Hauptkampf heute findet einmal zwischen den Massen der Arbeiter und zum anderen der politischen Bürokratien und der Gewerkschaften der Linken statt, die — auch wenn sie nur 14 % der Organisierten ausmachen — die Tore der bestreikten Fabriken und die Besetzungen kontrollieren wollen. Diese Bürokratien sind nicht heruntergekommene Arbeiterorganisationen, sondern sie sind einem Mechanismus der kapitalistischen Gesellschaft unterlegen. In der aktuellen Krise sind sie der Hauptschutz des erschütterten Kapitalismus."

(Le Pavé, Organ der Studenten)

Die kommunistischen Organisationen im Wahlkampf

Anläßlich der von de Gaulle dekretierten Wahlen zeigte sich deutlich, daß die Parti Communiste Française an der traditionellen Strategie der Erreichung der Macht durch die Erreichung der Parlamentsmehrheit festhält. Die Machtübernahme auf legalem Wege, eine der weitverbreitetsten Illusionen der kommunistischen Parteien Westeuropas, bringt diese Organisationen jedoch immer wieder in die Situation, daß sie einer Machtkoalition der Bourgeoisie von halblinks bis extrem rechts gegenüberstehen und sich gegenüber dieser organisierten Reaktion auf der Ebene des Parlaments in einer reinen Defensivstellung befinden.

Der radikale und zum Teil antiinstitutionelle Charakter der Streik- und Demonstrationsmassen hat der PCF eine Macht in die Hand gegeben, aufgrund deren sie die von de Gaulle dekretierten Wahlen hätte zurückweisen können. Die Weiterführung des Kampfes auf der außerparlamentarischen Ebene hätte aber den radikalen Bruch mit der bisherigen Politik gewesen: eine Nichtbeteiligung der PC an den Wahlen hätte objektiv die Machtfrage im gaullistischen Staat aufgeworfen. Dazu aber war die PC nicht bereit, obwohl sie ihre eigene Wahlniederlage voraussehen konnte.

Das Verhältnis von Spontaneität und Organisation

Die Bewegung der Studenten verbreitete sich spontan. Das plötzliche Anwachsen der Demonstrationen, die massenhaften Straßenkämpfe mit der gaullistischen Polizei erfaßten immer weitere Teile der Studenten. Sie griffen spontan auf die Arbeiter über. (Ein Element der Streikbewegung war zweifelsohne die Solidarität mit den Studenten.) Nach dem Ausbrechen des Generalstreiks — 10 Millionen französische Arbeiter und Angestellte im Ausstand! — den spontanen Fabrikbesetzungen, der Besetzung der Sorbonne, stellte sich die Frage nach der organisatorischen Weiterentwicklung der Bewegung. Die traditionellen Arbeiterorganisationen konnten diese Funktion nicht mehr alleine erfüllen. Spontan — und oft naturwüchsig — konstituierten sich Aktionskomitees von Studenten und Arbeitern in den Universitäten und in den Fabriken. Sie übernahmen die Lebensmittelversorgung in Paris, die Streikpostenorganisierung vor den Fabriken, die Behandlung der Verwundeten, die Kommunikation zwischen den Brennpunkten der Bewegung.

Die Diskussion in der Bewegung um die Notwendigkeit und die Formen neuer Organisationen brachten die Widersprüche zwischen den verschiedenen politischen Gruppierungen zutage, von denen die Bewegung getragen wurde.

Daneben gibt es über oder auch innerhalb dieser Komitees selbst einen anderen Organisationstyp, der die Aktivisten der Avantgarde auf einer relativ homogenen Grundlage zusammenfaßt, zwar nicht auf der Grundlage einer vollkommenen Übereinstimmung, aber diese Aktivisten (Militants) haben Perspektiven der sozialistischen Revolution und gewisse theoretische Prinzipien fundamentaler Art gemeinsam und betrachten sich als kleine Gruppen militanter Avantgarde." (Daniel Ben Said, JCR, auf derselben Pressekonferenz)

„Es gibt zwei Arten von Komitees: die einen sind Vorformen oder wenigstens treibende Elemente bei der Herausbildung von Organen der Doppelherrschaft: die Streikkomitees und bis zu einem gewissen Grade die Wohnbezirkskomitees, sofern sie die Versorgung von Lebensmitteln sichern oder die Preise und die Spekulation kontrollieren. Diese Komitees sind nach dem Typ der Sowjets strukturiert: alle Strömungen sind vertreten . . .

Sorbonne — université populaire des étudiants et des travailleurs

Die Sorbonne war während der ganzen Bewegung Organisationszentrum. Hier wurden die Aktionskomitees gegründet. In die Sorbonne kamen die jungen Arbeiter, wenn sie Streikpostenhilfe brauchten. Doch nicht nur die Umfunktionierung der Universität in ein Organisationszentrum für außeruniversitäre Aktionen fand statt, sondern die Studenten übernahmen die Universität und entwarfen Pläne für die Neuorientierung der Bildungsinstitutionen.

„Die Studenten haben die Universität besetzt und leiten sie selbst.

Das Ziel der Universitäten war es bis jetzt, qualifizierte Fachkräfte für die Unternehmer zu produzieren. Wir weigern uns von nun an, zu Kettenhunden der Bourgeoisie zu werden." (Le Pavé, Organ der Studenten)

Der antikapitalistische Charakter der Universitätsrevolte, die schon im Frühjahr in Nanterre begonnen hatte, und die sich gegen die Disziplinierung der Universitäten durch den Staat und gegen die Proletarisierung der Studenten (Arbeitslose mit akademischem Abschlußexamen) richtete, fand seinen Ausdruck in Plänen zur Gründung einer **Volksuniversität.** Arbeiter und Studenten sollen hier in gemeinsamen Seminaren über politisch aktuelle Probleme diskutieren.

„— In den kommenden Wochen müssen die Fakultäten, besonders die Sorbonne, politische Bastionen der Bewegung . . . bleiben, d. h. Instrumente im Dienste der Studenten und Arbeiter . . .

— In den folgenden Monaten können und müssen die Fakultäten Schauplatz einer immensen Aktivität an politischen und theoretischen Diskussionen sein zwischen Studenten und Arbeitern über . . . den Klassenkampf in Frankreich . . . die Anforderungen revolutionärer Unternehmungen, das Gewerkschaftswesen und die Machtfrage, den Sozialismus in den „fortgeschrittenen" Industrienationen, das kapitalistische System und seine Kultur . . . das sind Themen, deren Diskussion wir durch alle Seminare, Komitees, Generalstäbe hindurch in Verbindung mit den Arbeiterkommissionen der Betriebe und der Gewerkschaften organisieren können.

— Die Kritik am Bildungssystem, an den Bildungsgehalten, den Methoden und den Bildungszielen der Universität ist die dritte Funktion, die die Volksuniversität ausüben kann.

— Die Volksuniversität darf nicht zu einem Sammelpunkt für von der Praxis isolierte Reflexion werden. In dieser Universität müssen wir über die Lehren aus einer Bewegung nachdenken, deren Tempo zu rasch war, als daß Massendiskussion und Reflexion darin Platz gehabt hätten. . . . Wir lassen die Sorbonne nicht zu ihrer „normalen Bestimmung" zurückkehren, wie es gestern der Innenminister angekündigt hat." (ACTION, Organ der Studenten- und Arbeiterbewegung, 18. Juni 1968)

Déjà un vent salubre se lève d'un bout à l'autre de l'Europe bousculant les barrières.[3]

(de Gaulle)

Die Frage, ob die Mai-Bewegung eine Revolution war, oder ob sie nur eine Krise der Ministerialbürokratie verursacht hat, ist eine scheinbare Frage. Der Druck von der Basis, den Fabriken und Universitäten gegen das System war revolutionär. Ende Mai war das revolutionäre Potential in dem Maße gestärkt, daß es die Machtfrage hätte stellen können, wenn die Traditionalisten des Klassenkampfes nicht restlos und unstanden hätten.Die Besetzung des l'Hotel de Ville von Paris am 28. Mai wäre die erste Machtdemonstration direkt gegen das Regime gewesen. Die strategische Machtübernahme blieb aus. Von diesem Zeitpunkt an setzte die Repression gegen die rebellierenden Massen wieder organisiert ein. Die Bürokratie erkannte, daß sie jetzt wieder die Initiative ergreifen konnte, denn die Basis hatte vorläufig keine weiteren Solidarisierungsmöglichkeiten, die das Regime entscheidend hätten treffen können.

Die Frage bleibt heute: Wird die Konterrevolution so stark werden, daß die Fortführung der revolutionären Bewegung für eine lange Zeit (das meint Jahre) unterbrochen ist?

Die KPF hatte die Wahlen gefordert. Die Auflösung des Parlaments ermöglichte den Einsatz der letzten Waffe der Regierung. „De Gaulle libère son copain Salan et interdit les notres." (De Gaulle befreit seinen Mitstreiter Salan und verbietet uns, Action, Organ der Studentenbewegung, 14. Juni 1968). De Gaulle hatte mit der Befreiung Salans und der Umwerbung der Rechten dem bürgerlichen Frankreich gezeigt, daß ein Angriff der Linken auf das Regime unerbittlicher verfolgt wird, als ein Angriff der Rechten auf die Republik.
Vermag die Konterrevolution durch die Wahlen einen offenen Faschismus hervorzubringen?

Die Reaktion ging zur Urne, die Demokraten blieben ihr fern, die Liberalen fechten die Wahl an, indem sie sagen, die Gaullisten hätten kein Programm vorgelegt, also sei die Wahl eine Manipulation. In der Tat war diese Wahl nur ein Placet für die Reaktion des Regimes auf den Angriff von Seiten der Studenten- und Arbeiterbewegung. Wenig mehr als 200 000 Stimmen brachten den Gaullisten die Mehrheit (aufgrund des Wahlsystems, das für de Gaulle geschaffen wurde).

Der Unterschied zu Deutschland besteht darin, daß die Demokraten sich nicht nur verweigern, sondern zum Widerstand bereit sind — und ihn auch praktisch leisten. Darin ist der Mai nur der Beginn der Revolution.

Anmerkungen:

1) Ernest Mandel, Die EWG und die Konkrrenz Europa — Amerika
Frankfurt 1967, S. 42 ff.
2) Herbert Maucuse, Der eindimensionale Mensch,
Neuwied 1967, S. 42 ff.
3) Schon erhebt sich von einem Ende Europas zum anderen ein heftiger Wind, der an den Grenzen rüttelt.
(de Gaulle in der Universität Bukarest)

Frankreich ist das Land, wo die geschichtlichen Klassenkämpfe mehr als anderswo jedesmal bis zur Entscheidung durchgefochten wurden, wo also auch die politischen Formen, innerhalb deren sie sich bewegen und in denen ihre Resultate sich zusammenfassen, in den schärfsten Umrissen ausgeprägt sind.
Friedrich Engels

ACTION

N° 6 ● LUNDI 10 JUIN ● PRIX MINIMUM : 0,50 F ● Ce journal a été réalisé au Service des Comités d'Action, avec le soutien de l'UNEF, du SNESup et des Comités d'Action Lycéens.

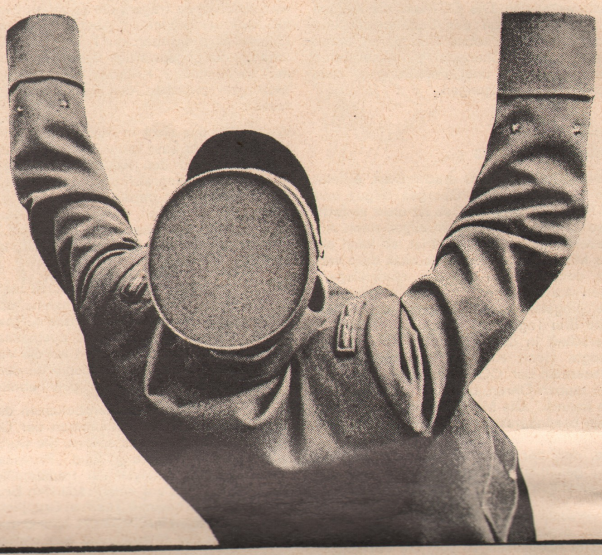
Renault-Flins à l'offensive

Ce matin, 7 h. 30 travailleurs et étudiants coude à coude aux abords de l'usine

ACTION

N° 9 ● JEUDI 13 JUIN ● PRIX MINIMUM : 0,50 F ● Ce journal a été réalisé au Service des Comités d'Action, avec le soutien de l'UNEF, du SNESup et des Comités d'Action Lycéens.

LE DESORDRE, C'EST MOI



ACTION

N° 4 — JEUDI 5 JUIN 1968 — PRIX MINIMUM, 0,50 F — Ce journal a été réalisé au Service des Comités d'Action, avec le soutien de l'UNEF, du SNESup et des Comités d'Action Lycéens.

ACTION

N° 12 ● MARDI 18 JUIN ● PRIX MINIMUM : 0,50 F ● Ce journal a été réalisé au Service des Comités d'Action, avec le soutien de l'UNEF, du SNESup et des Comités d'Action Lycéens.

IMPUISSANT contre l'université populaire ouvriers étudiants !